attac Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der Attac-Bewegung (05.07.2013)

Sand im Getriebe 104

Stürmische Zeiten



(Istanbul)

In **Ägypten** wird die Mursi-Regierung durch die Massen auf dem Tahir-Platz - mithilfe des Militärs - davon gejagt, eine neue Phase fängt an, deren Ausgang ist ungewiß.
In der **Türkei** widersetzen sich die Massen einem unnützen Großprojekt und den reaktionären Bestimmungen des Alltagslebens und stellen sich der imperialen ottomanischen Renaissance der Erdogan-Regierung entgegen. In den **europäischen Ländern** wächst die Bewegung gegen die skandalöse Austeritätspolitik.
In **Brasilien** kämpfen die städtischen Jugendlichen gegen Fahrpreiserhöhungen, und zwar erfolgreich.
In **Südafrika** wird Barack Obama mit Protesten gegen seine Drohnen und Bespitzelungspolitik empfangen.
Man hat den Eindruck eines weltweiten **Aufwachens**, eines neuen 1968, diesmal im Zeichen der Krise, des wachsenden Chaos und der zunehmender Ratlosigkeit der Herrschenden.
Diese gehen zur **Gegenoffensive** über.
Festzustellen sind zunehmend repressive Maßnahmen (**Marokko**), Kriegseinsätze, aber auch Bespitzelung, Diskreditierung der fortschrittlichen lateinamerikanischen Regierungen, Mißachtung von deren Souveränität (Evo Morales Zwangsaufenthalt in Wien), Durchboxen von **Freihandelsverträgen** (mit Zentralamerika, Peru und Kolumbien, Marokko, **TTIP**...). --> *b. w.*

PDF-Version: *www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/* ***Online Fassung:*** *http://sandimgetriebe.attac.at* ***Mail:*** *sig@attac.de*

(Vorwort- Fortführung)

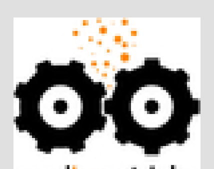
Dazu gehören auch die Versuche, demokratische Bewegungen wie z.B. Brasilien zu unterwandern, um dort einen reaktionären Regimewechsel durchzusetzen.
Mehr denn je ist es also nötig, dass Gewerkschaften, linke Gruppen und Parteien sich zu einer gemeinsamen Strategie zusammenschließen. Linke Organisationen in Brasilien einschließlich der Landlosenbewegung **MST** rufen mit einer gemeinsamen **Plattform** zu einem Aktionstag am 11.Juli auf.
In Europa könnte „**Alter Summit**" zu einem solchen Konvergenzprozeß beitragen.

Jenseits tagespolitischer Stürme gehen die intensiven Bemühungen um die **Schaffung neuer souveräner Strukturen** in **Lateinamerika** weiter, in einem widersprüchlichen und umstrittenen Prozess. *„**ALBA** ist vor allem ein politisches, anti-neoliberales und anti-imperialistisches Projekt, dessen Grundlagen die Prinzipien der Kooperation, der Komplementarität und der Solidarität sind",* stellten im Mai die sozialen Bewegungen in Richtung ALBA in Sao Paulo fest. **Raul Zibechi** berichtet über den Widerstand gegen den **Bergbaukolonialismus** internationaler Konzerne in den Anden. Zwei wichtige Politiker erläutern ihre langfristige Strategie für die Emanzipation ihrer Länder von Armut und Abhängigkeit: Unter Abwägung ökologischer Einwände begründet der Vizepräsident **Boliviens**, Álvaro García **Linera** unter dem Titel **„Der sogenannte Extraktivismus"** die Notwendigkeit, lokale und regionale Wertschöpfungsketten durch die Verarbeitung der eigenen Ressourcen aufzubauen und so neue Verschuldungszyklen zu vermeiden.
Vor den Studenten der TU Berlin untersucht **Ecuadors** Präsident **Rafael Correa *„Wege aus der Krise"***. Ein Weg bestand in der Einrichtung einer Kommission für ein **Schuldenaudit**. *„Auf der Grundlage dieses Berichtes und durch eine sehr intelligente und technisch strenge Handhabung konnte Ecuador acht Milliarden US-Dollar beim Schuldendienst einsparen",* Mittel, die für soziale Projekte und für Investitionen verfügbar gemacht wurden.

Die Forderung nach Schuldenaudit und Schuldenstreichung, aber auch die Ablehnung von Privatisierungsmaßnahmen (**Wasser**) bekommen angesichts des detaillierten Gutachtens von **Attac Österreich** über die **„Rettungspakete"** noch mehr Kraft. Das Ergebnis schaffte es bis in die Presse:
„Die weit verbreitete und von europäischen Politikern öffentlich vertretene Position, dass das Geld der sogenannten „Rettungspakete" den Menschen in Griechenland zugute kommen würde, ist damit widerlegt. Die griechische Bevölkerung muss die Rettung von Banken und Gläubigen vielmehr mit einer brutalen Kürzungspolitik bezahlen, die die bekannten katastrophalen sozialen Folgen hat."
„Nur dort kann befohlen werden, wo gehorcht wird." (Eduardo **Galeano** vor 15 Jahren). Nicht gehorchen tun die Beschäftigten der öffentlichen Sender **ERT** in Griechenland und gegen den Zerfall des **Gesundheitswesens** entfalten sich Selbsthilfe und politischer Protest – dies auch braucht unsere Unterstützung.

Stürmische Zeiten sind nicht ohne **Gegenwind** zu haben. Als Gegenoffensive kann man wohl auch das geplante **TTIP** (Transatlantic Trade and Investment „Partnership") zwischen den USA und der EU bezeichnen.
Gegen diese ökonomische Wagenburg, die bisher mühsam erkämpfte Sozial- und Umwelt-Standards in Frage stellen soll und zu verschärfter Abschottung gegenüber Ländern des globalen Südens führen würde, hat eine breite Diskussion begonnen, die von den **Attac**-Verbänden mitgetragen wird. So heißt es: *„Statt noch mehr „Wachsen oder Weichen" brauchen wir den Schutz kleinbäuerlicher und ökologischer Landwirtschaft."* Das **Bündnis UNFAIRhandelbar** fordert: *„Internationale Solidarität und Kooperation statt immer mehr Wettbewerbsdruck. Mit dem TTIP wollen EU und USA ihre globale Vormachtstellung absichern. Aufstrebende Schwellen- und Entwicklungsländer sollen durch das Abkommen Marktanteile verlieren."*

Auf der Sommerakademie in Hamburg-Bergedorf (24.-28. Juli) wird die SiG-Redaktion einen Stand haben. Wir freuen uns über Gespräche mit unseren Leserinnen und Lesern!



Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad! Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org

Gedruckte Exemplare** von "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis (1,50 €). **Bestellung** in Deutschland per Mail an sig-abo@gmx.de. Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft (Nr. 100: 3€ +porto; bis zur Nr. 90: pro Heft 1€ + Porto; portofrei ab 5 Heften) **Abo: 15 € für 6 Ausgaben.

Redaktion: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - An dieser Nummer haben auch mitgewirkt: Werner Horch (Attac Deutschland); Barbara Waschmann und Mathias Mittergeber (Attac Österreich) für online-Fassung. ViSPR: Peter Strotmann



Álvaro García Linera

Der sogenannte Extraktivismus



Álvaro García Linera wurde2005 an der Seite von Evo Morales zum Vizepräsidenten von Bolivien gewählt. Beide sind Mitglieder des Movimiento al Socialismo

*Die Emanzipationsprozesse in Lateinamerika zeigen sehr unterschiedliche Trends: einerseits hat die Überwindung der Dominanz der USA begonnen und mehrere linke Regierungen haben damit begonnen, ihre Ressourcen nicht mehr zu exportieren, sondern im eigenen Land zu verarbeiten und lokale und regionale (ALBA) Wertschöpfungsketten zu schaffen. Andererseits bleibt die Einbettung in den kapitalistischen Weltmarkt – wenn auch politisch kontrolliert – erhalten und auch die damit verbundenen Abhängigkeiten bleiben bestehen. Immanuel Wallerstein hatte in SiG85 die Debatten innerhalb der kontinentalen Linken um den Entwicklungspfad beschrieben. Die linken Regierungen wollen eine **selbstbestimmte Entwicklung.** „Dieses Ziel wollen sie wenigstens teilweise durch größere Kontrolle über ihre eigenen Ressourcen und bessere Vereinbarungen mit ausländischen Unternehmen, Regierungen und internationalen Institutionen erreichen. Sie streben nach Wirtschaftswachstum, mit dem Argument, nur dadurch könne der Lebensstandard ihrer Bürger verbessert und mehr Gleichheit auf der Welt erlangt werden.“ Einige ökologisch orientierte NGOs lehnen die Nutzung der Rohstoffe ab und brankmarken sie mit dem denunziatorisch gemeinten Begriff „Extraktivismus“. Wir haben die theoretische Auseinandersetzung Lineras mit dieser Kritik übersetzt, weil sie paradigmatisch ist für die Widersprüche in einem Prozess, den Giovanni Arrighi den „Aufstand des Südens gegen die Dominanz des Westen“ genannt hat. (PSt)*

P. St.:Was ist Extraktivismus?

Alle Produktionsweisen haben die Natur umgestaltet (z.B. Terrassenanbau in Ecuador.), meint Linera. Sind also alle Produktionsweisen extraktivistisch? In der aktuellen Debatte sind jedenfalls drei unterschiedliche Begriffe von Extraktivismus zu unterschieden.

Kolonialer Extraktivismus bezeichnet einen ökonomischen Mechanismus, in dem unverarbeitete Rohstoffe von einheimischen Arbeitskräften gefördert und durch transnationale Konzerne – meist in den industrialisierten Norden – exportiert werden (das Potosi-Syndrom). Land und Leute bleiben bitter arm, die Multis und ihre Länder werden reich.

Souveränitätsextraktivismus ist das Ergebnis antikolonialer Massenkämpfe mit dem Ziel, die **Kontrolle** über die einheimischen Ressourcen zurück zu gewinnen und den Mehrwert/die Rente für eigene soziale Zwecke und Investitionen zu verwenden, was z.B. Hugo Chavez in Venezuela begonnen hat.

Entwicklungsextraktivismus ist ein strategisches **Mittel** zum Zweck der Überwindung von Armut und Abhängigkeit in den unterentwickelt gehaltener Gesellschaften: Linke Regierungen in Lateinamerika verfolgen die Strategie, durch selektive industrielle Verarbeitung unter **vergesellschafteten** Bedingungen und mit lokalen und regionalen **Wertschöpfungsketten** den Aufbau von diversifizierten Wirtschaftsstrukturen (Linera spricht auch von Wissensgesellschaften) zu ermöglichen, die nicht mehr überwiegend von Rohstoffen abhängig sind. *Wie das mit dem Weg zum Sozialismus des 21. Jahrhunderts zusammen hängt, wird hier diskutiert.*

Seit Marx wissen wir, dass Gesellschaften sich dadurch auszeichnen und unterscheiden, wie sie Produktion, Verteilung und Nutzung der ihnen zur Verfügung stehenden materiellen und symbolischen Ressourcen organisieren. Mit anderen Worten, die **Produktionsweise** (1) bestimmt den materiellen Inhalt des gesellschaftlichen Lebens jeder einzelnen menschlichen Gemeinschaft in einem bestimmten Gebiet (Nationen, Völker, Gemeinden). In ihrem Rahmen ist es möglich, die historisch spezifische Art, wie ihre einzelnen Komponenten sich entwickeln, sowie die Wechselbeziehungen zwischen den verschiedenen existierenden Produktionsweisen innerhalb einer Gesellschaft zu unterscheiden.

Eine Produktionsweise ist ein **Netz von gesellschaftlichen Beziehungen**, das spezifische Formen der materiellen Verhältnisse zwischen Arbeitsmitteln (Werkzeuge), Arbeitsobjekten (Rohstoffe), Arbeitskräften (Arbeiter), Arbeitsprodukt (Resultat), dem Eigentum an jeder dieser Komponenten, den wechselseitigen Herrschafts- oder Abhängigkeitsverhältnissen, der technischen Organisation der Arbeitsprozesse, der gesellschaftlichen Nutzung der Arbeitsprodukte usw. beinhaltet. In jeder dieser Beziehungen, die alle Teil der gesellschaftlichen Produktionsweise sind, werden Menschen miteinander und mit der Natur durch materielle Dinge verbunden, die nichts anderes sind als die durch gesellschaftliche Arbeit veränderte Natur.

Dies bedeutet, dass es eine **natürliche Dimension** in jeder produktiven gesellschaftlichen Tätigkeit gibt und eine **gesellschaftliche Dimension** in jeder kreativen natürlichen Tätigkeit oder, wenn man so will, dass das Soziale eine Komponente des natürlichen Stoffwechsels ist. In diesem Sinne bildet das Verhältnis zwischen uns Menschen und der Natur einen Teil der Merkmale einer spezifischen gesellschaftlichen Produktionsweise. (2) In jedem Fall ist menschliche Aktivität ausschließlich durch die Umwandlung der Natur möglich, egal ob dadurch eine Hütte, eine Stadt, ein Acker, Gehwege, ein Staudamm, eine Turbine, eine Axt oder ein Lastwagen entsteht; alles, absolut alles ist, seitdem es Leben auf diesem Planeten gibt, erst durch die Bearbeitung der Natur entstanden. Das natürliche und das gesellschaftliche Leben erfordert die Bearbeitung der Natur, um die biologischen Komponenten seiner Reproduktion und die materiellen Komponenten seiner Werkzeuge zu gewinnen.

Es liegt in der Natur des Menschen, die ihn umgebende Natur zu verändern und auf sie einzuwirken; das ist die unveränderliche und **transhistorische** natürliche Bedingung **jeder** Produktionsweise.

Vorkapitalistische Produktionsweisen

Was jedoch den gesellschaftlichen **Unterschied** zwischen verschiedenen Produktionsweisen ausmacht, ist die Art des Verhältnisses zwischen Mensch und Natur. **Alle** vorkapitalistischen agrarischen Produktionsweisen haben ausnahmslos die natürliche Umwelt gewaltig verändert. Man braucht nur in unserem Land die vielen Terrassen in den Anden, die die Ernährung von Millionen von Menschen auf dem Altiplano und in den Tälern sicherstellten (3), das riesige System der Bergkämme (4) oder die künstlichen Seen im Amazonasgebiet zu betrachten, die heute noch in der Tiefebene von Beni die Landschaft so

charakteristisch prägen. Die großen Menschenansammlungen haben zwecks der eigenen Reproduktion die Umwelt drastisch verändert. Aber im großen Unterschied zu den Veränderungen, die der Kapitalismus heute der Natur zufügt, haben die nichtkapitalistischen Gesellschaften stets für die Reproduktionsfähigkeit der veränderten Umwelt und die Erhaltung eines Reservoirs an Gebauchswerten für künftige Generationen gesorgt. Die Auffassung der Natur als Lebensgrundlage, die diesen Gesellschaften eigen war, entstand durch die Art, wie sie die Natur zu kollektiven Zwecken veränderten.

Dominanz von Tauschwert und Profit in kapitalistischen Produktionsweisen

Im Gegensatz dazu werden die Beziehungen zwischen Umwelt und Gesellschaft vom Kapitalismus geändert. Die **Natur** ist nunmehr ein Speicher der materiellen Träger des Tauschwerts, des Profits. Während sie in den anderen Produktionsweisen die große Quelle der Lebensmittel, der begehrten Gebrauchswerte ist, wird sie im **Kapitalismus** zu einer bloßen materiellen Voraussetzung für die Tauschwerte (Profite), die die Produktion bestimmen. Und Zerstörung, Schutz, Plünderung und Erhaltung sind lediglich abwechselnde Begleitumstände eines einzigen gesellschaftlichen Zwecks: Profit – die ununterbrochene und endlose Inwertsetzung von Kapital. Diese Logik ist der Hauptzweck, der alles durchdringt: Gesellschaften, Individuen und Natur. Somit erscheint letzten Endes der Kapitalismus als eine große **zerstörerische Kraft** zum Nachteil der menschlichen Natur und der Natur im Allgemeinen.

Eine Komponente der Produktionsweisen ist die **technische** Seite der Beziehungen zwischen Mensch und Natur. Dazu gehören zunächst die Werkzeuge und Werkzeugmaschinen, die zwischen der Arbeit und dem Rohstoff vermitteln, und außerdem die Komplexität der Veränderung des Rohstoffs, der vorhandenen oder bereits veränderten Natur. Bei dieser ersten Komponente der technischen Seite ist die Rede von den Merkmalen und der Art der **Produktivkräfte** (einfach oder komplex; technisch, belebt, symbolisch usw.; kollektiv oder individuell; handwerklich oder industriell; geistig; lokal, regional oder international; Produkt der gesellschaftlichen Intelligenz usw.). Dies ist zum Teil der wesentliche, sich technisch entwickelnde Kern, der die verschiedenen gesellschaftlichen Produktionsweisen unterscheidet. (5)

Die Komplexität der Veränderung der Natur kann von der Gewinnung von Rohstoffen (erneuerbaren wie Nahrungsmitteln, Holz und Gummi oder nicht erneuerbaren wie Mineralien und Kohlenwasserstoffen) bis zur (handwerklichen oder industriellen) Verarbeitung der Rohstoffe reichen oder eine höhere Ebene betreffen, wenn die „Rohstoffe" Symbole und Ideen sind und sie durch die Produktion neuer, komplexerer Ideen und Symbole bearbeitet werden.

In allen Gesellschaften und Produktionsweisen sind die verschiedenen Stufen der Verarbeitung von **Rohstoffen** in jeweils eigener Ausprägung vorhanden. Wenn wir unter **Extraktivismus** die bloße Gewinnung von (erneuerbaren sowie nicht erneuerbaren) Rohstoffen verstehen, ohne größere Veränderungen der verrichteten Arbeit, dann sind alle Gesellschaften der Welt, kapitalistische und nichtkapitalistische, in kleinerem oder größerem Maß extraktivistisch. Die agrarischen nichtkapitalistischen Gesellschaften, die Eisen, Kupfer, Gold oder Bronze in größerem oder kleinerem Umfang verarbeitet haben, wiesen in irgendeiner Form eine spezialisierte extraktivistische Aktivität auf, manchmal ergänzt durch einfache oder komplexe Verarbeitung des Rohstoffs. Selbst Gesellschaften, die von der Gewinnung von Holz und Paranüssen in Verbindung mit Jagd und Fischfang lebten oder leben, betreiben eine Art extraktivistischer Aktivität hinsichtlich erneuerbarer Naturressourcen.

Kapitalistische Gesellschaften weisen verschiedene **Stufen** extraktivistischer Aktivität (6) auf, die im Lauf der Zeit zur industriellen Verarbeitung geführt haben. Manche Gesellschaften sind schnell zur Produktion von Ideen und Symbolen als ihrer hauptsächlichen produktiven Aktivität übergegangen. Das impliziert den Einsatz geistiger Produktivkräfte für die Prozesse der kapitalistischen Wertsteigerung (Profit). Aber auch die früheren nichtkapitalistischen Gesellschaften haben in unterschiedlicher Ausprägung solche Methoden der Herstellung von Gemeingütern angewendet. Mathematik, Astronomie, Bewässerungssysteme (7) oder gar religiöse Rituale, wie sie Kulturen der Andenregion oder des Amazonasgebiets, die Maya oder andere entwickelt haben, verkörpern gesellschaftliche Produktionsstätten, in denen an Ideen und Symbolen gearbeitet wird. Der Unterschied zwischen Epochen und zwischen Gesellschaften mit ähnlichen allgemeinen Produktionsweisen besteht in der Spezialisierung ihrer produktiven Tätigkeiten, das heißt in der Art ihrer Beteiligung an der regionalen Organisation der internationalen Arbeitsteilung.

Dynamik der internationalen Arbeitsteilung

Es gibt Länder, die als Produzenten von Rohstoffen begannen, dann zur Industrialisierung der Produktion von Rohstoffen übergingen und sich nun auf technisch-wissenschaftliche Produktion und Dienstleistung konzentrieren. Eine ganze Reihe von Ländern in **Europa und Nordamerika** hat diesen Weg zurückgelegt.

Andere Gesellschaften gingen in dem Maß, in dem die Länder der ersten Gruppe ihre industriellen Tätigkeiten in die Länder der Peripherie verlegt haben, von der Rohstoffproduktion für den Weltmarkt (in erster Linie Rohstoff exportierende extraktivistische Ökonomien) zu Tätigkeiten über, die ihren Extraktivismus ergänzen, zu selektiver industrieller Verarbeitung, und wurden so zu Werkstätten der Welt. Beispiele dafür sind Mexiko, die **Philippinen, Brasilien, Indien und teilweise China**.

Aber es gibt auch Gesellschaften, so **die meisten in Lateinamerika und Afrika**, die vorwiegend beim Rohstoffexport geblieben sind – vorrangig extraktivistische beziehungsweise extraktivistische und agrarische. Das kapitalistische Weltsystem ist dynamisch und rekonfiguriert sich fortwährend und nicht ohne Konflikte um die geografische Verteilung der einzelnen Produktionsprozesse in Bezug auf Profit, Zugang zu Märkten, Verfügbarkeit von Arbeitskräften und natürliche Ressourcen. Im Allgemeinen sind die kolonialen oder postkolonialen Gesellschaften tendenziell Rohstofflieferanten, aber es gibt auch zahlreiche Beispiele für koloniale Gesellschaften, die zur industriellen Verarbeitung übergegangen sind (Brasilien, Mexiko usw.), was auch die Produktion von Wissen einschließt (Südafrika und teilweise China), obwohl das nicht heißt, dass sie nicht mehr kapitalistisch sind.

Das bedeutet, dass der **Kapitalismus** nicht endet, sobald die extraktivistische Aktivität aufhört, da er sowohl extraktivistisch als auch nichtextraktivistisch sein kann. Also ist die **Kernfrage** bei der revolutionären Umwandlung der Gesellschaft **nicht**, ob sie extraktivistisch ist oder nicht, sondern inwieweit wir den Kapitalismus als eine Produktionsweise überwinden – ganz gleich, ob es sich um seine extraktivistische oder nichtextraktivistische Variante handelt.

Im Rahmen des Kapitalismus als weltumspannende Produktionsweise ist jede **Arbeitsteilung** in den jeweiligen Ländern und Regionen Teil der Struktur innerhalb der Vorherrschaft des globalen kapitalistischen Systems. Und solange sie anhielt, haben die revolutionären sozialistischen Prozesse, die sich in den letzten 150 Jahren entwickelten, diese Verortung in der internationalen Arbeitsteilung sowohl als **Chance** wie auch als **Beschränkung** geerbt. Die **Pariser Kommune**, die Sowjetunion zur Zeit **Lenins** oder das China **Maos** haben mit dieser weltweiten materiellen Basis nicht gebrochen. **Das konnten sie nicht**. Stattdessen haben sie ihren Platz in der Arbeitsteilung und das Niveau ihrer Produktivkräfte als Ausgangspunkt dafür

genommen, ihre internen wirtschaftlichen Strukturen in einem langen Prozess der Sozialisierung der Produktionsbedingungen zu revolutionieren und den noch bedeutenderen und längeren Prozess eines **revolutionären Wandels der internationalen Wirtschaftsbeziehungen** zu fördern.

Lenins bemerkenswerte Betrachtungen über die Vorherrschaft des Kapitalismus zur Zeit der russischen sozialen Revolution und die rigorose internationale Arbeitsteilung, trotz der Existenz von Sowjetrussland (8), verfügen über die notwendige Breite und Tiefe zum Verständnis der Relevanz der heutigen Revolution vom Standpunkt des Sozialismus aus, aber auch der Schwierigkeiten und Schranken, denen jeder emanzipatorische Prozess überall auf der Welt, einschließlich der bolivianischen demokratischen und kulturellen Revolution, begegnen muss.

Im Gegensatz zu den **naiven Vorstellungen der Ultralinken**, dass eine Gesellschaft aus eigener Kraft der Weltherrschaft entfliehen kann, erinnern uns Marx und Lenin daran, dass der Kapitalismus weltweit agiert und nur im weltweiten Maßstab überwunden werden kann. (9) Kämpfe und Bemühungen zur Sozialisierung der Produktion **in einem einzigen Land** sind nichts weiter als Bemühungen, Kämpfe und verstreute **Scharmützel**, Ausdruck eines geschichtlichen Vorhabens. Sie können aber nur dann erfolgreich sein, wenn sie sich zu weltweiten Kämpfen ausweiten. Entweder wird der Kommunismus global sein oder es wird ihn nie geben. Auch wenn das kapitalistische System weltweit vorherrschend ist, birgt es in sich Ansätze und Tendenzen zum Kampf für eine potenziell neue Produktionsweise, die es lokal nicht geben kann und die sich nur als Neigung, Kampf oder Möglichkeit zeigen kann, denn sie ist nur im weltweiten Maßstab denkbar. Die Illusion vom „Kommunismus in einem Land“ war nur eine Illusion, die verheerende Folgen für die Arbeiter jenes Landes und für die Hoffnungen auf eine Revolution im 20. Jahrhundert gehabt hat.

Der **Sozialismus** ist keine neue Produktionsweise, die neben dem Kapitalismus bestehen kann und mit der Welt oder einem einzelnen Land im Wettstreit steht. Der Sozialismus bietet ein Schlachtfeld für Kämpfe zwischen einem Kapitalismus in der Krise und den Tendenzen, Möglichkeiten und Bemühungen, die Produktion in Gemeineigentum unter gemeinschaftlicher Kontrolle zu überführen. (10) Mit anderen Worten, es ist die Zeit des historischen Kampfs zwischen der dominierenden etablierten kapitalistischen Produktionsweise und einer anderen, potenziell neuen Produktionsweise. Die einzige Produktionsweise, die den Kapitalismus überwinden wird, ist der Kommunismus – die Überführung der Produktion der materiellen Grundlagen der Gesellschaft in **Gemeineigentum unter gemeinschaftlicher Kontrolle**. Diese Produktionsweise existiert nicht vereinzelt, es kann sie **nur im weltweiten Maßstab** geben. Aber bis dahin bleibt uns nur der Kampf.

Keine Revolution vermochte bisher, sich der internationalen Arbeitsteilung zu entziehen

Diese kurze Erinnerung an die Logik revolutionärer Prozesse ist wichtig, weil unsere Unterordnung unter die internationale Arbeitsteilung bisweilen kritisiert wird, als ob wir als einzelnes Land uns davon lossagen könnten (Stalins Illusion), einfach weil wir uns das wünschen. Keine Revolution vermochte bisher, sich der internationalen Arbeitsteilung zu entziehen, und es wird auch dabei bleiben, solange es keine gesellschaftliche Masse gibt, die politisch mobilisiert ist, über ein ausreichendes Territorium (auf globaler Ebene) verfügt und **ausdauernd** genug ist, das **geopolitische Kräfteverhältnis** zu **verändern**.

Bevor wir uns also die Haare raufen über die derzeitige kapitalistische Arbeitsteilung, sollten wir lieber diese **Arbeitsteilung untergraben** durch die territoriale Ausdehnung der progressiven und revolutionären Prozesse der Welt. Auch der revolutionäre Prozess in Bolivien wird dafür kritisiert, dass er im extraktivistischen Stadium der Wirtschaft verbleibt, und es wird ihm nachgesagt, dass er umweltschädliche Aktivitäten betreibt und somit seine Abhängigkeit vom vorherrschenden Weltkapitalismus besiegelt.

Marx' Ironie

Es gibt keinen geschichtlichen Beweis dafür, dass die industrialisierten kapitalistischen Gesellschaften der Umwelt weniger Schaden zufügen als jene Gesellschaften, die von der Gewinnung von Rohstoffen leben, seien diese erneuerbar oder nicht. Im Gegenteil, alle Informationen über die Erderwärmung weisen auf die Treibhausgasemissionen der industrialisierten Länder hin. (11) Und was die mögliche Unabhängigkeit einzelner Regionen vom Kapitalismus betrifft, hat sich Karl Marx schon vor mehr als hundert Jahren über Utopisten lustig gemacht, die glaubten, man könne **soziale „Inseln**“ schaffen, die immun gegen die Dominanz des Kapitalismus wären. Mit Ironie wies er darauf hin, dass man vielleicht auf einigen neu entstandenen Korallenriffen in der Südsee (12) diese Utopie verwirklichen könnte, aber der Rest der Gesellschaft sei in der einen oder anderen Art abhängig von der Dominanz des Kapitalismus in ihren wirtschaftlichen Beziehungen.

Der Extraktivismus in unseren Gesellschaften ist ein integraler Bestandteil der international vernetzten Arbeitsteilung. Sowohl die industrielle Verarbeitung der Rohstoffe als auch die Wissensindustrie sind Teil der weltweiten Arbeitsteilung im globalen Kapitalismus. Weder der Extraktivismus, noch dessen Ablehnung helfen gegen diese weltweite Dominanz.
Es ist allerdings vorstellbar, dass im zukünftigen Aufbau einer gemeinschaftlichen Produktionsweise, in der alle gemeinsamen Ressourcen, materielle und immaterielle, von den Produzenten selbst produziert und verwaltet werden, es auch dann einige Länder und Regionen geben wird, die extraktivistisch sind.
Es ist daher naiv zu glauben, dass Extraktivismus oder dessen Ablehnung oder Industrialisierung immun machen gegen Ungerechtigkeit, Ausbeutung und Ungleichheit, denn – für sich genommen – sind sie weder Produktionsweisen noch Methoden zur gerechten Verteilung der Güter. **Sie sind nur technische Systeme zur Nutzung der Natur durch Arbeit**. Sie können in vorkapitalistischen, kapitalistischen oder gemeinschaftlichen Gesellschaften bestehen. Wirtschaftssysteme mit mehr oder weniger Gerechtigkeit, mit oder ohne Ausbeutung der Arbeiter hängen davon ab, wie diese technischen Systeme eingesetzt werden, und wie das erwirtschaftete Vermögen verwaltet wird.

Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse

Die Kritiker des Extraktivismus verwechseln technische Systeme mit Produktionsverhältnissen. Wegen dieses Missverständnisses assoziieren sie Extraktivismus mit Kapitalismus und vergessen dabei, dass es industrialisierte Gesellschaften gibt, die überhaupt keinen Extraktivismus betreiben, aber total kapitalistisch sind!
Es kann extraktive Gesellschaften geben, die kapitalistisch, nicht kapitalistisch, vorkapitalistisch oder postkapitalistisch sind. In gleicher Weise kann es nichtextraktive Gesellschaften geben, die kapitalistisch, nicht kapitalistisch, vorkapitalistisch oder postkapitalistisch sind.

Extraktivismus ist nur ein Mittel zum Zweck, **aber er könnte der Anfang zu seiner eigenen Überwindung sein.** Sicherlich ist in ihm die ganze territoriale Verteilung der weltweiten Arbeit konzentriert. Eine Verteilung, die meist kolonial geprägt ist. **Um diese koloniale Subordination zu durchbrechen, genügt es nicht, den Extraktivismus zu diskreditieren**, die Rohstoffgewinnung zu beenden und die Völker in noch schlimmeres Elend zu stürzen, **denn dann werden die Rechten** kommen und wenigstens teilweise die Bedürfnisse der Menschen befriedigen, ohne den Extraktivismus zu verändern. Das

genau ist die Falle, in die gedankenlose Kritiker tappen, die den Extraktivismus ex cathedra verdammen und dabei die revolutionären Kräfte und Regierungen der materiellen Ressourcen berauben, die sie brauchen, um die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen und den Wohlstand gerecht zu verteilen und **in der Folge** eine **neue materielle Basis ohne Extraktivismus** zu schaffen, um den Wohlstand der arbeitenden Bevölkerung zu erhalten und zu mehren.
Um den Extraktivismus zu überwinden, müssen wir, wie bei jeder Emanzipation, bei ihm selbst anfangen. Von da aus müssen wir analysieren, was er als technische Methode für die Gesellschaft geleistet hat. Derzeit ist er für unser Land die einzige technische Methode, die wir haben, um den materiellen Wohlstand zu verteilen, der durch den Extraktivismus entstand (allerdings auf eine andere Art als bisher). Zusätzlich ermöglicht er uns, die materiellen, technischen und kognitiven Voraussetzungen zu schaffen, mit denen wir seine technische und produktive Grundlage verbessern können.

Wie anders?

Wie anders sonst sollen wir den Extraktivismus überwinden? Indem wir mit der Rohstoffgewinnung aufhören, die Zinnbergwerke und die Gasquellen schließen und damit unsere materielle Existenzgrundlage verlieren, wie die Kritiker vorschlagen? Ist das nicht der direkte Weg zu wachsender Armut und zu einer **Restauration des Neoliberalismus?** Ist das nicht, was die konservativen Kräfte so sehr wünschen? Sollen mit der Ablehnung des Extraktivismus in diesem revolutionären Prozess unsere Hände gebunden werden und soll dieser Prozess somit abgewürgt werden?

Durch die Überwindung des Extraktivismus werden wir nicht den Kapitalismus überwinden. Wenn das so einfach wäre! Wenn dem so wäre – so der kindliche Glaube einiger unserer Kritiker –, dann wären die USA das erste kommunistische Land auf der Welt!
Aber Vorsicht! Das bedeutet nicht, dass die **Überwindung des Extraktivismus** dem laufenden revolutionären Prozess nicht nützlich sein kann. **Es kann helfen**:
- erstens weil eine Phase der industriellen Entwicklung und der Gewinnung von Know-how einen größeren wirtschaftlichen Ertrag bringt, der auf die Menschen verteilt werden kann, um die Bedürfnisse der Gesellschaft zu befriedigen;
- zweitens weil damit Umweltschäden verringert werden können;
- drittens weil die Gesellschaft größere technische und produktive Kapazitäten gewinnt und so die gesamten Produktionsprozesse besser steuern kann.

Wie auch immer, der Extraktivismus verdammt uns weder zum Kapitalismus noch führt uns seine Ablehnung an seiner Hand direkt zum Sozialismus. **Alles hängt von der Fähigkeit der Politik und der gesellschaftlichen Mobilisierung ab, die Produktionsprozesse so zu leiten – extraktiv oder nicht –, dass das Gemeineigentum vermehrt wird und der Mitteleinsatz und die soziale Verteilung zu mehr Wohlstand führen.**
Ist es nicht möglich, im Anfangsstadium dieser Aufgabe, aus den Ressourcen, die durch den staatlich kontrollierten Rohstoffexport gewonnen werden, einen **Überschuss** zu erwirtschaften, mit dem die Mindestbedürfnisse der Menschen in Bolivien gedeckt werden und mit dem eine multikulturelle, wissenschaftliche Ausbildung ermöglicht wird, die eine kritische Masse an intellektuellen Fähigkeiten heranbilden wird, imstande, die neuen Industrialisierungsprozesse zu starten und zu lenken und schließlich eine Wissensgesellschaft herbeizuführen? Wird der Sozialismus an die Türen Boliviens klopfen, wenn wir aufhören, Rohstoffe zu gewinnen? Wenn die Bolivianer vorzeitig mit dem „Extraktivismus“ aufhörten, hätten sie dann materielle und intellektuelle Ressourcen, um unmittelbar in das Stadium der industriellen und Wissensproduktion einzutreten? Ließe nicht die unkritische Verdammung des sogenannten Extraktivismus den plurinationalen Staat in Armut und Hilflosigkeit zurück und damit unfähig, die sozialen Rechte zu vermehren, die mit dem revolutionären Prozess seit dem Jahr 2000 initiiert wurden?

Es ist dringend notwendig, über das Stadium des Rohstoffproduzenten hinauszuwachsen. Das ist doch klar.
Das wird aber **nicht** erreicht werden, wenn Bolivien zurückfällt in eine **Bettlerrolle** so wie vor 2005, als der Ertrag, den wir erwirtschafteten, in die Hände ausländischer Konzerne floss.
Das wird auch **nicht** erreicht werden, wenn der Produktionsapparat gelähmt wird, wenn Überschüsse aus der Rohstoffgewinnung schlechtgemacht werden und wir **zurückfallen in eine Subsistenzwirtschaft**.
Damit würden wir noch hilfloser dastehen als früher, das kleine Flämmchen Souveränität würde wieder erlöschen.
Souveränität erfordert eine materielle Basis, so dass das Land von seiner Hände Arbeit leben und essen kann.
Das würde auch dem neoliberalen Unternehmertum wieder alle Türen und Tore öffnen. Diese Restauration würde uns dann präsentiert als das Allheilmittel für alle materiellen Bedürfnisse der Gesellschaft.

Der drohende Schatten einer konservativen Restauration

Hinter der kürzlich konstruierten Kritik am „Extraktivismus“ der revolutionären und progressiven Regierungen steckt der drohende Schatten einer konservativen Restauration. So wie wir es sehen, kann dieser Kritik am besten begegnet werden, indem zuerst die dringendsten Bedürfnisse der Menschen befriedigt werden, die wesentlichen Sozialleistungen für die Arbeiterklasse verbessert werden und auf dieser Basis Kultur, Bildung und materieller Wohlstand gefördert werden. Damit kann die Kontrolle über die gesellschaftlichen Ressourcen demokratisiert werden. Am Ende sollte sogar über die staatliche Kontrolle hinaus das Modell eines Gesellschaftseigentums entwickelt werden. Eine Perspektive für die Kontrolle des öffentlichen Eigentums und der Produktionsmittel durch eine tiefgreifende soziale Mobilisation, damit der Extraktivismus Schritt für Schritt überwunden werden kann. In diesem Prozess wird es nötig sein, zugleich neue technologische Grundlagen für die Produktion von Wohlstand zu schaffen, mit deren Hilfe der Extraktivismus überwunden werden kann.

Unser strategischer Plan bis 2025

Wir tun als Regierung genau dies:
Wir schaffen Wohlstand (13) und verteilen ihn an die Menschen (14). Wir reduzieren die Armut und die extreme Armut (15).
Wir verbessern den Bildungsstand der Bevölkerung (16).
Parallel zu all dem, beginnen wir mit der Industrialisierung. Zum Thema fossile Brennstoffe: Wir haben in zwei Flüssiggasanlagen investiert. Eine entsteht in Gran Chaco, sie wird 2014 die Produktion aufnehmen, eine andere in Rio Grande, die 2013 starten wird. Wir bauen eine Fabrik für Harnstoff und Ammoniak, die 843 Mio. US-Dollar kostet und 2015 zu produzieren beginnen wird, eine für Äthylen und Polyäthylen, Produktionsbeginn 2016, eine andere zur Gasverflüssigung, die 2014 die Produktion aufnehmen wird. (17)
Bei der industriellen Verarbeitung von Lithium haben wir einige wichtige Schritte hinter uns. Mit bolivianischen Wissenschaftlern und bolivianischer Technologie begann im August dieses Jahres die halbindustrielle Produktion von Kaliumchlorid und noch vor Jahresende werden wir auch Lithiumkarbonat zu produzieren beginnen. Bis 2014 planen wir eine großindustrielle Kalium- und Lithiumproduktion, sowie Fabriken für Kathoden und Batterien. (18)
Der Präsident hat kürzlich allen Bolivianern seine Absicht erklärt, dass zum 200. Jahrestag der Unabhängigkeit (das ist 2025) alles, was in diesem Land gewonnen wird, nicht ohne irgendeine industrielle Weiterverarbeitung, **nicht ohne eigene Wertschöpfung verkauft werden soll**. Das erfordert eine grundlegende wissenschaftliche und technische Umgestaltung des ganzen Landes und noch **nie dagewesene Investitionen** in Know-how. Und wir werden das natürlich

auch machen.
Natürlich ist das kein einfacher Prozess. Er wird Jahre, vielleicht Jahrzehnte brauchen. Das Wichtigste ist, die Ausrichtung der Produktion zu erneuern, ohne die Tatsache zu übersehen, dass auch die schweren Nöte der Menschen beseitigt werden müssen. Jene Nöte, wegen derer **das Volk** die Schaffung der staatlichen **Macht übernahm**. Das ist es, was wir in Bolivien tun.

---

1 Karl Marx, Capital, Book I, The Process of Production of Capital, Vintage, New York 1977.
2 Karl Marx, "Forms which precede capitalist production," in Grundrisse, Outlines of the Critique of Political Economy, Section Two, Vintage, New York 1973.
3 John V. Murra, El Mundo Andino. Población, Medio Ambiente y Economía, Instituto de Estudios Peruanos, Peru, 2002.
4 Charles C. Mann, 1491: New Revelations of the Americas Before Columbus, Knopf, 2005.
5 Álvaro García Linera, Forma Valor y Forma Comunidad, aproximación teórico-abstracta a los fundamentos civilizatorios que preceden al ayllu universal, CLACSO/COMUNA, La Paz, 2009.
6 Jan de Vries, The Industrious Revolution: Consumer Behavior and the Household Economy, 1650 to the Present (New York, 2008). Also, David Landes, The Wealth and Poverty of Nations (New York, 1998).
7 Hans Horkheimer, Alimentación y obtención de alimentos en los Andes Prehispánicos, Hisbol, La Paz, 1990.
8 Lenin, "Eleventh Congress Of The R.C.P. (B.), March 27-April 2, 1922," in Collected Works, 2nd English Edition, Moscow 1965, vol. 33, pages 237-242. See also the exhaustive analysis of the Soviet economy in the Leninist phase, in Charles Bettelheim, Class Struggles in the USSR, First Period: 1917-1923, Monthly Review Press, New York 1976 (Translation by Brian Pearce).
9 K. Marx, F. Engels, The German Ideology, Marx-Engels Collected Works, Volume 5.
10 Etienne Balibar, On the Dictatorship of the Proletariat, New Left Books, 1977.
11 "El Cambio Climático en América Latina y el Caribe". Secretaría de Medio Ambiente y Recursos Naturales Programa de las Naciones Unidas para el Medio Ambiente, 2006.
12 Marx, Capital, op. cit.
13 In the last six years of President Morales' administration, the GDP has increased from $9.5 billion to $23.7 billion, and the average income of Bolivians from $1,000 in 2005 to $2,238 in 2011. UDAPE, Informe 2012.
14 In the last six years, the percentage of GDP directly transferred in cash transfers to the population has reached 1.1% on average (UDAPE). And if we compare the figures for 2010 with those for Latin America, Bolivia's percentage (1.57%) ranks first, ahead of Ecuador's (1.17%), Mexico's (0.51%) and Brazil's (0.47%), among others.
15 In six years, the proportion of the population living in poverty has declined from 60% to 48%, and extreme poverty from 38% to 24.3%. Extreme poverty in the urban areas has declined from 24% to 14%, and in rural areas from 62% in 2005 to 43% in 2011. UDAPE, Informe 2012.
16 We defeated the age-old illiteracy in 2008. The percentage of GDP devoted to education this year is 8.21%. In 2005, the universities were receiving $164 million in transfers from the state. In contrast, in 2011 the public universities received $385 million. Ministry of Economy and Finance, Informe 2012.
17 Ministry of Hydrocarbons and Energy, Informe 2012.
18 Ministry of Mining and Metallurgy, Informe 2012.

http://mrzine.monthlyreview.org/2013/gl290413.html, 29.4.2013
Übersetzung: Herbert Kaser, Homadzyar Kutar; Durchsicht von Werner Horch und Peter Strotmann



Das Buch kann heruntergeladen werden unter ***http://www.rosalux.de****/publication/38198/*

Auswahl von Artikeln über Süd- und Mittelamerika in „Sand im Getriebe“:

SiG 14: Den Frühling in **Venezuela** retten (2002), http://www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/

SiG 19: **Sturmwolken über Lateinamerika**, http://sandimgetriebe.attac.at/2827.html

SiG 25: http://sandimgetriebe.attac.at/2833.html (u.a. Erklärung von **ATTAC Argentinien** zur Ankündigung des Wirtschaftsministers, Kapitalströme zu regulieren)

SiG 39: Mehrere Artikel **„Lateinmerika geht nach links“**, http://sandimgetriebe.attac.at/2981.html

SiG 50: **„Aufbruch – nicht nur in Lateinamerika“** mit Artikeln über **Bolivien, Venezuela, die Strategie der EU in Lateinamerika** und mit einem Aufsatz von **Chomsky,** http://sandimgetriebe.attac.at/sig50.html

SiG 56: Kerstin Sack: **ALBA** – Solidarische Verträge zwischen Staaten, http://sandimgetriebe.attac.at/5140.html

SiG 70: Steffen Stierle: **Von Lateinamerika lernen –** auch im Umgang mit der Finanzmarktkrise, http://sandimgetriebe.attac.at/6888.html

SiG 72: **AG Lateinamerika attac de,** Beilage (**„Gutes Leben“** - Rechte der Natur in der **Verfassung Ecuadors,** ...) http://sandimgetriebe.attac.at/7064.html

SiG 72: João Pedro Stedile: **Bewegung der Landlosen:** 25 Jahre des beharrlichen Kampfes, http://sandimgetriebe.attac.at/7088.html

SiG 73: **Nein zum Assozierungsabkommen mit der EU,** http://sandimgetriebe.attac.at/7232.html

SiG 74: **Globale Verschiebungen,** mehrere Artikel (**Bolivien, Peru, Honduras**) http://sandimgetriebe.attac.at/8141.html

SiG 80: Mehrere Artikel über **Haiti:** http://sandimgetriebe.attac.at/8602.html

SiG 85: Immanuel **Wallerstein**: Unterschiedliche Paradigmen in der **lateinamerikanischen Linken,** http://sandimgetriebe.attac.at/9134.html

SiG 98: Dario **Azzellini**: **Chavez hat gewonnen!** http://sandimgetriebe.attac.at/9428.html

SiG 102: Rafael Correa: „Es gibt gutes und schlechtes Wachstum“, http://sandimgetriebe.attac.at/10520.html

Internetseiten über Lateinamerika:

Attac Argentinien: http://attacargentina.com.ar/que-es-attac
„Grano de Arena“, Newsletter der Attac Bewegung auf Spanisch: http://attacargentina.com.ar/grano-de-arena

http://www.quetzal-leipzig.de/ , http://cuba-si.org/
http://www.chiapas.eu/ (Newsportal zur Menschenrechtssituation in Mexiko), http://www.azzellini.net/

Webseiten auf Deutsch:
http://amerika21.de/
http://www.npla.de/
http://www.ila-web.de/lateinamerika/home.htm
http://www.lateinamerikanachrichten.de/
(seit 40 Jahren! Herzlichen Glückwunsch, die SiG-Red.)

Weitere Webseiten:
http://www.alainet.org/index.phtml.en
http://www.forumdesalternatives.org/en/regiones/latin-america-and-the-caribbean (spanisch und englisch)
http://www.telesurtv.net/ (spanisch und englisch)
Venezuela: http://venezuelanalysis.com/ , http://www.aporrea.org/

Raúl Zibechi

Widerstand gegen den Bergbau in den Anden

Jeder fünfte Hektar der Fläche Perus sowie die Hälfte des Landes der bäuerlichen und indigenen Gemeinschaften in der Andenregion wurde den Bergbaumultis überlassen. Die Gemeinschaften und die Natur sind am stärksten von der Gefräßigkeit der Großunternehmen betroffen, die Gold, Silber und Kupfer auf dem Altar der Spekulation anhäufen. Die Art der Mobilisierung der Bevölkerung zeigt grundlegende Veränderungen im gesellschaftlichen Handeln.

„Wir werden von einem 20 Jahre dauernden inneren Krieg erdrückt“, sagt **Hugo Blanco**, Angehöriger der Quechua und langjähriger Führer der Bauernbewegung, der in den 1960er Jahren im Kampf um die Wiedererlangung des Grund und Bodens in Cusco eine führende Rolle spielte. Heute gibt er sich optimistisch: „*Der Konflikt um Conga gestern und der um Kañaris heute zeigen uns, dass der gesellschaftliche Kampf, wenn auch auf anderen Wegen, weitergeht dank lokaler Gruppen, die für die realen Kämpfe repräsentativer sind als die alten Zentren, die an Bedeutung verloren haben*.“(1)

Peru ist ein Land des Bergbaus. Seit der Kolonialzeit veränderte die Ausbeutung der Rohstoffe in den Minen die gesellschaftliche und politische Landkarte der Urbevölkerungen der Andenregion. In den letzten Jahrzehnten spiegelte sich der Bergbau sogar in der Kunst und der Literatur wider. Seine deutlichste Spur hinterließ er bei den Bäuerinnen und Bauern, wie die Romane Manuel Scorzas, eines der führenden Schriftsteller Perus, zeigen.(2)
Trotzdem nimmt der Kampf gegen den Bergbau keinen breiten Raum in der peruanischen Vorstellungswelt ein.
Seit einigen Jahren jedoch ist ein bedeutender Wandel zu beobachten. 2012 war ein Jahr großer gesellschaftlicher Konflikte. Wie der Observatorio de Conflictos Mineros en el Perú aufzeigt, spiegelt sich die Intensität der Konflikte in der Polarisierung, die sie bewirken, und in ihrer Fähigkeit, die Agenda zu verändern. Die Konflikte um den Bergbau erzwangen zwei Wechsel im Kabinett der Regierung Ollanta Humala: im Dezember 2011 (knapp sechs Monate nach Regierungsübernahme) und im Juli 2012, nach seinem ersten Jahr im Amt.
„*Vor zehn Jahren war es undenkbar, dass ein Bergbaukonflikt in einer abgelegenen Gegend des Landes auf den Titelseiten der wichtigsten Tageszeitungen erwähnt wurde und in fast allen Medien mehrere Wochen lang präsent war“*, bemerkt der Observatorio(3). Aber die wesentliche Neuigkeit besteht darin, dass „*die mit dem Bergbau verbundenen sozialen Konflikte sich zusätzlich in bedeutende politische Konflikte verwandelten*“. Selbst die Ratingagentur Moody's erklärte, dass die Art, wie die Regierung dem Congakonflikt begegnet, für die Interessen des Bergbausektors nachteilig sein kann.

Für das Verständnis der Bedeutung des Kampfs gegen den Bergbau sind **drei Aspekte** zu betrachten:

- der Megabergbau als eine der Hauptformen der Akkumulation des internationalen Kapitals in Peru,
- der bäuerliche Widerstand in seiner gemeinschaftlichen und folglich regionalen Ausprägung und seine Verbindung zum fünf Jahrhunderte dauernden indigenen Widerstand,
- die dezentralen Formen der Koordination oder, anders gesagt, die neuen Kulturen des politischen Handelns.

Peru im Visier des Bergbaukolonialismus

Im November verfügte der Bergbausektor über 24 Millionen Hektar oder 19 Prozent der Gesamtfläche des Landes. Die Bergbaukonzessionen betreffen hauptsächlich die bäuerlichen Gemeinschaften in der Sierra und der Costa im Zentrum und im Norden des Landes, wo fast die Hälfte des Territoriums per Konzession an Bergbauunternehmen vergeben wurde. (4)

Tatsächlich sind 49,6 Prozent des Landes der bäuerlichen Gemeinschaften mit Bergbaukonzessionen belegt. Fast die Hälfte der Gewässerregionen am Pazifik (47 Prozent) ist mit Bergbaukonzessionen belegt. Dort leben 65 Prozent der Bevölkerung, die über knapp 1,8 Prozent der Wasservorräte des Landes verfügen. (5) Deshalb werden die offiziellen Behauptungen, denen zufolge die Bergbautätigkeit dem Land nütze, von Comuneros, die den Verlust ihres Landes und des Zugangs zu Wasser erleiden, unumwunden zurückgewiesen.

Wie die Metals Economic Group kürzlich vermeldete, befördert die weltweite Flaute an den Aktienmärkten Investitionen im Bergbau, die nach einem starken Rückgang 2009 von 44 Prozent im Jahr 2010 auf 50 Prozent im Jahr 2011 anwuchsen. (6) Mit einem Anteil von 25 Prozent am Gesamtvolumen ist Lateinamerika das Hauptziel der Bergbauinvestitionen, wobei Chile, Peru, Brasilien, Kolumbien, Mexiko und Argentinien die Schwerpunkte bilden. 2003 flossen knapp zehn Prozent der weltweiten Bergbauinvestitionen nach Lateinamerika.

Peru ist neben Chile Hauptziel der Bergbauinvestitionen in der Region. 2012 produzierte Lateinamerika 51 Prozent des Silbers der Welt, die Hälfte des Lithiums, 45 Prozent des Kupfers, 27 Prozent des Molybdäns, 25 Prozent des Zinns, 23 Prozent des Zinks und des Bauxits, 19 Prozent des Goldes und 18 Prozent des Eisens. (7)
Bis 2020 werden Investitionen in Höhe von 300 Milliarden Dollar in den Bergbausektor geflossen sein.

Die ausländischen Direktinvestitionen in Peru schnellten in die Höhe. 2012 kamen elf Milliarden Dollar ins Land, ein Anstieg von 34 Prozent im Vergleich zu 2011, zwischen 2000 und 2005 waren es im Durchschnitt 1,6 Milliarden Dollar.(8)
Das Problem besteht darin, dass Bergbau sowie Öl- und Gasförderung den größten Teil der Investitionen verschlingen. Rund zwei Drittel davon fließen in den Rohstoffsektor und knapp 8,7 Prozent in die verarbeitende Industrie.

Solche Investitionen verstärken die **Abhängigkeit vom Abbau und Export von Rohstoffen**. Der peruanische Journalist Raúl Wiener behauptet, dass 30 Prozent der Steuereinnahmen seines Landes dem Bergbau geschuldet seien und dass „*die einzige Möglichkeit, diese Mittel mehr oder weniger rasch zu erhöhen und soziale Programme voranzutreiben, wie sie jeder Kandidat verspricht, um Wahlen zu gewinnen, darin besteht, die Investitionen im Bergbau zu steigern, denn wer diesen Sektor vernachlässigt, begeht Harakiri*“ (9).

Beim Anstieg der **Exporte** ist Peru im Weltvergleich an die fünfte Stelle gerückt, sie stiegen von 7,6 Millarden Dollar im Jahr 2002 auf 45,7 Milliarden Dollar im Jahr 2011. Rund 60 Prozent betreffen Mineralien und zehn Prozent Öl und Gas, Produkte, die unverarbeitet exportiert werden.(10) Das Land ist in Lateinamerika der größte Exporteur von Gold, Zink, Blei und Zinn sowie der zweitgrößte Produzent von Silber und Kupfer. Prognosen zufolge wird sich die Tendenz, Investitionen und Exporte auf den Bergbau zu konzentrieren, in den kommenden Jahren verstärken. Die Zahl der Bergbaukonzessionen hat sich laut Observatorio de Conflictos Mineros zwischen 2006 und 2010 verdoppelt.

Widerstand in den Anden

Während der zweiten Hälfte des Jahres 2011 und des größten Teils des Jahres 2012 vollzog sich der schwerste Konflikt um Bergbau und soziale Fragen in der Region Cajamarca im Norden des Landes, wo das **Projekt Conga** zum Abbau von **Gold und Silber** des Bergbauunternehmens Yanacocha, Eigentum der US-amerikanischen Newmont Mining Corporation, bei der Bevölkerung auf heftigen Widerstand stieß. Das Unternehmen beutet seit über 20 Jahren eine 50 Kilometer nördlich der Stadt Cajamarca und in 3.400 Meter Höhe liegende Goldmine aus, die zweitgrößte Goldmine der Welt.

In den letzten Jahren erlebte Yanacocha wegen des Schrumpfens der Vorkommen einen Rückgang der Produktion. Deshalb ist das Projekt Conga für das Unternehmen verlockend. Doch die Bevölkerung kennt Yanacocha bereits und mobilisiert seit einigen Jahren für den **Schutz der Wasservorkommen.** Das Hauptproblem besteht darin, dass der Abbau, bei dem Zyanid und Quecksilber verwendet werden, sich nachteilig auf die Bergseen auswirkt, aus denen sich die bäuerlichen Gemeinschaften und die Städte versorgen.

Im November und Dezember 2011 wurde der **Widerstand der Bevölkerung von Cajamarca** (11) mit der Ausrufung des Notstands und der Militarisierung einiger Provinzen bekämpft, was zu einer Kabinettsumbildung und dem Ausscheiden einiger der fortschrittlicheren Minister führte. Im Bezirk Bambamarca, einem der von Conga am schwersten betroffenen, verhinderte die Bevölkerung, dass die Soldaten ihren Fahnenappell durchführten, und in Celendín, Epizentrum des Konflikts, wurden die Soldaten von der Bevölkerung von ihrem Stützpunkt vertrieben. (12) Die Rondas campesinas verhafteten Soldaten wegen des Versuchs, sich an Minderjährigen zu vergreifen.

2012 wurden 167 größere Konflikte registriert: 123 davon sind Konflikte, die von der Defensoría del Pueblo als „sozioökologisch“ bezeichnet werden, und nur sieben Arbeitskonflikte. Die Bauern sind weiterhin ohne Land und ohne Wasser, agieren mit aller Entschlossenheit und mobilisieren ihre Gemeinden. Eine Umfrage hat ergeben, dass in Cajamarca 78 Prozent der Bevölkerung das Projekt Conga ablehnen. Auch wenn das Zentrum des Widerstands Cajamarca, und neuerdings auch Kañaris (Lambayeque), ist, erfassen die Bergbaukonflikte das ganze Land.

Bei näherer Betrachtung stellt man fest, dass die Bevölkerung eine erstaunliche **Vielfalt an Mitteln** aufgeboten hat. Sie hat regionale und lokale Abwehrfronten geschaffen, Beratungen auf Gemeinde- und Bezirksebene durchgeführt, Protestmärsche, regionale Arbeitsniederlegungen und Straßensperren organisiert. Eine der wichtigsten Aktivitäten wurde von den Rondas campesinas entfaltet, kommunalen Organen der Selbstverteidigung, die in den 1970er Jahren in Cajamarca und Piura geschaffen wurden, um den Viehdiebstahl zu bekämpfen. (13)



Die Ronderos von Cajamarca, Bambamarca und Celendín, der drei Provinzen in unmittel-barer Nachbarschaft zur Congamine, kampierten in der Umgebung der vom Minenprojekt betroffenen Seen, um Wache zu halten und jegliche Betätigung des Unternehmens in dem Gebiet zu verhindern. Die Mobilisierung begann im November und erhielt den Namen **Guardianes de las Lagunas.**

Das Lager von Celendín wurde von Polizeikräften zerstört, woraufhin das Comando Unitario de Lucha de Cajamarca beschloss, *„für die Rondas campesinas auf der Grundlage freiwilliger Arbeit zwei Häuser zu bauen, damit die Ronderos und Gäste Schlafplätze hatten und sich weiterhin am Kampf beteiligen konnten“* (14).

Der Kampf um die Kontrolle über das Territorium wurde von der Regierung mit der **Militarisierung der Region** beantwortet, während Yanacocha die Wege und Straßen für die Bauern sperrte. Daraufhin stellten die Gemeinden an allen Straßen und in allen Siedlungen Schilder auf mit der Aufschrift „Bergbaufreies Gebiet“ und dem jeweiligen Ortsnamen. Eine ähnliche Vorgehensweise hatten die Zapatistas entwickelt, um die Kontrolle über ihre Gebiete zu behaupten.

Die Verhängung des Ausnahmezustands und die Militarisierung in verschiedenen Provinzen hatte laut der Asociación Pro Derechos Humanos (APRODEH) zwischen Dezember 2011 und September 2012 17 Tote zur Folge. Fünf Comuneros wurden im Juli 2012 in Celendín und Bambamarca getötet, drei wegen des Versuchs, den kleinen illegalen Bergbaubetrieb in Madre de Dios (an der Grenze zu Brasilien und Bolivien) zu zerstören, zwei in Espinar (Cusco) beim Widerstand gegen das Unternehmen Xstrata, einer beim Kampf gegen das Unternehmen Barrick in Ancash. Die Regierung Ollanta Humala wendet die von der vorherigen Regierung unter Alan García erlassene Verordnung 1095 an, die den Einsatz der Streitkräfte bei der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung erlaubt und Protestierende als „feindliche Gruppe“ einstuft, während von Repressionskräften begangene Menschenrechtsverletzungen vor Militärgerichten verhandelt werden. (15)

Neue Organisations- und Aktionsformen

In den letzten zwei Monaten entstand ein neuer Konflikt in der im Norden liegenden Provinz Lambayeque. Die Bauern beschreiben den Konflikt in einer sehr einfachen Weise, die ihre Sicht der Welt offenbart: *„Der Grund für unseren indigenen Widerstand sind die Einmischung und das Eindringen in unser angestammtes Territorium durch die Candente Copper Corporation-Cañariaco.“* (16)
Zur Bekräftigung ihres Anliegens vor der Öffentlichkeit führten sie am 30. September eine **Befragung** durch, bei der **95 Prozent** der Bevölkerung sich **gegen den Bergbau** aussprachen. Am 20. Januar organisierten sie regionale **Arbeitsniederlegungen** und am 25. Januar verletzte die Polizei 24 Bauern bei einer **Straßenblockade**, die verhindern sollte, dass die kanadische Candente Copper Corporation mit ihrem Projekt der Ausbeutung von drei Kupervorkommen vorankommt.

Ein Absatz des **Manifests vom 5. Februar** offenbart die Kluft zwischen Staat und Gemeinschaften: *„Als Bedingung für die Aufnahme von Gesprächen fordern wir den sofortigen Abzug der Polizeikräfte aus unserem Territorium, da in Übereinstimmung mit unserem Gewohnheitsrecht die Sicherheit der Gemeinden von den Rondas campesinas gewährleistet wird und deshalb die Anwesenheit großer und schwer bewaffneter Polizeieinheiten vor Ort nicht notwendig ist.“* (17)
Weiter heißt es: *„Wir repräsentieren sehr alte, gewachsene Gemeinschaften und sind nicht bereit, auf unsere Prinzipien und Rechte als Völker zu verzichten und uns dem Kolonialismus unterzuordnen, der die genuine und natürliche Struktur der Urbevölkerungen zerstört.“*

Dennoch sind zahlreiche Analysten und Beobachter der Ansicht, dass in Peru keine sozialen Bewegungen existieren, und behaupten, dass die Bewegung gegen den Bergbau zersplittert sei und kein Zusammenhalt bestehe. Der Forscher und Aktivist Raphael Hoetmer erklärt: *„Die Bewegungen in Peru sind nicht in festen repräsentativen nationalen Organisationen zusammengefasst und verbunden, sondern eher zersplittert.“* (18)

In der gleichen Schrift, in der er gegen diejenigen polemisiert, die die Existenz von Bewegungen bestreiten, konstatiert er *„eine Situation, in der die Völker keine nationalen Organisationen zur Mobilisierung benötigen, aber gleichzeitig Schwierigkeiten bestehen, die verschiedenen lokalen Programme miteinander und mit den nationalen Programmen zu verknüpfen."* (19) Tatsächlich spielen die großen Organisationen im Kampf gegen den Bergbau keine Rolle.
Dann weist er darauf hin, dass die Kämpfe Siege zeitigten, diese aber nicht zum Aufbau starker Organisationen führten. *„Es gibt große Schwierigkeiten, diese Siege in stärkere Organisationen zu verwandeln."* (20) Tatsächlich konstatiert er, dass bedeutende Kämpfe stattfinden, sie aber noch nicht von den mächtigen sozialen Organisationen von einst, wie der CGTP, der CCP oder der jüngeren CONACAMI, angeführt werden. (21).

An dieser Stelle scheint es notwendig zu sein, die Betrachtungsweise zu wechseln. **Hugo Blanco**, der die Zeit der großen Organisationen seit der CCP erlebte und heute die Bewegungen in Cajamarca begleitet, wird deutlicher. Seiner Meinung nach geht es darum, die Kämpfe zu koordinieren und gleichzeitig hinzuarbeiten *„auf eine stets fortschreitende Demokratisierung der Bewegung, in der die Gemeinschaft bestimmt und nicht die Führer und die den Schwerpunkt ihrer Arbeit nicht auf Wahlkämpfe verlagert."* (22)

Kurz gesagt spricht er **drei Schlüsselfragen** an: Koordinierung der Kämpfe ohne die Schaffung bürokratischer Apparate, Entscheidung durch die Gemeinschaft (das nennen die Zapatistas „gehorchend befehlen"), keine Fixierung auf Wahlen, sie verwässert die Kämpfe und führt zu deren Einbettung in den staatlichen Institutionalismus. Auch wenn er es nicht sagt, so spricht er doch von einer neuen politischen Kultur. Die alte Kultur hat ihre Begrenztheit schon bewiesen.

Anmerkungen

1 Interview mit Hugo Blanco.
2 Besonders sei auf seine fünf Romane über den Kampf der Bäuerinnen und Bauern in den Anden um die Wiedererlangung ihres Grund und Bodens verwiesen: Redoble por Rancas (1970), Historia de Garabombo el Invisible (1972), El jinete insomne (1977), Cantar de Agapito Robles (1977) y La tumba del relámpago (1979).
3 Observatorio de Conflictos Mineros en el Perú, S. 28.
4 Ebd., S. 32.
5 Ebd., S. 30.
6 Metals Economics Group, „Tendencias de la exploración mundial 2012".
7 Reuters, 16. April 2012.
8 Global Investment Trends Monitor, UNCTAD, No. 11, 23. Januar 2013, S. 6.
9 La Primera, 12. April 2012.
10 Ministerio de Comercio Exterior y Turismo, „Resumen de Exportaciones 2011", in http://www.mincetur.gob.pe/newweb/Portals/0/documentos/comercio/CuadrosREsumsn_Exportaciones_2001.pdf.
11 Cajamarca ist der Name eines Departamentos und außerdem einer der drei Provinzen des Departamentos sowie seiner Hauptstadt.
12 Lucha Indígena, Juni 2012.
13 In ganz Peru gibt es schätzungsweise 200.000 bis 250.000 Ronderos, die sich auf etwa 8.000 Rondas verteilen. In Cajamarca, der Wiege der Rondas campesinas, gibt es etwa 100.000 aktive Ronderos. Siehe http://cunarcperu.org.
14 Comando Unitario de Lucha-Cajamarca, 1. Februar 2013.
15 APRODEH, „Ni un muerto más", Broschüre, Lima, September 2012.
16 MANIFIESTO DE LAS COMUNIDADES Y RONDAS CAMPESINAS DE CAÑARIS, INCAWASI Y SALAS: PUEBLOS ORIGINARIOS EN DEFENSA DEL AGUA Y LA VIDA, 5. Februar 2013.
17 Ebd.
18 Raphael Hoetmer, S. 230.
19 Ebd.
20 Ebd., S. 236.
21 Confederación General de Trabajadores del Perú, Confederación Campesina del Perú y Confederación Nacional de Comunidades del Perú Afectadas por la Minería.
22 Lucha Indígena, März 2013, S. 8.

Benutzte Quellen

Raúl Zibechi, Interview mit Hugo Blanco, Lima, 22. Februar 2013
Central Única Nacional de Rondas Campesinas: http://cunarcperu.org
Cooperaccion: http://www.cooperaccion.org.pe/
Hugo Blanco, „Agua sí, Mina no", Cusco, 2012
Lucha Indígena, Cusco. Von Hugo Blanco herausgegebene Monatsschrift
Metals Economics Group, „Tendencias de la exploración mundial 2012", Halifax, 2013
Observatorio de Conflictos Mineros en el Perú, „11º. Reporte Semestral", Lima, Dezember 2012
Raphael Hoetmer, „Los movimientos del Perú: Nueve hipótesis sobre conflicto y movimiento social, y una afirmación epistemológica", in Crisis y movimientos sociales en Nuestra América, Programa Democracia y Transformación Global, Lima, 2012
Servindi (interkulturelle Kommunikation): www.servindi.org
Estudio: Tipos de rondas campesinas en el Perú: http://cunarcperu.org/index.php?option=com_content&view=article&id=485:estudiio-tipos-de-rondas-campesinas-en-el-peru&catid=1:latest-news&Itemid=1
Alan Ele, „Mujer Invisible: Historia de una visita a la familia Chaupe", Celendín Libre blog, http://celendinlibre.wordpress.com/2013/03/09/la-mujer-invisible-historia-de-una-visita-a-la-familia-chaupe/

Quelle des Textes:
http://www.cipamericas.org/es/archives/9143
Übersetzung: Werner Horch

Sommerzeit: Aktionen – Debatten – Bildung

Sommerakademien

Attac Österreich: „Reset Finance" (17.-21. Juli in Eisenstadt) http://www.attac.at/events/sommerakademie.html

Attac Deutschland: „Globalisierung 2.0." (24.-28.Juli in Hamburg) http://www.attac.de/aktuell/soak/start/

Attac Frankreich: „Ruptures et transition, le temps est venu" (26. - 29. Juli in Toulouse) http://www.france.attac.org/evenement

Attac Italien (13-15 September) "Europa ultima stazione?" http://www.italia.attac.org/spip/spip.php?article3945

Attac Schweiz: „Fiscalité et transition énergétique" (5.-6. Oktober in Lausanne) http://www.suisse.attac.org

Juli/ August: Biketour, Klimacamps in Deutschland: http://reclaimpowertour.org/

30-Stundenwoche in Europa – Kampagne und Gründungstreffen (13.-14. Juli in Göttingen) http://www.attac-netzwerk.de/ag-arbeitfairteilen/termine/

Fussmarsch als Zeichen der internationalen Solidarität für eine Zukunft ohne Atomkraft und für den Frieden in der Welt (1.-28. Juli im Rhônetal): http://groupes.sortirdunucleaire.org/IMG/pdf/flyer_marche_2013allemand-1.pdf

Drittes europäisches Forum gegen unnütze Großprojekte: (25.-29.7. in Stuttgart): http://www.drittes-europaeisches-forum.de/

Energiewende Festival in der Schweiz vom 29.8-11.9.2013 in der Region Basel: http://www.energiewendefestival.ch/ http://www.suisse.attac.org/Festival-Changenergie

Ecuadors Präsident Rafael Correa

Wege aus der Krise

Ecuadors Präsident Rafael Correa hielt diesen öffentlichen Vortrag am 16. April 2013 an der TU Berlin

(…) Ecuador liebt das Leben. Wir Ecuadorianerinnen und Ecuadorianer haben bekundet, dass die Natur Rechte hat und dies weltweit als erste in unserer Verfassung verankert. 20 Prozent unseres Territoriums befindet sich in 44 Reservaten und Naturparks unter Schutz, einschließlich des Yasuní-Parks, Regenwaldjuwel des Pleistozän und globales Biosphärenreservat, wo es auf einem Quadratkilometer mehr Baumvielfalt gibt als in ganz Nordamerika.
Die bunte Palette unserer Flora und Fauna wird ergänzt und weiter bereichert durch die Vielfalt unserer menschlichen Kulturen; wir haben zusätzlich zur Mehrheit der Mestizen 14 indigene Nationalitäten mit ihren ursprünglichen Sprachen, darunter zwei nicht kontaktierte Völker, die es vorgezogen haben in freiwilliger Isolation im Herzen des Urwaldes zu leben. Unsere neue Verfassung definiert Ecuador als einheitlichen Staat, aber auch als multinational und multikulturell. (...)

Soziale und wirtschaftliche Erfolge

Und dieses wunderbare Land verändert sich gerade tiefgreifend zum Guten, im Ökonomischen, Politischen und im Sozialen.(...)
Laut dem Indikator der Vereinten Nationen für menschliche Entwicklung von 2012 ist Ecuador im Zeitraum von 2007-2012 – dieser Zeitraum fällt mit der Regierungsdauer unserer Regierung zusammen – unter 186 Ländern eins von den vier Ländern, die am schnellsten die Rangfolge in der Bewertung der menschlichen Entwicklung aufgestiegen sind. (...) Ziel der Politik, der Ökonomie und praktisch aller unserer Aktivitäten ist das menschliche Glück.
Ecuador befindet sich auf Platz 23 von 151 Ländern des Happy Planet Index 2012 der New Economic Foundation. Dieser Index misst die Lebenserwartung, den ökologischen Fußabdruck, schließt aber auch den wichtigen, subjektiven Aspekt des Glückes mit ein. Unter den 23 glücklichsten Ländern sind 16 lateinamerikanische Länder. Das kann eine gute und gleichzeitg schlechte Nachricht sein, denn in der Region herrscht allgemein noch eine derartige Ungleichheit und Armut, dass das Glücksgefühl auch auf ein mangelndes Problembewusstsein hindeuten könnte.

Bezüglich der ökonomischen Erfolge ist Ecuador eins von den fünf Ländern mit dem größten Wirtschaftswachstum in der Region und das Land, das sich am schnellsten von der Krise des Jahres 2009 erholt hat. In Bezug auf die Armut – die für uns der größte Angriff auf die Rechte und die Freiheit der Menschen darstellt – ist es uns im Zeitraum zwischen 2006 und 2012 gelungen, dass eine Million Ecuadorianer nicht mehr in Armut leben. Die Armut ist von 37,6 auf 27,3 Prozent, die extreme Armut von 16,9 auf 11,2 Prozent gesunken. (…)
Nach Angaben der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) sind wir das Land in Lateinamerika, das im Zeitraum von 2007 bis 2011 die meisten Ungleichheiten beseitigt hat. (...)
Ecuador ist auch das Land, das mit 4,1 Prozent die niedrigste Arbeitslosenrate hat.(...)
Wir sind das Land in Lateinamerika, in dem die meisten Menschen aus armen Schichten an der Universität studieren – dank der in der neuen Verfassung verankerten kostenlosen Hochschulbildung – und wir sind im regionalen und Weltmaßstab führend bei der Integration von Menschen mit Behinderung. Wir haben bei dieser Personengruppe praktisch Vollbeschäftigung erreicht mit etwa 40.000 Personen mit Behinderung im Arbeitsleben und 6.000 Familien mit passendem Wohnraum für Familienangehörige mit Behinderung.

Schuldenaudit und Annullierung von Schulden

Als wir 2007 die Regierung übernommen haben, nahmen wir uns eine Strategie vor, um den Druck der Verschuldung auf den Staatshaushalt und die öffentlichen Finanzen zu lindern und die dringendsten Bedürfnisse der Bevölkerung mit frischen Geldmitteln zu befriedigen. Wir gingen mit Entschiedenheit und Stärke die Schaffung einer Kommission zur Überprüfung der öffentlichen Schulden an. Die Ergebnisse dieser wertvollen Arbeit sind in einem Bericht zusammengefasst, der um die Welt ging: der 2008 vorgelegte Abschlussbericht der "Kommission für die Überprüfung der öffentlichen Schulden" (Comisión para la Auditoria Integral del Crédito Público).

Auf der Grundlage dieses Berichtes und durch eine sehr intelligente und technisch strenge Handhabung konnte Ecuador acht Milliarden US-Dollar beim Schuldendienst einsparen. Um eine Vorstellung vom Umfang zu haben, muss man wissen, dass diese Summe den gesamten öffentlichen Investitionen der ecuadorianischen Regierung in zwei Jahren entspricht (Infrastruktur, Ausstattung von Einrichtungen, Technologie). Bei den Zinsen wurden jährlich mehr als 420 Millionen US-Dollar eingespart. Im Ergebnis dieses erfolgreichen Rückkaufs des Auslandsschuldendienstes verringerte sich die Auslandsschuld von 24 Prozent der Staatsausgaben im Jahr 2006 auf 5,5 Prozent im Jahr 2012.
Zusätzlich zu unserer Auslandsschuld haben wir auch die Erdölverträge neu ausgehandelt und wir haben die Steuereinnahmen mehr als verdoppelt, da wir dabei keine Steuerflucht mehr tolerieren. Das hat es uns erlaubt, die öffentliche Investition zum Hauptinstrument der Entwicklung des Landes zu machen.

Ecuador hat heute das höchste Niveau an **öffentlichen Investitionen** in Lateinamerika erreicht. 2013 werden wir mit 13,5 Prozent des BIP einen historischen Stand erreichen.
Trotz dieser größten öffentlichen Investition in unserer jüngeren Geschichte beträgt die ecuadorianische Auslandsverschuldung gerade einmal 12,6 Prozent des BIP. Ein Anteil, der unter dem der entwickelten Ökonomien liegt. Die öffentlichen Investitionen haben auf diese Weise große Veränderungen herbeigeführt, die auch die Ausführung privater Investitionen in Ecuador verbessert haben. Die Investitionen in Straßen, Häfen, Flughäfen, Telekommunikation, Energieerzeugung, effiziente Justiz, integrale Sicherheit (umfassendes Sicherheitskonzept, dass Verkehrs- und Personensicherheit ebenso einschließt wie Prävention und Schutz vor Umweltkatastrophen), in den Überschwemmungsschutz und in die produktive Entwicklung haben eindeutig die systemische Wettbewerbsfähigkeit verbessert.
Die Neuverhandlung der Auslandsschulden, die Erdölverträge und das Anwachsen der Steuereinnahmen haben uns ebenfalls ermöglicht, wichtige Ressourcen für die Bezahlung der wichtigsten Schuld, der sozialen Schuld, freizugeben. Während 2004 für den **sozialen Bereich** 4,3 Prozent des BIP eingesetzt wurden, waren es 2012 fast elf Prozent. Das bedeutet in absoluten Zahlen, dass heute 5,1-mal mehr in Bildung investiert wird als 2004, im Gesundheitswesen ist es 4,5-mal mehr.

Die logische Konsequenz dieses Prozesses, bei dem zum ersten Mal der Mensch vor dem Kapital kommt, ist die **politische Stabilität des Landes**. Dank dieses Prozesses haben wir eine Epoche schrecklicher juristischer und politischer Ungesetzlichkeit überwunden, denn von 1996 bis 2006

konnte kein Präsident die Amtszeit beenden, für die er gewählt wurde. Wir hatten sieben Präsidenten in zehn Jahren. Das ist etwas, das jedweden Bürger in der Welt überrascht. Die gegenwärtige Regierung hat neun aufeinanderfolgende Wahlen gewonnen, darunter zwei Wiederwahlen bereits im ersten Wahlgang und drei Volksbefragungen, ein Beispiel direkter Demokratie. (...) Das heißt, dass es sich um ein wirklich nationales politisches Projekt handelt mit einer in der ecuadorianischen Geschichte nie da gewesenen demokratischen Legitimität.

Wir möchten in Richtung einer anderen Wirtschaft voranschreiten, in der uns **Wissenschaft, Technologie, Innovationen und Sachverstand** den Übergang erlauben von einer Wirtschaft nicht erneuerbarer Ressourcen, d. h. der Produktion und dem Export von Bodenschätzen, zu einer Wirtschaft der unbegrenzten Ressourcen auf der Grundlage des menschlichen Wissens und seiner potenziellen Fähigkeiten.
Wir wissen, dass wir, um die nächste wirtschaftliche Stufe zu erreichen, die Mängel, die wir noch bei der Fähigkeit, Wissen zu schaffen und anzuwenden, haben, überwinden müssen, um so Reichtum zu schaffen und das Lebensniveau aller unserer Einwohner zu heben. Deshalb hat sich das Land entschieden, einen großen Sprung zu machen und seine Ressourcen auf die strukturelle Stärkung der menschlichen Fähigkeiten zur Schaffung von Kenntnissen, Wissenschaft und Technologie zu richten. Das ist eine weitere der vor uns stehenden großen Herausforderungen.

Auf dieser Linie liegt das wichtigste Projekt in der Geschichte unseres Landes: **Yachay**. Es handelt sich um den ersten Komplex für wissenschaftliche **Forschung** mit Zentrum für technologische Entwicklung Ecuadors und Lateinamerikas. Yachay wird eines der wichtigsten Zentren der angewandten Forschung in unserer Region sein. Zusätzlich haben wir seit dem Beginn der Regierung der Bürgerrevolution unsere Studenten zur Ausbildung an die besten Universitäten der Welt geschickt und hierfür Stipendien vergeben und in die Finanzierung von Forschungsaktivitäten investiert.
Unsere Berufung und Aufgabe ist die integrale **Ausbildung unserer Bürger.** Dafür verfügen wir auch über das Programm Prometeo, das sich an Forscher aus dem Ausland und Ecuadorianer, die im Ausland leben, wendet, damit sie zur Erarbeitung und Weitergabe wissenschaftlicher Kenntnisse in Ecuador beitragen.

Ein anderer Mechanismus beim Übergang zu einer anderen Wirtschaft und auch einer anderen Gesellschaft ist der global **verantwortungsvolle Umgang mit unseren nicht erneuerbaren Ressourcen**. Die Art und Weise der kapitalistischen Akkumulation hat eine beispiellose Umweltkrise hervorgerufen und wenn wir, die Regierungen der Welt, es jetzt nicht schaffen, sie gemeinsam zu verändern, werden wir mit dem unmittelbar drohenden Verfall der menschlichen Zivilisation und der Zerstörung der Ressourcen des Planeten konfrontiert sein.

Rechte der Natur

Der von Ecuador der Welt unterbreitete Vorschlag – bekannt als **Yasuní-ITT** – sieht zum ersten Mal vor, die Nettoemission von Kohlenstoff in die Atmosphäre zu verhindern, indem unsere wichtigsten Erdölfelder nicht ausgebeutet werden. Sie liegen im Nationalpark Yasuní (einem wunderschönen Naturreservat im tropischen Regenwald der ecuadorianischen Amazonas-Region). Ziel ist es, seine Biodiversität zu erhalten und die Völker zu schützen, die dort in selbst gewählter Isolierung leben; aber vor allem besteht das Ziel im Kampf gegen den weltweiten Klimawandel. Mit der Umsetzung dieses Projektes könnten wir den Ausstoß von Treibhausgasen verhindern, die bei der Ausbeutung von etwa 846 Millionen Barrel Erdöl anfallen, wenn diese zu Treibstoff verarbeitet und in verschiedenen Gebieten des Planeten genutzt werden.

Ich habe versucht, die strukturellen Veränderungen zusammenzufassen, die in der ecuadorianischen Gesellschaft stattgefunden haben, und Ihnen zu zeigen, wie wir durch die Veränderung der Ideen außergewöhnliche Erfolge erreicht haben. Wir haben genau das **Gegenteil** von dem gemacht, was man immer bei der Umsetzung der durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) auferlegten Normen tat.

Krisenexperten

Es geht uns heute sehr gut, aber wir sind auch Krisenexperten, denn wir haben sie alle durchgemacht. Was Europa gerade erlebt, kennt Lateinamerika zur Genüge. Es gibt nichts Neues unter der Sonne, es ist wie ein Déjà-vu-Erlebnis. Wir haben eine lange "Schuldenkrise" durchlebt. Sie sollten nicht die gleichen Fehler begehen, die wir gemacht haben.
In den **1970er Jahren** und besonders ab 1976 begann Ecuador – und generell die lateinamerikanischen Länder – eine **aggressive Auslandsverschuldung.** Die "offizielle Geschichtsschreibung" sagt, dass die ganze Verschuldung nur das Ergebnis unverantwortlicher und zerrütteter Regierungen war, die versuchten, ihre populistische Politik zu finanzieren, und dass die Ungleichgewichte durch das Modell der Importsubstituierung entstanden.

In Wirklichkeit war die aggressive Verschuldung eine eigene Strategie, die von den üblichen internationalen Organismen abgesegnet und vorangetrieben wurde, und die in der Theorie eine Entwicklung durch Finanzierung mit hochrentablen Investitionen erreichen wollte, die in unterentwickelten Ländern überreichlich vorhanden seien und mit deren Rendite die eingegangenen Schulden ohne Weiteres zu bezahlen seien.

In der Praxis nützte diese Strategie nur den Bedürfnissen des internationalen Groß- und Finanzkapitals, speziell der Notwendigkeit, die überschüssigen liquiden Mittel einzusetzen, die in der Ersten Welt durch die sogenannten Petrodollar existierten - enorme Geldmengen, welche die arabischen Erdöl produzierenden Länder in den Banken der entwickelten Länder besaßen. Die **Petrodollar** entstanden durch die hohen Erdölpreise ab 1974 infolge des Embargos der arabischen Länder gegenüber den Nationen, die Israel im Yom-Kipur-Krieg (Oktober 1973) unterstützten sowie durch die Konsolidierung der Organisation Erdölproduzierender Staaten (OPEC). Aus diesem Grund stiegen die in den transnationalen Banken angelegten Gelder von 82 Milliarden Dollar Anfang 1975 auf 440 Mrd. im Jahr 1980 an.
Angesichts der Notwendigkeit, so große Summen einzusetzen, betrachtete man zum ersten Mal die sogenannte Dritte Welt als Kreditsubjekt. So begann man Mitte der zweiten Hälfte der 1970er Jahre in Lateinamerika lange Schlangen internationaler Bankern zu beobachten, die jede Art von Krediten anboten, einschließlich solcher für laufende Ausgaben sowie für den Kauf von Waffen durch Militärdiktaturen, die zu dieser Zeit in vielen Ländern Lateinamerikas regierten. Mehr noch, diese bemühten Banker, die vorher nicht einmal als Touristen in die Region kamen, schleppten immer wieder volle Koffer mit Schmiergeld an, damit die korrupten Funktionäre Darlehen für jeden Unsinn akzeptierten, während die internationalen Organisationen und Entwicklungsagenturen immer wieder die unheilvolle Idee verkauften, dass es sinnvoll sei, sich zu verschulden.

Diese sogenannte "aggressive Verschuldung" dauerte bis zum Freitag, den 13. August **1982**, als sich **Mexiko** wegen der durch eine schlechte makroökonomische Politik angehäuften unnachhaltigen Ungleichgewichte nicht mehr in der Lage sah, seine Auslandsschulden weiter zu bedienen.

Als Folge der **Insolvenz Mexikos** litt ganz Lateinamerika unter der Beendigung der Vergabe von internationalen Krediten, zudem an einer schonungslosen **Erhöhung der Schuldenzinsen**. Dies war das Ergebnis des erhöhten Risikos der Kreditvergabe in der Region, aber auch Folge der enormen Erhöhung der Zinsen der Federal Reserve (Zentralbank der USA) seit 1981, die dadurch den Druck der Inflation, Ergebnis der Politik Ronald Reagans, eindämmen

wollte. So erreichten die Kredite, die zu Beginn mit einem zwischen vier und sechs Prozent schwankenden Zinssatz vergeben waren, Zinssätze von bis zu 20 Prozent.
(...)
Schließlich verursachten der Verfall der Ölpreise, die Erhöhung der internationalen Zinssätze und die Einstellung der Vergabe von internationalen Krediten nicht nur die Beseitigung der Quellen für das Wachstum der Wirtschaft Ecuadors, sondern auch einen gigantischen **Transfer von Ressourcen ins Ausland** als Ergebnis der Bedienung der Auslandsschulden und den Verfall der Tauschwerte im internationalen Handel (terms of trade). Abgesehen davon, dass allein durch den Schuldendienst in dieser Zeit zwei Milliarden Dollar ins Ausland gingen und dass die Versorgung mit Frischeld durch internationale Banken nicht möglich war, verdreifachten sich die Auslandsschulden annähernd von 4,4 Milliarden US-Dollar im Jahr 1981 auf 12,05 Milliarden US-Dollar im Jahr 1990. Verursacht wurde dies vor allem durch die Refinanzierung und Kapitalisierung der Verzugszinsen.

Es gilt hervorzuheben, dass dies ein regionales Phänomen darstellte und dessen ungeachtet führte **Lateinamerika** in den achtziger Jahren einen **Nettotransfer von 238 Milliarden Dollar** an seine Gläubiger durch. Die Auslandsschulden der Region stiegen von 228 Milliarden Dollar im Jahr 1980 auf 442 Milliarden Dollar im Jahr 1990. Mark Twain sagte einmal, dass ein Banker ein Typ sei, der dir einen Regenschirm leiht, wenn die Sonne scheint, und ihn dir wegnimmt, wenn es zu regnen beginnt... (...)

Einigen Mythen muss ein Ende bereitet werden

Eine Bemerkung zu der politischen Ökonomie, die sich hinter der **Unabhängigkeit der Zentralbanken** verbirgt. Es hat sich ge-zeigt, dass die neue Autonomie der Zentral-banken fatal wirkt bezüglich der Bekämp-fung der Wirtschaftskrise. Mit der Autono-mie der Zentralbank verzichtete die Exeku-tive nicht nur auf die effektivste Politik der Stabilisierung, sondern sie verzichtete prak-tisch auch auf die – zumindest kurzfristig - einzige verfügbare Politikoption, über die sie verfügte. Die Auswirkungen dieser Reformen waren noch erheblicher, verfügte doch sogar noch vor der Dollarisierung die Leitung der Zentralbank in makroökonomi-schen Fragen über eine höhere Machtbefu-gnis als der Präsident der Republik. Die Regierung war sogar direkt von der Zen-tralbank abhängig, da sie der wichtigste Betroffene von jeder Währungsabwertung oder Veränderung des Zinssatzes war, ganz besonders angesichts der hohen internen Verschuldung und Auslandsverschuldung des Zentralstaats.

Die Mode der autonomen Zentralbanken wurde zu Beginn der 1990er Jahre propagiert auf der Grundlage von empirischen Untersuchungen, die angeblich belegten, dass diese unabhängigen Institutionen bessere makroökonomische Entwicklungen ermöglichen. Die theoretische Begründung dieser "empirisch belegten Tatsache" war der Hinweis, dass so die Zentralbanken technisch handeln konnten, fernab von schädlichen "politischen" Einflussnahmen. Mit dieser Argumentation könnte man auch die Autonomie der Finanzministerien fordern...
So wurde die Wirtschaftspolitik, unabhängig davon, dass sie eben Politik darstellt, über Nacht in eine rein technische Angelegenheit umgewandelt, die ausschließlich von makellosen und höchstbezahlten Bürokraten geleitetet wurde, die nicht einmal einer demokratischen Kontrolle bedürften.

Die Weltbank beobachtete wie immer aufmerksam jede funktionale Veränderung der herrschenden Paradigmen und organisierte sofort Seminare in ganz Lateinamerika, um die neuen "Entdeckungen" zu propagieren und die Unabhängigkeit der Zentralbanken der Region einzufordern. Innerhalb weniger Monate erreichten sie die Autonomie der meisten Zentralbanken der Region.

Natürlich war dies eine **"Autonomie" von den Völkern und deren Gesetzen,** denn andererseits unterwarfen sie sich absolut dem Willen der Bürokratien des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank.

Nebenbei sei angemerkt, dass die Mehrheit der leitenden Direktoren dieser lateinamerikanischen Zentralbanken ihre letzten aufopferungsvollen Arbeitsjahre in diesen Institutionen verbringen, ausgestattet mit reichlichen Gehältern, die sie zusätzlich zu den hohen Ruhestandsbezügen erhalten, deren Höhe häufig sogar noch von ihnen selbst in Ausübung ihrer "Autonomie" festgelegt worden war. In Ecuador okkupierte das Büro des IWF eine ganze Etage der Zentralbank, ohne Miete dafür zu zahlen.

Hierzu schrieb Ecuador die Makroökonomie ein weiteres Mal um und zerstörte Mythen: Die **intensivste makroökonomische Instabilität** erfuhr das Land unmittelbar nach der Einführung der Autonomie der Zentralbank und es zeigte sich klar und deutlich, dass die dermaßen aufgeblähte Unabhängigkeit kein Bestandteil der Lösung, sondern eindeutig Teil des Problems war. (...)

Schlussfolgerungen

Ich befürchte, dass ich Sie enttäuschen werde, denn in meinen Schlussfolgerungen werde ich weder komplizierte mathematische Formeln noch unrealistische Produktionsfunktionen vorstellen. Sprechen wir über Politik. *Warum wird nicht das Selbstverständliche getan? Und mehr noch: Warum wird gerade das Gegenteil gemacht?* Die Antwort lautet Macht.

Das Problem ist nicht technischer Natur, sondern die Politik. Ich bin der Überzeugung, dass das schlimmste, was man der Wirtschaft angetan hat, darin besteht, dass man ihr die ursprüngliche Bedeutung als **Politische Ökonomie** entzogen hat. Man hat uns dazu gebracht, alles als eine technische Frage zu betrachten. Man hat Ideologie als Wissenschaft verkleidet und als von den Fragen der Macht innerhalb einer Gesellschaft abstrahiert wurde, wurden wir entbehrlich - wie es bereits John Kenneth Galbraith sagte...

Die europäischen Potenziale sind intakt. Sie verfügen über das Wichtigste: menschliche Fähigkeiten und Entwicklungspotenzial, Produktionsmittel, Technologie. Es ist keine reale Krise, es ist eine Finanzkrise - es gibt Probleme der Koordination.
Die Form der Koordination, die analysiert werden muss, ist jene der makroökonomischen Politik und besonders der Geldpolitik.

Warum wird nicht das Selbstverständliche getan? Das Kapital will nicht verlieren. Alles soll dem Finanzkapital gemäß geschehen. Die Machtverhältnisse stehen zugunsten des Kapitals - ideologisches Getöse ist festzustellen. **Die Menschen glauben, dass "es so sein muss." So muss es aber NICHT sein. Bei aller Bescheidenheit: Das haben wir in Ecuador gezeigt.**
Es ist ein Problem der Politischen Ökonomie: Wer in der Gesellschaft entscheidet, die Menschen oder das Kapital. Die Herausforderung: Menschen sind wichtiger als das Kapital, Gesellschaften sind wichtiger als Märkte.
Auf der Ebene der Wirtschaftswissenschaften: Rückkehr zur Politischen Ökonomie, Befreiung der realen Ökonomie von der Unterjochung durch die Finanzwirtschaft; Gesellschaften mit Märkten, nicht für Märkte.

Dies ist die größte Herausforderung für all die jungen Menschen: Gesetze festzulegen, damit das Gerechte, wie es bereits Thrasymachos vor mehr als dreitausend Jahren sagte, nicht nur dem Stärksten zuträglich sei.

Vollständiger Text der Rede: http://amerika21.de/analyse/82881/wege-aus-der-krise-correa

Eduardo Tamayo G.

Freihandel oder fairer Handel

Zu den Verträgen zwischen Europa und Lateinamerika

Sowohl Bolivien als auch Ecuador streben eine andere Art der Integration an, eine, die auf Solidarität, Gegenseitigkeit und Komplementarität beruht, und bevorzugen eine Beteiligung an anderen Kooperationsvorhaben des Südens wie ALBA, UNASUR und CELAC

Die Europäische Union (EU) bekundete Interesse daran, die Freihandelsbeziehungen mit einigen Ländern Lateinamerikas zu vertiefen und die mit Chile und Mexiko geschlossenen Verträge zu revidieren. Trotz ihres Bestehens auf einer Wiederaufnahme der Verhandlungen mit dem MERCOSUR sind Aktivisten der Ansicht, dass der Abschluss eines Freihandelsabkommens eine heikle Angelegenheit ist.

Das Thema Freihandelsabkommen stand während des **Gipfeltreffens** der **EU** und der Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños **(CELAC)**, das am **25. und 27. Januar** in Santiago de Chile stattfand, erneut auf der Tagesordnung.

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela **Merkel** bekundete Interesse daran, die Zusammenarbeit mit den Ländern der Alianza del Pacífico (Mexiko, Chile, Kolumbien, Peru, Costa Rica) auf der Grundlage des Freihandels zu vertiefen.

Das für Handel zuständige Mitglied der Europäischen Kommission **Karel de Gucht** seinerseits brachte die Überprüfung der Freihandelsabkommen zur Sprache, die die EU vor über zehn Jahren mit Mexiko und Chile abgeschlossen hatte, und deutete die Möglichkeit an, die Gespräche mit dem MERCOSUR wiederaufzunehmen mit dem Ziel, ein Freihandelsabkommen mit einem der *„wichtigsten Wirtschaftspartner des Kontinents“* (1) zu erreichen.

Der **Gipfel der Völker,** der parallel zum offiziellen Gipfeltreffen stattfand, drückte seine Besorgnis über das Thema in seiner Abschlusserklärung aus:
„Die zwischen der Europäischen Union und den Ländern Lateinamerikas und der Karibik bestehenden Beziehungen, die in Handelsabkommen und bilateralen Investitionsabkommen ihren Ausdruck finden und den Privilegien und Gewinnen der Investoren einen höheren Stellenwert einräumen als den Rechten der Bevölkerungen, verstetigen dieses Modell, das den Bevölkerungen beider Regionenen schadet.“ (2)

Eine notwendige Bewertung

Die EU hat Verträge mit Mexiko (2000) und Chile (2002) abgeschlossen und die mit Zentralamerika, Peru und Kolumbien ausgehandelten Abkommen stehen vor ihrer Ratifizierung.

Die amerikanische Freihandelszone (ALCA) sollte alle 34 Staaten in Nord-, Süd- und Mittelamerika sowie in der Karibik (vorerst mit Ausnahme Kubas) umfassen. Nach dem Scheitern von ALCA unterzeichneten mehrere lateinamerikanische Länder, ungeachtet des Widerstands breiter sozialer Bewegungen, **bilaterale Freihandelsabkommen** mit den Vereinigten Staaten. In der Absicht, sich von diesen Abkommen abzugrenzen, wurde damit begonnen, hinsichtlich der Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika von **Assoziierungsabkommen** zu sprechen, die außer Wirtschaftsfragen auch die Themen „politischer Dialog“ und „Zusammenarbeit“ beinhalten sollten.

Angesichts der in Mexiko und Chile zu beobachtenden Entwicklungen des letzten Jahrzehnts kann gesagt werden, dass Handelsinteressen Vorrang vor politischen und sozialen Interessen hatten.

Enrique Daza, Sekretär der **Alianza Social Continental,** weist darauf hin, dass in Mexiko und Chile die Abkommen stark dazu beitrugen, ein Wirtschaftsmodell auszuweiten, das auf dem **Export von Rohstoffen**, der **Schwächung des Binnenmarkts** durch die Förderung des Exports von Bedarfsgütern und der Gewährung von Garantien für die Investitionen multinationaler Unternehmen beruht. Das beförderte die erneute Konzentrierung der Wirtschaft auf den primären Sektor, die Zerstörung der lokalen Produktion, die der ausländischen Produktion geopfert wird, den Verlust der Ernährungssouveränität, die Rücksichtslosigkeit und die übermäßigen Gewinne transnationaler Unternehmen, die Zunahme der sozialen Ungleichheit, die Verelendung der unteren Bevölkerungsschichten und die Konzentration des Reichtums in wenigen Händen.

Daza fügt hinzu, dass die Teile der Verträge, die sich mit Fragen der Sozialpolitik, der Umwelt, der Arbeitsbedingungen und der Zusammenarbeit befassen, von gerin-ger Bedeutung seien, weil es für diese Bereiche keine Ressourcen gebe. Außerdem sind die Bestimmungen, die sich auf diese Bereiche beziehen, nicht bindend, kein Land kann wegen ihrer Nichterfüllung bestraft werden. *„Jedenfalls ist in den Län-dern, mit denen die Europäische Union solche Verträge abgeschlossen hat, keine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, keine Stabilisierung von Arbeit und Beschäftigung und keine Stärkung der Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu beobachten“*, betont Daza.

Überprüfung

Seit fast zwei Monaten führen **Chile** und die EU Gespräche über eine Änderung des Freihandelsabkommens. Chile erwartet von der EU die Zulassung der Einfuhr von Produkten der Land- und Fischwirtschaft, die von der EU stark geschützt werden, und Letztere besteht auf dem Kapitel über Herkunftsbezeichnungen (gemeint ist die Angabe des Ursprungs der Produkte, wie es bei Champagner der Fall ist) und dem Schutz von Käse. Deutlicher wurde Bundeskanzlerin Angela Merkel, die darauf hinwies, dass sie an chilenischen Mineralien und an Investitionen in dem Land interessiert sei.(3) *„Das Problem mit den Verträgen besteht darin, dass sie in Mexiko und Chile den Weg für Importe freimachen, nicht aber in der Europäischen Union, weil die chilenischen und mexikanischen Erzeugnisse dort mit subventionierten europäischen Agrarprodukten konkurrieren müssten und dazu nicht in der Lage sind; ausgenommen sind tropische Produkte, auf die Chile und Mexiko spezialisiert sind“*, erklärt Enrique Daza.

Die Verhandlungen zwischen der EU und der **Comunidad Andina de Naciones (CAN)** können wegen der unterschiedlichen Haltungen und Interessen nicht auf ein Handelsabkommen beschränkt werden. **Venezuela** schied 2006 aus der CAN aus, nachdem Peru und Kolumbien beschlossen hatten, Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten abzuschließen.

Die Länder **Ecuador** und **Bolivien**, die die Freihandelsabkommen ebenso kritisch sehen wie Venezuela, blieben jedoch in der CAN. Die Verhandlungen mit der EU wurden weitergeführt, gerieten aber ins Stocken, weil Bolivien und Ecuador nicht bereit waren, einen Vertrag zu unterzeichnen, der in Bereichen wie Investitionen, öffentliche Auftragsvergabe, Dienstleistungen und geistiges Eigentum weit über die Regelungen der Welthandelsorganisation (WHO) hinausgeht. Außerdem streben sowohl Bolivien als auch Ecuador eine andere Art der Integration an, eine, die auf Solidarität, Gegenseitigkeit und Komplementarität beruht, und bevorzugen eine Beteiligung an anderen Kooperationsvorhaben des Südens wie ALBA, UNASUR und CELAC.

Unter diesen Umständen **verlegte sich die EU auf bilaterale Verhandlungen mit Peru und Kolumbien** und schloss schließlich Verträge, die vom Europäischen Parlament ebenso ratifiziert wurden wie der Vertrag mit Zentralamerika. Daraufhin erklärten Organisationen der europäischen Zivilgesellschaft, dass die Verträge große Besorgnis ausgelöst hätten wegen der **Asymmetrie** der beiden Regionen, des Vorrangs wirtschaftlicher Interessen vor der Garantie der Menschenrechte sowie der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen auf die Bevölkerungen beider Kontinente. Gleichzeitig äußerten sie ihre Überraschung darüber, dass die EU ein Freihandelsabkommen mit einem Land wie **Kolumbien** vereinbart, in dem in den vergangenen drei Jahrzehnten fast 3.000 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ermordet wurden und noch erheblich mehr eingeschüchtert, bedroht und verfolgt wurden.

„Die Vereinbarungen mit Kolumbien und Peru sind mit erschreckenden Prognosen behaftet, sie werden zur Zerstörung kleiner und mittlerer Unternehmen führen, obwohl ein Schwerpunkt des aktuellen Gipfeltreffens die Situation kleiner und mittlerer Unternehmen war. Ein Bestandteil des Vertrags mit Kolumbien ist das Thema Milch. Das Land wird Milch aus Europa importieren müssen, was vermutlich 400.000 kolumbianische Viehzüchter ‚vernichten' wird, denn die Vorgehensweise transnationaler Unternehmen ist bekannt: Sie tauchen auf und fordern sehr niedrige Preise; die Menschen müssen leben, kaufen ohne zu überlegen die Waren, die weniger kosten, und die lokale Industrie geht unter", erklärt die italienische Aktivistin Anna Camposampeiro. (...)

Die deutsche **Abgeordnete Heike Hänsel,** entwicklungspolitische Sprecherin der Partei Die Linke, erklärt, dass die EU, mit Unterstützung der deutschen Bundesregierung, die dringend notwendige Regulierung der Finanzmärkte verhindere und ein Freihandelsabkommen dazu nutze, die Liberalisierung des Finanzsektors mittels internationaler Verträge zu zementieren. Die Parlamentarierin verweist auf eine von Miriam Vander Stichele im Auftrag der Niederlande erstellte **Studie,** in der aufgezeigt wird, dass die Bemühungen um eine Regulierung des Derivatehandels durch die in den Freihandelsabkommen der EU mit Kolumbien und Peru vorgesehene Liberalisierung unterlaufen werden könnten. Angesichts der Einführung des Bankgeheimnisses und einer ungenügenden Kontrolle ist damit zu rechnen, dass die Verträge sogar *„dazu beitragen, Geldwäsche zu erleichtern"*.
Hänsel erklärte, dass sie gegen die Ratifizierung stimmen würde, und rief alle Abgeordneten auf, das Gleiche zu tun. (4)

In Kolumbien und Peru scheint die Ratifizierung der Verträge mit der EU schon festzustehen, sie könnte sich jedoch noch ein wenig verzögern. *„Der Vertrag mit Kolumbien wird zurzeit im kolumbianischen Parlament behandelt, die Regierung hat einseitig beschlossen, ihn, ohne den Abschluss dieses Verfahren abzuwarten, in Kraft zu setzen. Darüber gibt es eine Debatte, aber im schlimmsten Fall wird meiner Ansicht nach das Parlament ihn prüfen und ihm dann sicher zustimmen. Deshalb rechne ich damit, dass er Mitte dieses Jahres oder im kommenden Jahr vollständig in Kraft sein wird. In Peru geschieht Ähnliches, der Vertrag befindet sich auf dem Weg zur Ratifizierung. Es geht nur noch um Kleinigkeiten, bis er vollständig in Kraft tritt",* meint Enrique Daza.

In der **Erklärung des sechsten Treffens von Gewerkschaften aus Ländern Lateinamerikas und der Karibik sowie der EU,** das am 3. und 4. Dezember 2012 in Santiago de Chile stattfand, wird die Erwartung zum Ausdruck gebracht, dass die Verträge der EU mit Peru und Kolumbien **nicht in Kraft treten** und stattdessen Verhandlungen über einen Vertrag zwischen der EU und der Comunidad Andina aufgenommen werden. Gleichzeitig rufen die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter die nationalen europäischen Parlamente dazu auf, die Verträge abzulehnen. (5)

Darüber hinaus wird eine **Revision** der Handelsabkommen der EU mit Mexiko (2000) und Chile (2002) sowie die Aufnahme von Kriterien einer ausgewogenen Entwicklung und sozialer Kriterien gefordert. Auch sollen Vorkehrungen für die **Beteiligung der Zivilgesellschaft** getroffen werden, was bei der Ausarbeitung des Vertrags zwischen der EU und Chile nicht geschehen ist.

Hinsichtlich des Vertrags zwischen der EU und dem **MERCOSUR**, über den seit 2004 verhandelt wird, erklärt Enrique Daza, dass die Gespräche *„verzögert werden, weil es in Europa Widerstand vonseiten der französischen Bauern und anderer Länder gibt, die der Ansicht sind, dass aus den Mitgliedsländern des MERCOSUR stammendes Fleisch und Getreide nicht nach Europa exportiert werden darf und dass der MERCOSUR in dieser Hinsicht eine Macht darstellt, während die Länder Brasilien und Argentinien, deren industrielles Wachstum durchschnittlich oder ein wenig höher ist als im Rest Lateinamerikas, Schutzmaßnahmen eingeführt haben; zum Beispiel hat Argentinien die Zölle erhöht und in ausgewählten Bereichen Schutzmaßnahmen ausgeweitet, weshalb die dortigen Unternehmen nicht bereit sind, die Märkte für europäische Produkte zu öffnen. Aus diesen Gründen denke ich, dass der Vertrag auf Eis liegt, und ich sehe im Augenblick keine Möglichkeit für eine Fortsetzung der Verhandlungen."*

Der kürzlich erfolgte Eintritt Venezuelas in den MERCOSUR und die Aufforderung zum Eintritt an Bolivien und Ecuador, die einen Gegenpol zu denjenigen Ländern bilden, die sich für eine Politik der unbegrenzten Öffnung entschieden haben, wie die Mitglieder der Alianza del Pacífico, werden ein großes Hindernis für die Aufnahme von Verhandlungen zwischen der EU und dem MERCOSUR sein.

Anmerkungen
1) El Mercurio, 27.01.2013, S. C 4.
2) URL: http://www.alainet.org/active/61212.
3) El Mercurio, 24.01.2013, S. B 8.
4) Der deutsche Bundestag und der deutsche Bundesrat haben der Ratifizierung der Verträge mittlerweile zugestimmt (siehe Meldung unten).
5) http://alainet.org/active/61132&lang=es

URL dieses Artikels:
http://alainet.org/active/61222
Übersetzung: Werner Horch

offener Brief von 26 Organisationen (u.a. von attac De)
zum geplanten Assoziierungsabkommen zwischen Zentralamerika und der EU
http://www.fian-deutschland.de/online/index.php?option=com_remository&Itemid=160&func=startdown&id=560

Redglobe

Zentralamerika-Abkommen: SPD stimmt gegen SPD

Der **Bundesrat** hat am **7. Juni** mit knapper Mehrheit das umstrittene **Assoziierungs-abkommen mit Zentralamerika** gebilligt. Die Länder, in denen die SPD alleine oder mit der CDU regiert, sorgten gemeinsam mit den drei schwarz-gelb regierten Ländern für eine knappe Mehrheit für das Freihandelsabkommen. Im Bundestag hatte die SPD noch gemeinsam mit den Grünen und der Linken gegen das Abkommen votiert, war dort aber von der Regierungsmehrheit überstimmt worden.
Damit hat Deutschland als erstes EU-Land das Abkommen ratifiziert. Gleichzeitig hat der Bundesrat mit den Stimmen von Ländern mit SPD- und grüner Regierungsbeteiligung einen dreiseitigen Entschließungsantrag beschlossen, in dem er auflistet, was an dem Abkommen schlecht ist – und weshalb die Opposition das Abkommen im Bundestag abgelehnt hatte. »*Der Bundesrat weist daher erneut darauf hin, dass es bei Freihandels- und Assoziierungsabkommen der EU mit Drittstaaten dringend notwendig ist, nicht nur die detaillierten Vereinbarungen zu Handel, Dienstleistungen und Investitionen, sondern gerade auch die Bestimmungen in Bezug auf Menschenrechts-, Arbeitsrechts- und Umweltfragen mit einem effektiven und klar definierten Streitbeilegungs- und Klärungsverfahren zu bewehren.*«
Schon die Nachhaltigkeits-Folgenabschätzung der EU-Kommission hatte festgestellt, das Abkommen werde den »*Druck auf die Landnutzung verstärken, wenn die Folgen von Bergbau, Abholzung und Agrartreibstoff-Produktion mit einbezogen werden*«". Der zollfreie Marktzugang für subventionierte europäische Milchprodukte in Zentralamerika wird viele Bauern dort ruinieren.
Bei seiner Sitzung im **Mai** hat der Bundesrat das **Freihandelsabkommen mit Kolumbien und Peru** mit genau derselben knappen Mehrheit gebilligt und ebenfalls einen Entschließungsantrag verabschiedet, in dem die vielen Probleme und Defizite des Abkommens aufgelistet werden.

Eine Politik, die schwere Defizite beim Schutz der Menschenrechte, Arbeitsrechte, Umweltrechte zwar erkennt und kritisiert, aber dann doch abnickt, ist nicht glaubwürdig, kritisiert die Menschenrechtsorganisation FIAN. Während CDU und FDP sich dieser Kritik grundsätzlich verschlossen hatten, setze sich die SPD mit ihrem Verhalten dem Vorwurf der Unglaubwürdigkeit aus: Wenn ein Abkommen schwere Defizite hat, ratifiziert man es nicht, sondern beauftragt die EU-Kommission mit einer Nachverhandlung. Diese logische Konsequenz zogen alle Länder mit Regierungsbeteiligung der Grünen und Linken. Die SPD dagegen wollte auch diesmal das schlechte Abkommen nur folgenlos kritisieren, aber nicht verhindern und eine Nachverhandlung in Auftrag geben. »*Die SPD-Landesregierungen haben lieber mit der Bundesregierung gestimmt als mit ihrer eigenen Bundestagsfraktion*«, kritisierte heute Martin Wopold-Bosien von FIAN International. »*Glaubwürdige Politik sieht anders aus. Wir hoffen, dass das Abkommen nun in einem der anderen 26 Mitgliedsstaaten der EU zurückgewiesen wird.*«
http://www.redglobe.de/lateinamerika/8975-zentralamerika-abkommen-spd-stimmt-gegen-spd
S. auch: http://www.fian-deutschland.de

Kerstin Sack

Mai 2013: Treffen der Sozialen Bewegungen in Richtung ALBA

Guararema/São Paulo. In Brasilien haben sich vom 16. bis zum 20. Mai in der Schule der Landlosenbewegung (MST) 200 Delegierte aus 22 Ländern am *"Ersten kontinentalen Treffen der Sozialen Bewegungen in Richtung ALBA"* beteiligt. An vier Tagen fanden Diskussionen rund um die gemeinsamen Aktivitäten und Ziele der sozialen Bewegungen statt. **Hauptthemen** waren die gegenseitige Solidarität, der Kampf gegen transnationale Konzerne, die Kontrolle des Finanzkapitals, Aneignung der natürlichen Güter, Kampf gegen die Militarisierung des Kontinents und gegen die Verschärfung der Umwelt- und Klimakrise.
In der **Abschlusserklärung** (1) des Treffens heißt es unter anderem: *"Die Niederschlagung der Gesamtamerikanischen Freihandelszone (ALCA) 2005 war Ausdruck des Widerstandes der kontinentalen sozialen Bewegungen und des Auftretens neuer Volksregierungen, die sich dem Imperium entgegenstellen. Der stärkste Einsatz in diesem Sinn war 2004 das, was wir heute die Lateinamerikanische Allianz der Völker unseres Amerikas (ALBA) bezeichnen, initiiert von Fidel Castro und Hugo Chávez. ALBA ist vor allem ein politisches, anti-neoliberales und anti-imperialistisches Projekt, dessen Grundlagen die Prinzipien der Kooperation, der Komplementarität und der Solidarität sind."* Weiter heißt es, dass die gesammelten Kräfte Lateinamerikas die Einheit und die regionale Integration fördern, die auf einem Modell einer alternativen, nachhaltigen, tragfähigen und solidarischen Form der Entwicklung beruht. Die Produktions- und Reproduktionsformen müssten den Bevölkerungen dienen, eine Integration für das Leben, den Frieden, die Unabhängigkeit, die Identität, der Gleichheit und die Befreiung Lateinamerikas sein.

Wie die Philosophin und Bewegungsforscherin Isabel Rauber aus Argentinien gegenüber amerika21.de erklärte, sei das Treffen zwar auch eine Unterstützung des ALBA-Prozesses, jedoch bleibt die Unabhängigkeit der Bewegungen von den Regierungen erhalten. In der Vergangenheit hätten die Parteien die Sozialen Bewegungen als Transmissionsriemen betrachtet, die die Politik der Regierungen umsetzen. Auf der anderen Seite hätten häufig soziale Bewegungen in der Opposition zur Regierung Forderungen gestellt. Jetzt ginge es aber darum, *"von unten die Alternativen zu entwickeln und gemeinsam mit den progressiven Regierungen umzusetzen"*. Dafür sei eine gleichberechtigte Beziehung zwischen den Beteiligten und gemeinsames Handeln erforderlich.
Als Beispiel hatte Isabel Rauber in ihrem Vortrag darauf hingewiesen, dass es nicht ausreichen würde, wenn Regierungen Ziele wie eine andere Lebensform (Buen Vivir) erklären würde, sondern das Bewusstsein und Handeln der Menschen müsse sich verändern. Für Rauber sind andere Produktionsmodi und Konsumverhalten von großer Bedeutung. Die Herausforderung für die Bewegungen, diese zu ändern sei jedoch sehr groß: *"Die Verführungen der Märkte zu immer mehr Konsum und das Konsumverhalten des großen Teils der Bevölkerungen sind immer noch dominant. Um Veränderungen zu erreichen, sind eine intensive Bildungspolitik und konkrete Vorschläge für eine andere Wirtschaft notwendig"*, so Rauber im Gespräch mit amerika21.de. Wichtig sei auch die Überwindung der Konkurrenz und die Solidarität auf allen Ebenen.
Auf dem Treffen wurden gemeinsame Mobilisierungen vereinbart sowie die Vernetzung der Weiterbildung und der alternativen Medien. So sollen der Friedensprozess in Kolumbien, die bolivarische Revolution und der Abzug des Militärs aus Haiti Gegenstand von Mobilisierungen sein. Im Gegensatz zum ALBA-Beirat der sozialen Bewegungen waren bei dem jetzigen Treffen Vertreter aus allen lateinamerikanischen und karibischen Staaten beteiligt, während im Beirat nur Vertreter aus den Mitgliedsstaaten sind.
http://amerika21.de/2013/05/82978/soziale-bewegungen-alba
(1) http://www.forumdesalternatives.org/en/declaration-of-the-first-continental

Juan Manuel Karg

Die andere Integration

X. politischer Kongress der ALBA

Am Donnerstag, dem 28. Februar, fand in Caracas der X. politische Kongress der ALBA – TCP (Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América – Tratado de Comercio de los Pueblos) statt. Dort versammelten sich die Außenminister Elías Jaua, Venezuela, Ricardo Patiño, Ecuador, David Choquehuanca, Bolivien, Bruno Rodríguez Parrilla, Kuba, und Douglas Slater, San Vicente und die Granadinen, um über verschiedene Aspekte der lateinamerikanischen und internationalen politischen Lage zu debattieren wie die vor kurzem abgehaltenen Wahlen in Ecuador, die Situation in Venezuela und wichtige Fragen der Souveränität – die Beendung der Kubablockade, den Anspruch Argentiniens auf die Malvinen und die Forderung nach einem Zugang zum Meer für Bolivien. Weitere Teilnehmer waren Orlando Solórzano, Minister für Entwicklung, Industrie und Handel in Nicaragua, Ambrose Vicent George, Minister für Information in der Dominikanischen Republik, und Anthony Liverpool, Leiter der Abteilung Internationale Beziehungen im Büro des Premierministers von Antigua und Barbuda.

Die Tagesordnung der ALBA-Konferenz: SUCRE, Ecuador, Venezuela, Kuba und Malvinen

Nach der Eröffnung durch Jaua als Gastgeber des Treffens wurde zunächst über das erste Handelsgeschäft Nicaraguas im Rahmen von SUCRE – Sistema Unitario de Compensación Regional – gesprochen. (…) Eudomar Tovar, Präsident des Consejo Monetario Regional von SUCRE, berichtete, dass die 1.112 allein im Januar und Februar über SUCRE abgewickelten Transaktionen – mit einem Gesamtwert von 404 Millionen XSU oder 505 Millionen US-Dollar – einen Zuwachs von 42 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum ausmachten. Nelson Merentes, Präsident der BCV, lobte das erste Geschäft mit Nicaragua und bekräftigte: *„Es ist von größter Bedeutung, bei unserer Integration über Finanzierungsmechanismen zu verfügen; wir können nicht weiterhin vom Auf und Ab der Großmächte und ihrer Währungen abhängig sein, ob mit oder ohne Krise. Es ist unerlässlich, dass unsere Länder diese Transaktionsmechanismen zur Verfügung haben.“*

Dann gratulierte der Kongress, wie es auch in der Abschlusserklärung nachzulesen ist, Rafael **Correa** zu seinem kürzlich errungenen Erfolg in Ecuador. Er ging schon aus der ersten Runde als Sieger hervor und wurde mit 57,7 Prozent der Stimmen wiedergewählt. Dieser Triumpf, über so herausragende Exponenten der Rechten Lateinamerikas wie Lasso und Gutierrez, wurde vom X. politischen Kongress der ALBA begrüßt als *„ein Sieg der ALBA, ein Sieg unseres Amerikas, der es ermöglichen wird, die Grundlagen des Epochenwandels zu festigen und den Weg zu einer wahren Unabhängigkeit der Region fortzusetzen“*.

Auch das Thema Ecuador kam zur Sprache, und zwar in Form des Konflikts des Landes mit dem transnationalen **Unternehmen Chevron**. Anfang Februar befand ein Schiedsgericht der Vereinten Nationen, dass das von Correa regierte Land *„wegen der Nichverhinderung“* der Vollstreckung eines Urteils gegen Chevron internationales Recht verletze.

Das Unternehmen wurde wegen **Umweltverschmutzung** im Amazonasgebiet zur Zahlung von 19 Milliarden Dollar verurteilt. Die ALBA verurteilte den Erpressungsversuch des Unternehmens Chevron, das die Zahlung dieser Entschädigung für ein schweres Umweltvergehen verweigert. Nicolás Maduro, Vizepräsident der República Bolivariana de Venezuela, bezog eine sehr klare Stellung zu dem Thema und erklärte: *„Diesen Angriff Chevrons auf Ecuador müssen wir zurückschlagen, weil er als ein Angriff auf alle ALBA-Länder angesehen werden muss, und deshalb erklärt Venezuela: Der Angriff richtet sich auch gegen Venezuela.“*

Wie eingangs schon erwähnt, befasste sich der Kongress auch mit wichtigen Fragen der **Souveränität**. Sie betrafen die Forderung nach einem Ende des Kubablockade, den Anspruch Argentiniens auf die Malvinen und den Wunsch Boliviens nach einem Zugang zum Meer.

Zum ersten Punkt findet sich im verabschiedeten Abschlussdokument folgende Erklärung: *„Wir erheben erneut unsere Stimme, um den von den Vereinigten Staaten über Kuba verhängten Wirtschafts-, Handels- und Finanzboykott zu verurteilen, und fordern seine sofortige Aufhebung sowie die Aufnahme von Gesprächen auf der Grundlage der Achtung der Souveränität Kubas und des unveräußerlichen Selbstbestimmungsrechts seiner Bevölkerung.“*

Chávez und die Zukunft der ALBA

(...) Chávez' Fehlen bei einem solchen Ereignis von internationaler Bedeutung macht sich bemerkbar wegen der immensen Bedeutung, die Venezuela Versammlungen dieser Art unter Teilnahme eines tatkräftigen und von gesundheitlichen Problemen unbelasteten Chávez zuschreibt. Unter den derzeitigen Umständen könnnen wir bei bestimmten Gelegenheiten ein gewisses Nachlassen der Dynamik in diesem Block feststellen, der angesichts der internationalen Lage eine größere Geltung haben müsste als die, die er auf regionaler Ebene hat.Der bolivianische Außenminister David Choquehuanca erklärte während des Treffens, dass *„die globale Krise des Kapitalismus Antworten erfordert. Wir glauben an die ALBA, weil wir in der ALBA anfangen, an der Einheit, der Hoffnung und der Harmonie zu arbeiten. Wir müssen tatkräftiger, proaktiver sein, wir haben viele Ideen (…). Es ist an der Zeit, sie in die Praxis umzusetzen“*.

Somit ergibt sich in Verbindung mit dem oben Gesagten die Notwendigkeit, dem einzigen regionalen Block neuen Antrieb zu geben, der in Zeiten, in denen die Krise des Kapitals nur Anpassungen und die Beschneidung sozialer Rechte für große Teile der Weltbevölkerung mit sich bringt, hegemonialen Bestrebungen entgegenwirken kann.

Ausgehend von dieser Prämisse, der bedeutenden Rolle, die die ALBA angesichts anderer Formen der Integration – zum Beispiel der von den Ländern der Alianza del Pacífico angestrebten, deren Orientierung an den nordamerikanischen Interessen in der Region unübersehbar ist – im regionalen Zusammenhang spielt (und spielen muss), ist es notwendig, auf unserem Kontinent eine Bilanz der letzten Jahre zu ziehen, damit einem Motor der globalen – politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen – Integration der notwendige neue Antrieb gegeben werden kann.

(...)

Quelle:
http://www.forumdesalternatives.org/x-consejo-politico-del-alba-la-otra-integracion

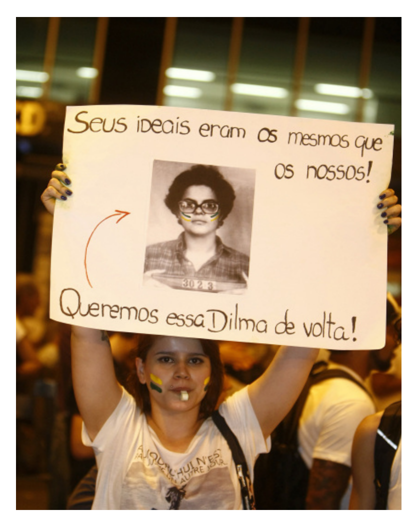
Übersetzung: Werner Horch

SiG-Artikel zu ALBA in den Nummern 46, 56, 72, 79, 80, 98
Mehrere Artikel auf Englisch über die lateinamerikanicher Integration :
http://www.forumdesalternatives.org/en/temas/alba-and-latin-american-integration

Joselino do Carmo

Linke in Brasilien diskutiert Strategien

Während der Protestwelle wurden wiederholt linke Organisationen und soziale Bewegungen angegriffen. Konservative setzen auf Vereinnahmung



„Ihre Ideen damals waren die gleichen wie unsere. Wir wollen, dass DIESE Dilma zurückkehrt!“ (Foto: http://mouvementsansterre.wordpress.com/)

26.06.2013 **Rio de Janeiro.**
Zunächst sind Anfang vergangener Woche lediglich vereinzelte unsignierte Flugblätter mit nationalistischen Motiven und Law-and-Order-Forderungen auf den Demonstrationen aufgetaucht.
Am Donnerstag, bei den größten Demonstrationen, die Brasilien seit 20 Jahren erlebt hatte, schlug die Stimmung jedoch um. In Florianopolis jagten organisierte nationalistische Demonstranten die Anhänger linker Parteien und sozialer Organisationen gewaltsam aus den Straßen. Ähnliche Vorfälle ereigneten sich in mehreren Städten. In São Paulo waren dabei auch rechte Skinheads involviert.

Die Eskalation begann mit dem Sprechchor „Ohne Parteien!“. Er wurde von jungen Männern mit gelb-grün bemalten Gesichtern angestimmt, die professionell bedruckte Transparente mit sich führten. Die brasilianische Presse – bis auf wenige Ausnahmen von einigen wenigen Familien kontrolliert – begleitete dieses Phänomen damit, dass die „rebellierende Mittelstandsjugend“ beschworen wurde. Medien wie die Tageszeitung *Folha de São Paulo* begannen, die inhaltliche Ausrichtung der Proteste umzuwidmen. Im Fokus standen nun weniger die sozialen Forderungen, sondern die Unzufriedenheit mit Korruption und Gewaltkriminalität. Während die Beiträge noch vor wenigen Tagen eine Kriminalisierung der Proteste selbst forderten, standen die Demonstranten nun angeblich dafür, dass das Militär in den Städten eingesetzt wird, das Alter für die Strafmündigkeit gesenkt wird und die Haftzeiten verlängert werden.

Die Ablehnung von politischen Parteien schließt in Brasilien historisch an die Argumentation der Diktaturbefürworter an. „Ein geeintes brasilianisches Volk braucht keine politischen Parteien“, lautet eine weit verbreitete Argumentation des brasilianischen Nationalismus. Dabei erscheint es kurios, dass unter diesem Slogan damals wie heute nicht nur Parteien vertrieben wurden, sondern auch soziale Organisationen wie die Obdachlosenverbände oder die Landlosenbewegung Via Campesina. Viele brasilianische Linke erkennen in dieser Kritik an ihren Organisationen ein reaktionäres Motiv und bewerten die Vorfälle als eine koordinierte Intervention.

Angesichts dieser Ereignisse kündigen die Gruppen der Movimento Passe Livre (MPL) an, in den nächsten Tagen keine Demonstrationen mehr zu organisieren. Am Tag nach der Eskalation fanden in vielen großen Städten wie São Paulo, Rio de Janeiro und Brasilia große Konferenzen statt, an denen sich viele linke Strömungen beteiligten – Gewerkschaften, linke Gruppen und auch Parteien. Ihr Ziel ist es, eine gemeinsame Strategie gegen die rechten Schlägertrupps zu finden. Daran beteiligten sich Organisationen wie der Weltfrauenmarsch, der Gewerkschaftsdachverband CUT, Via Campesina oder die traditionelle linke Studentenvereinigung UNE. Vertreten waren aber auch linke Parteien wie die PSTU und die PSOI sowie die Basis der regierenden Arbeiterpartei PT.

Auf diesen Vollversammlungen der brasilianischen Linken wurden vor allem gemeinsame inhaltliche Vorstellungen entwickelt. Neben der weit verbreiteten Forderung danach, dass die öffentlichen Bildungs- und Gesundheitssysteme besser ausgestattet werden, sollen nun auch Reformen des politischen Systems angegangen werden. Dazu gehören auch Vorstellungen, das Mediensystem des Landes demokratischer zu gestalten. Eine weitere gemeinsame Forderung richtete sich darauf, die Arbeitszeit zu verkürzen. Zudem sollen die neu entdeckten Ölvorkommen versteigert und nicht zu einem Festpreis vergeben werden. Mit diesen Themen hofft die brasilianische Linke, den Protesten erneut einen stärkeren politischen Charakter zu geben und „die reaktionäre Offensive“ zurückzudrängen.

http://amerika21.de/2013/06/83425/linke-brasilien-diskutiert
S. auch:
http://amerika21.de/2013/06/83361/rechte-kapern-proteste

Aufruf in Brasilien

“11. Juli: Für demokratische Freiheiten und die Rechte der Arbeiterschaft”

Diesen Aufruf haben am 25.6. die Gewerkschaftsverbände CSP-Conlutas, CUT, UGT, Força Sindical, CGTB, CTB, CSB und NCST gemeinsam mit der Landlosenbewegung MST verabschiedet. In dem Aufruf “*Fortalecer o dia 27 em todo o país e em seguida preparar o Dia Nacional de Lutas em 11 de julho convocado pelas centrais sindicais*” ruft die Conlutas ausserdem dazu auf, den bereits beschlossenen Aktionstag am 27. Juni zur Mobilisierung für den 11. Juli zu benutzen. Die Forderungen sind dieselben: Billigerer und besserer Nahverkehr, mehr Geld fürs Gesundheits- und Bildungswesen, gegen die Versteigerung von Ölförderrechten, gegen die bisherige Rentenreform und gegen die Parlamentsvorlage zum Outsourcing.
http://cspconlutas.org.br/2013/06/fortalecer-o-dia-27-em-todo-o-pais-e-em-seguida-preparar-o-dia-nacional-de-lutas-em-11-de-julho-convocado-pelas-centrais-sindicais/

Zuerst in Sao Paulo, nun aber auch in zahlreichen anderen Städten, haben sich viele Organisationen der Linken und der sozialen Bewegungen vor Ort, und gerade auch der “Peripherie”, also zumeist ärmere Stadtteile und Slums zusammengeschlossen um gegen die “*reaktionäre Machtübernahme*” in der Protestbewegung anzugehen, wird etwa in dem Bericht “*Diante das mobilizações, coletivos criam frente periférica contra fascistas em São Paulo*” bereits am 23. Juni 2013 in Brasil de Fato unterstrichen
http://www.brasildefato.com.br/node/13322
(Danke an Labournet für die Hinweise, SiG-Red.)
Weitere Infos:
***http://amerika21.de**/2013/06/83456/gewerkschaftsverbaende-brasilie*
http://amerika21.de/2013/06/83362/brasilien-live-ticker

Joao Pedro Stedile
In welche Richtung geht BRASILIEN?

Joao Pedro Stedile (MST, Bewegung der Landlosen), Mitbegründer der WSF-Bewegung und der Koordinator der "Landless Workers' Movement" in Brasilien, begrüßt die Massenbewegungen der brasilianischen Jugend, die mit der Forderung nach Nulltarif für die öffentlichen Verkehrsmittel begann. Er weist allerdings – in einer kurzen Klassenanalyse - darauf hin, dass es bisher die jungen Leute aus der städtischen Mittelklasse sind, die auf die Straße gehen und nicht die Arbeiter und auch nicht die Bauern. Er erwähnt auch die Gefahr, dass die oligarchische Rechte Brasiliens und die US-Administration diese Bewegung ausnutzen, um die Regierung von Dilma Rousseff und der PT (Arbeiterpartei Brasiliens) zu stürzen und das Rad der Geschichte zurück zu drehen.

Hier einige Ausschnitte aus der Analyse (PSt):

"*...Die linken Parteien müssen wieder lernen, dass ihre Rolle darin besteht, die sozialen Kämpfe zu organisieren und die Arbeiterklasse zu politisieren. Wenn sie das nicht tun, werden sie im Massengrab der Geschichte begraben werden...*"

„Andererseits gibt es handfeste Zeichen, dass die Rechte sehr gut koordiniert ist, dass ihre Agenten das Internet benutzen, sich hinter Masken verstecken und Wellen von Gerüchten verbreiten...Plötzlich erscheint eine seltsame Nachricht, wird tausendmal verbreitet und erscheint dann als die Meinung einer Mehrheit. Dieser Manipulationsmechanismus wurde vom CIA und dem US-Außenministerium benutzt, sowohl im „Arabischen Frühling" als auch in den Versuchen, Venezuela zu destabilisieren, und auch im Krieg gegen Syrien wurden sie eingesetzt. Und natürlich operieren sie auch hier, um ihre Ziele zu erreichen."....

http://www.forumdesalternatives.org/en/the-meaning-and-perspectives-of-the-street-mobilizations

German Foreign Policy
Die WM-Profiteure

25.06.2013: Deutsche Firmen profitieren mit Milliardenaufträgen von der in Brasilien heftig kritisierten Fußball-WM 2014. (...) Aus der Fußball-WM und der 2016 folgenden Olympiade zieht - neben deutschen Mittelständlern - beispielsweise der deutsche Siemens-Konzern Gewinne; bis jetzt verzeichnet er Aufträge im Wert von gut einer Milliarde Euro allein aus dem Stadionbau und anderen die WM vorbereitenden Aktivitäten. Zudem profitieren deutsche Unternehmen der Security-Branche: So ist zum Beispiel die Lieferung deutscher Drohnen für die Überwachung der WM-Schauplätze im Gespräch. Deutsche Flugabwehr-Panzer sind bereits geliefert worden - ebenfalls mit dem Argument, man benötige sie, um die WM zu schützen. Allein die Summe, die der brasilianische Staat für die Panzer an Deutschland abführen muss, wird auf einen zweistelligen Millionenbetrag geschätzt. *Mehr:* http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58631

"Der brasilianische Frühling" von Gerhard Dilger am 27. Juni 2013 in der taz, worin der Autor, Leiter des Büros der Rosa Luxemburg Stiftung in Sao Paulo vor allem unterstreicht, dass die **extrem ungleiche Einkommenslage** weiterhin besteht, http://www.taz.de/Debatte-Proteste-in-Brasilien/!118813/
"Das bisherige Modell hat sich erschöpft" Interview von Peter Steiniger mit Debora Dornelas Sobral (Soziologin an der Universidade Federal de Pernambuco in Recife) in der jungenwelt am 27. Juni 2013, http://www.jungewelt.de/2013/06-27/058.php
Presseschau von Labournet: www.labournet.de

Weitere Artikel über Brasilien:
http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Brasilien/Welcome.html
http://www.medelu.org/Ebullition-sociale-au-Bresil

SiG-Hefte über Brasilien: Nr. **24** (Stédile: Die Gefahr der genmanipulierten Lebensmittel), **25** (Wasserprivatisierung: Nestlé), **48** (WTO-Verhandlungen), **81** (gegen militärische Basen)

*Die Lektüre eines kleinen Abschnitts aus dem Buch „**Die Füße nach oben – Zustand und Zukunft einer verkehrten Welt" (1998)** von **Eduardo Galeano** kann uns daran erinnern, welche Veränderungen in Südamerika die Menschen in nur **15 Jahren** durchgesetzt haben – Veränderungen, die von innen und außen immer wieder bedroht werden.(MV)*

„Ende des Jahrhunderts. Ende des Jahrtausends: Ende der Welt? Wieviel unvergiftete Luft haben wir noch? Wieviel unverwüstetes Land, wieviele Gewässer, die nicht tot sind? Wieviele Seelen, die nicht krank sind? In seiner hebräischen Form bedeutet das Wort „krank" „ohne Vorhaben", und dies ist die schlimmste Krankheit unserer Zeit. Doch es schrieb jemand im Vorübergehen auf eine Wand in Bogota: *„Lassen wir den Pessimismus für bessere Zeiten."*
Um auszudrücken, dass man Hoffnung hat, sagt man auch: „Ich hege die Hoffnung." Welcher wunderbarer Ausdruck, welch wunderbare Aufgabe: die Hoffnung hegen, damit sie uns nicht vor Kälte stirbt in diesen unerbittlich kalten Zeiten, die wir erleben. In einer vor Kurzem in siebzehn lateinamerikanischen Ländern durchgeführten Umfrage sagen drei von vier Personen, dass ihre Situation sich nicht verändert oder sich verschlechtert. Sollen wir etwa das Unglück hinnehmen, so wie man den Winter oder den Tod hinnimmt? Es wird langsam Zeit, dass wir Lateinamerikaner uns zu fragen beginnen, ob wir uns damit begnügen wollen, das Leben zu erleiden und nichts weiter sein als eine Karikatur des Nordens. Nicht mehr als ein Spiegel, der die Verformungen des Originalbildes vervielfältigt? Das „Rette-sich-wer-kann" so auf die Spitze getrieben, dass es zum „Sterbe-wer-nicht-kann" wird? Massen von Verlierern in einem Wettlauf, der die Mehrheit der Menschen von der Bahn stößt? Haben wir denn nichts anderes zu sagen und zu leben? Glücklicherweise hört man kaum noch den Satz von der Unfehlbarkeit der Geschichte. Wir wissen heute nur zu gut, dass die Geschichte sich irrt, sich ablenken läßt, verschläft, sich verirrt. Wir sind es, die sie machen, und sie ähnelt uns. Doch genau wie wir, so ist sie auch unberechenbar. Mit der menschlichen Geschichte geschieht genau dasselbe wie mit dem Fußball: das Beste daran ist die Fähigkeit zu überraschen. Gegen jede Vorhersage, gegen jedes sichtbare Zeichen verabreicht manchmal der Kleinere dem unbesiegbaren Großen eine gehörige Tracht Prügel. (...)
Es geschieht an vielen Orten Lateinamerikas: gegen die lähmenden Dämpfe der Angst schließen sich die Menschen zusammen und gemeinsam lernen sie, sich nicht kleinmachen zu lassen. Wie der alte Antonio sagt: *„Jeder ist nur so klein wie die Angst, die er verspürt, und so groß, wie der Gegner, den er sich auswählt."* Diese nicht mehr kleine zu machenden Leute sagen, was sie zu sagen haben. Nur dort kann befohlen werden, wo gehorcht wird.

Ekim Caglar („transform!“)
Türkei: Eine neue fortschrittliche Bewegung im Entstehen



(DIDF-Foto)

Ein historischer Aufstand hat zu neuen politischen Praxen geführt, die sich für fortschrittliche Kräfte in Europa und dem Nahen Osten als sehr fruchtbar erweisen könnten.

Endlich haben es die Fortschrittlichen geschafft, die Hegemonie zu erschüttern und für kurze Zeit im Zentrum der türkischen Politik zu stehen. Es begann alles mit Bäumen im Gezi Park und den Bauplänen für ein Einkaufszentrum – in kürzester Zeit verwandelte sich das Aufbegehren jedoch in einen Volksaufstand gegen Premierminister Recep Tayyip Erdogans Arroganz, neoliberale Politik, aggressive urbane Erneuerungsprozesse, Einschränkungen der Redefreiheit, Geschlechterungleichheiten, Homophobie und vieles andere mehr.

Die landesweiten Proteste sind mehr als nur ein Aufstand. Sie sind ein Beweis dafür, dass die fortschrittlichen Kräfte dazu in der Lage sind, Bewegungen und Einzelpersonen des gesamten politischen Spektrums zu mobilisieren. Darum sehen wir die Fahnen und hören die Slogans der LGBT-Bewegung, Feminist_innen, Kommunist_innen, Ultranationalist_innen, Kemalist_innen, Islamist_innen, aber finden auch jene Menschen vor, die sich selbst als 'unpolitisch' bezeichnen und noch nie politisch engagiert haben. Diese Bewegung und dieser Aufstand sind in der Tat inklusiv.
Es ist auch ein Aufstand gegen festgefahrene Vorurteile. Viele Türk_innen leben in dem Glauben, dass die Jugend unpolitisch sei, die Frauen unterwürfig und politisch unengagiert und die Zivilgesellschaft enthusiatisch, aber erfolglos. Die Barrikaden, die mit Hilfe vieler junger Menschen - darunter eine große Zahl von Frauen und Mädchen - errichtet wurden, erzählen eine andere Geschichte.

Was vielleicht am wichtigsten ist, ist der Erfahrungsaustausch zwischen den verschiedenen Gruppierungen. Zwischen historischen Feinden findet in Taksim ein kritischer Dialog statt. Es sind jedoch ganz klar die fortschrittlichen und linken Kräfte aller Positionen und Traditionen, die die Zukunft des Aufstandes bestimmen. Es waren die Progressiven, die die Plattform für den Protest geschaffen haben und maßgeblich an der Schaffung der kommunenähnlichen Organisation des Taksim Gezi Park beteiligt waren.
Tatsächlich haben die Demonstrant_innen während der Proteste einen großen Teil der Istanbuler Innenstadt kontrolliert. Viele der zuvor verbotenen Gastgärten sind in die Seitenstraßen der Istiklal Caddesi zurückgekehrt und der historisch bedeutsame Taksim Platz – man erinnere sich an das Massaker im Jahre 1977 – wurde zum Schauplatz der täglichen Demonstrationen.
Dies ist auch ein demokratischer Quantensprung für die Arbeiter_innenbewegung, die am 1. Mai 2013 den harten Kampf um den Taksim Platz verloren hatte: Tausende Linke wurden unter Einsatz von Tränengas, Wasserwerfern und Polizeigewalt brutal davon abgehalten, den Platz zu erreichen und von ihrem Demonstrationsrecht am Tag der Arbeit Gebrauch zu machen.
Trotzdem war der bedeutendste Schritt für die Schaffung einer neuer Bewegung die Idee hinter der 'Kommune'. Nahrung, Wasser und medizinische Versorgung sind frei zugänglich und werden unter allen Protestierenden geteilt.
Die demokratische Plattform ist für die Sicherheit und das Saubermachen zuständig und dies funktioniert genauso gut wie die Sozialhilfe, die die Kommune zur Verfügung stellt. Sogar eine Bibliothek wurde eingerichtet. All das passiert dank des inklusiven und weitreichenden Solidaritätsverständnisses, das die Protestierenden dazu veranlasst hat, freiwillig zu diesem Projekt beizutragen. Alle Entscheidungen werden nach offenen Diskussionen getroffen, zu denen jedeR eingeladen ist. Zweifellos handelt es sich hierbei um ein demokratisches Partizipationsprojekt, das es wert ist, genauer untersucht zu werden – nicht zuletzt, weil sich in den ersten Wochen Millionen von Menschen an diesem zum Teil sozialistischen Experiment beteiligt haben. Man wird sich daran als kurzlebige (?) Modell-Gemeinde erinnern, auf die zukünftige politische Initiativen verweisen und von der sie sich inspirieren lassen werden.
Ein wichtiges Thema muss aber noch diskutiert werden. Wir wissen nicht, was aus dieser Plattform wird, wenn sich der Aufstand in andere politische Organisationskanäle umwandeln muss. Was wir allerdings wissen ist, dass die fortschrittlichen Kräfte nicht länger auf politische Alternativen warten, sondern begonnen haben, diese selbst zu schaffen – sehr zur Freude und Inspiration vieler ansonsten unorganisierter Türk_innen.
http://transform-network.net/de/blog/blog-2013/news/detail/Blog/-4468d0fbc8.html

Viele **Infos**: http://www.didf-jugend.de/
Analyse: Wer sind die Demonstranten – warum diese Proteste – linke Kräfte
http://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2013/juli/die-tuerkei-vor-der-demokratiefrage
Dossier bei Labournet:
http://www.labournet.de/internationales/tuerkei/politik-tuerkei/landesweite-proteste-gegen-die-turkische-regierung/?cat=7572

Meine Eindrücke aus Istanbul

Roman Denter beteiligte sich für das Attac-Netzwerk an der vom Gewerkschaftsverbund DIDF organisierten Delegation ab dem 14. Juni nach Istanbul. Seine Postings auf Facebook geben einen schlaglichartigen Einblick auf die Protestbewegung und die massive Repression durch die Polizei.
http://blog.attac.de/meine-eindrucke-aus-istanbul/
Einen zusammenhängenden Überblick der Eindrücke von Roman lässt sich in einem Interview bei der jungenwelt und auf Radio Z finden: http://www.radio-z.net/programmkalender/gesellschaft-beitraege/politik-beitraege/topic/148835-situation-in-der-tuerkei.html
http://www.jungewelt.de/2013/06-18/022.php



Treffen in Athen, 7. und 8. Juni

Presseerklärung zum Abschluss des Alter Summit:
Die Wiege der Demokratie darf nicht deren Grab werden!

Die Schließung der griechischen Rundfunk- und Fernsehanstalt zeigt, dass eine Abkehr von der Austeritätspolitik in Griechenland und Europa dringend notwendig ist.

Am 7. und 8. Juni kamen Tausende Aktivistinnen und Aktivisten sowie führende Mitglieder von sozialen Bewegungen und Gewerkschaften aus 22 Ländern zusammen, um das „**Manifest von Athen**" (1) zu proklamieren und die Konvergenz der lokalen, nationalen und europaweiten Kämpfe gegen die Austeritätspolitik und für echte Demokratie zu intensivieren. Vor dem Hintergrund der besonders schlimmen Lage, in die die Bevölkerung und die sozialen Bewegungen in Griechenland hineingezwungen wurden, setzte dieser erste Alter Summit ein deutliches Zeichen der internationalen Solidarität mit ihren Kämpfen und verhalf der europäischen sozialen Bewegung zu einem bedeutenden Schritt nach von.

Das **„Manifest von Athen"** wurde über einen Zeitraum von sechs Monaten von den 189 am Alter Summit beteiligten Organisationen erarbeitet. Zu diesem **Netzwerk** gehören feministische Bewegungen, Umweltaktivistinnen und -aktivisten, globalisierungkritische Bewegungen, viele lokale Solidaritätsgruppen, prekär Beschäftige, die Bewegung der „Indignados", Occupy, Netzwerke kritischer Intellektueller und eine große Zahl nationaler und europäischer Gewerkschaften.

Das Manifest birgt in zweierlei Hinsicht etwas wesentlich Neues. Zum ersten Mal gibt es eine **breite Plattform für Gewerkschaften und soziale Bewegungen** mit einer Aufstellung gemeinsamer **dringlicher Forderungen,** auf die sie ihre Kämpfe konzentrieren wollen. Außerdem wurde zum ersten Mal eine größere europäische Versammlung nicht dafür einberufen, einen Text zu verfassen, sondern dafür, auf der Grundlage bereits getroffener Vereinbarungen **Strategien für Aktionen** und eine wirkliche Änderung der Machverhältnisse zu entwickeln. Das Manifest unterstreicht das Vorhandensein von **Alternativen, die die Schaffung eines sozialen, ökologischen, feministischen und demokratischen Europas zum Ziel haben.**

Viele bedeutende Organisationen, darunter große Gewerkschaften und soziale Bewegungen, prekär Beschäftigte, Netzwerke von Frauen und Migrantinnen und Migranten, brachten in Botschaften ihre Unterstützung des Manifests zum Ausdruck. Die österreichische sozialdemokratische Parlamentarierin Sonja Ablinger, der grüne Europaabgeordnete Philippe Lamberts und Alexis Tsipras, Vorsitzender von Syriza und Vizepräsident der Europäischen Linkspartei, erklärten ebenfalls ihre Unterstützung des Alter Summit.

Nach der Proklamation des Manifests entwickelten **15 Arbeitsgruppen** ein Programm für die Konvergenz der Kämpfe, die Stärkung und Erweiterung des Netzwerks und die Durchführung gemeinsamer Aktionen.
Nun sind die Mitgliedsorganisationen des Netzwerks aufgerufen, die Vorschläge zu prüfen und zu entscheiden, welche zu gemeinsamen Prioritäten werden können.

An erster Stelle stehen **europaweite Aktionen gegen die Austeritätspolitik und den Fiskalpakt, die Politik und das Mandat der Europäischen Zentralbank, die allmähliche Privatisierung des öffentlichen Gesundheitswesens und den Aufstieg einer neuen populistischen und neonazistischen Rechten.** Weiterhin sollen Vorschläge diskutiert werden, wie die **europaweite Solidarität** mit den Opfern der Austeritätspolitik verstärkt werden kann. Selbstverständlich gehören dazu auch schnelle Reaktionen auf die Schließung der staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt ...

Die durch Austeritätsmaßnahmen verursachte fürchterliche Situation in Griechenland beweist, dass ein anderes Europa dringend notwendig ist. Der Erfolg des Alter Summit in Athen zeigt, dass ein anderes Europa möglich ist. **Eine Änderung der Machtverhältnisse erfordert eine gemeinsame Analyse (artikuliert im Manifest) und die Konvergenz lokaler, nationaler und europaweiter Kämpfe.**

Quelle:
http://www.altersummit.eu/communiques/article/for-the-cradle-of-democracy-is-not
(1)
http://www.altersummit.eu/manifeste/article/manifest-71

Reden auf dem Plenum am 7.Juni:
http://www.altersummit.eu/alter-sommet/article/speeches-of-the-plenary-session

Tagesordnung bzw. Bericht von 15 Versammlungen am 7. und 8. Juni:
http://www.altersummit.eu/athenes/article/program

Fotos: http://www.flickr.com/photos/attac-france/sets/72157634005365042/

Video über die Demonstration am 8.Juni: http://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=TLYKpYPd6-s

Zeitungsartikel: http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Europa/altersummit2.html

auf Französisch:
http://blogs.attac.org/alter-sommet/

Aufruf an Dolmetscher_innen und Übersetzer_innen: *Für den ganzen Prozess nach dem Treffen in Athen wird ein Pool von Übersetzer_innen aufgebaut. Interesse bitte bei Coorditrad anmelden. Danke!*

Auswertung von Altersummit auf der Sommerakademie von attac De.

Wer verändert Europa? – Das „politische Subjekt" und seine Strategie, 26.7., 15- 18:30 Uhr

Zusammenarbeit statt Zersplitterung linker Kräfte in Krisenzeiten: Modelle und Perspektiven, **27.7., 9:30 -13 Uhr**

http://www.attac.de/aktuell/soak/start/

Attac Österreich:

Videos über Proteste in Europa
(Alter Summit in Athen - Blockupy Frankfurt 2013 Griechenland - Spanien - Portugal - Italien):

http://www.attac.at/events/alter-summit/protest-in-europa-videos.html#c4450

Rede von Hans-Jürgen Urban am 7. Juni in Athen

Hans-Jürgen Urban ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Er ist einer der InitiatiorInnen des Aufrufs „Europa neu begründen und einer der Erstunterzeichner den Aufruf "Europa geht anders" (1)

Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Liebe Freundinnen und Freunde!
Liebe Genossinnen und Genossen!

So wie es ist, kann es nicht bleiben. Europa droht zu scheitern. Was lange die große Idee der europäischen Völkerverständigung in sich trug, droht im Würgegriff der „Troika“ endgültig zum Projekt eines neoliberalen Marktradikalismus zu verkommen.
Die wirtschaftliche und politische Krise dient einer europäischen Oligarchie aus Ökonomie und Politik als Rechtfertigung für eine Aggression gegen Sozialstaaten, Demokratie und die europäischen Bevölkerungen!
Diese Austeritätspolitik:
- bürdet die Kosten der Finanzmarktkrise Beschäftigten, Arbeitslosen und Rentner auf, um die Finanzkonzerne und den Finanzkapitalismus zu retten;
- zerschlägt Sozialstaaten und treibt Menschen in Armut und Perspektivlosigkeit;
- verletzt Gewerkschaftsrechte und Tarifsysteme und
- bringt die Befehle der Finanzmärkte als Waffen gegen die politische Demokratie in Stellung!

Erreicht wird nur eines: **Soziale Probleme werden zu nationalen Problemen umgedeutet**. So werden Länder und Menschen gegeneinander aufgebracht, so wird Europa auseinandergetrieben.
Kolleginnen und Kolleginnen! Damit muss **Schluss** sein! Wir wollen kein Europa des Neoliberalismus und des Kapitals!
Wir wollen ein Europa der Demokratie und der Solidarität, ein Europa der Ökologie und der Geschlechtergerechtigkeit!
Es ist höchste Zeit, dass die Menschen – überall in Europa – gegen die Ausplünderung ihres Gemeinwesens aufstehen!
Auch deshalb haben wir uns in Athen versammelt. **Jetzt ist Widerstand angesagt – je internationaler umso besser!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Mit seiner wirtschaftlichen und politischen Macht spielt **Deutschland** in der fatalen Austeritätspolitik in der EU eine Schlüsselrolle. Daher ist der Widerstand gegen die Politik der Regierung Angela Merkels unverzichtbar.
Auch wenn sich viele mehr Widerstand und Proteste wünschen mögen, **auch in Deutschland formieren sich Allianzen für ein anderes, ein besseres Europa**.
- In tariflichen und betrieblichen Konflikten kämpfen die Gewerkschaften gegen Lohndumping, Sozialabbau und prekäre Arbeit.
- Im Mai protestierten Gewerkschaften an einem Aktionstag vor allem gegen die skandalöse Jugendarbeitslosigkeit in der EU; und am 7. bis 9. Juni werden sich die deutschen Gewerkschaften mit Aktionen an den Aktionswochen des Europäischen Gewerkschaftsbundes beteiligen.
- Anfang Juni protestierten Tausende junge Menschen der Blockupy-Bewegung in Frankfurt gegen die Politik der Europäischen Zentralbank.
- Und in unserem Aufruf „Europa neu begründen!“ haben wir uns gemeinsam mit Wissenschaftlern, Intellektuellen und fortschrittlichen Politikern gegen die Austeritätspolitik und für eine solidarische Lösung der Schuldenkrise, eine Demokratieoffensive und eine europaweite soziale Reformbewegung engagiert.
- Schließlich haben führende Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen eine Unterstützungserklärung für den Alter Summit in die Öffentlichkeit getragen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde!
Es gibt nicht nur Merkel und & Co., es gibt auch das andere Deutschland.
Ein Land, in dem Menschen gegen deutsche Machtpolitik und für ein besseres Europa kämpfen.
Von diesen Menschen möchte ich Euch, möchte ich dem Alter Summit in Athen solidarische Grüße und das Versprechen überbringen: Wir stehen an Eurer Seite!
Ja, Kolleginnen und Kollegen! Nach dem kalten Winter der Austerität braucht Europa einen warmen Frühling der Solidarität.
Doch das wird sich nicht im Selbstlauf ergeben. Dazu ist **eine europaweite soziale Bewegung unverzichtbar.**
Eine Widerstandsbewegung gegen ein neoliberales Europa der Eurokraten und der Banken, und eine Reformbewegung für ein anderes, ein besseres Europa der Menschen!
Um diese Bewegung zu stärken und um uns Mut für diese Kämpfen zu machen haben wir uns in Athen versammelt.
Streiten wir dafür, dass unser Alter Summit zum Beginn dieser Bewegung wird.

http://hans-juergen-urban.de/index.html
(1) Aufrufe: S. SiG 95 bzw. 103

Walter Baier
London: People's Assembly gegen Austeritätspolitik und Tory-Regierung

Ein heißer Tag trotz britisch kühlem Wetter in London. **4.000 Delegierte**, darunter Betriebsräte, Gewerkschaftsleader, GemeindevertrerInnen, Sprecher sozialer Bewegungen und Linkspolitiker wie Tony Benn versammelten sich am Samstag, **22. Juni,** in der altehrwürdigen Central Hall in Westminster zur bislang größten Versammlung gegen die Austeritätspolitik, die in UK jemals stattfand.
Aufgerufen wurde zum Aktionstag zur Verteidigung des Nationalen Gesundheitsdienstes (NHS) am 5. Juli sowie zu einem Tag des zivilen Ungehorsams am 5. November. (1) Das von vielen Rednern ausgesprochene Ziel geht aber darüber hinaus, nämlich, die Plattform für einen Massenstreik zum Sturz der Austeritätspolitk und der Tory-Regierung zu schaffen. Unter diesem Gesichtspunkt ist bemerkenswert, dass die Versammlung unter anderem von der Generalsekretärin der Trade Union Congress (TUC), Frances O Grady, eröffnet wurde. Einen expliziten Aufruf an die Gewerkschaften, den Streik vorzubereiten, äußerte der Generalsekretär der größten britischen Einzelgewerkschaft UNITE, Len Mc Lusky.
Das Koordinierungskomitee des Alter-Summit war auf der Konferenz durch den belgischen Christ-Gewerkschafter Felipe Van Keirsbilck, Hugo Braun von ATTAC-Deutschland und Walter Baier (transform! europe) vertreten.(...)

Trotz der bestehenden Einmütigkeit hinsichtlich des Kampfes gegen die Austeritätspolitik bleibt eine strategische Frage weiterhin ungelöst und die Antwort kontrovers: Während ein Teil der anwesenden Gewerkschaftslinken unter dem Schlagwort „Reclaim Labour“ eine kritische Unterstützung der Labour-Party bei den bevorstehenden Wahlen befürwortet, forderte Ken Loach in scharfen Worten zum Bruch mit der Sozialdemokratie und zur Schaffung einer neuen linken Partei auf.
http://transform-network.net/de/blog/blog-2013/news/detail/Blog/-c02414db8e.html

(1) Ergebnisse, gemeinsame Erklärung: http://thepeoplesassembly.org.uk/draft-statement/ *Ebenfalls wurden beschlossen:*
- eine Großdemonstration gegen den Kongreß der Labour Party in Manchester am 29.9,
- das Abhalten von People's assemblies in jeder Stadt. (SiG-Redaktion)

EU-Kommission: Privatisieren! Verscherbeln!

Zahlen & Fakten

Aus: neues deutschland, 22. Juni 2013

Griechenland: Bis 2022 sollen 25,6 Milliarden Euro durch Privatisierungen erlöst werden. Zum Verkauf stehen u.a. die Erdgasfirma DEPA, Häfen, Autobahnen und unbewohnte Inseln.
Irland: Die Regierung will fünf Milliarden Euro erlösen und mit der Hälfte die Schulden senken. Zum Verkauf stehen u.a. die Energieversorger Bord Gáis und Electricity Supply Board, Aer Lingus und die Bank of Ireland.
Italien: Öffentliches Eigentum im Wert von 42 Milliarden Euro steht zum Verkauf. Dazu gehören städtische Immobilien, Anteile an der Post sowie kommunale Transport- und Mülldienste.
Portugal: Für 2013 reduzierte die Regierung die veranschlagten Erlöse von 6,5 Milliarden auf 5 Milliarden Euro. Im Angebot sind die Airline TAP Portugal, die Post und Wasserwerke.
Slowenien: 15 Unternehmen stehen auf der Verkaufsliste.
Spanien: Flughäfen, Lotterien, Wasserwerke und Gesundheitszentren suchen private Käufer.
Zypern: Hier hofft die Regierung auf Erlöse von 1,4 Milliarden Euro. Zum Verkauf steht u.a. die Telekomgesellschaft CYTA.

Ver.di: Erster Erfolg im Protest gegen die Privatisierung von Trinkwasser

Die Proteste gegen die Privatisierung von Trinkwasser hatten Erfolg, **die Wasserversorgung ist aus der umstrittenen EU-Konzessionsrichtlinie raus** (1). ver.di-Bundesvorstandsmitglied Erhard Ott erklärte für den ver.di-Bundesvorstand, das öffentliche Gut Wasser habe im Binnenmarkt nichts zu suchen. Die EU müsse den Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung für alle gewährleisten. Bereits Ende Mai hatten über **1,6 Millionen Menschen** das Bürgerbegehren unterstützt.
Der Erfolg ist aber nur ein Etappenziel. Die Kommission werde neue Versuche starten, die Wasserwirtschaft zu liberalisieren, sagte Erhard Ott. So wolle die Kommission in der Richtlinie eine Revisionsklausel einbauen. Dem will die Bürgerinitiative dauerhaft einen Riegel vorschieben. Auch sind die weiteren Ziele der Initiative – die Realisierung des Menschenrechts auf Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung – noch nicht behandelt. Bis heute haben sich fast 1,7 Millionen Menschen in der EU an der Unterschriftenaktion beteiligt, allein in Deutschland rund 1,3 Millionen, in 11 Ländern ist das Mindestquorum überschritten. Vor zwei Wochen wurde es in Griechenland und Spanien erreicht. Italien ist nahe dran und auch in Frankreich gibt es große Unterstützung.
Der Countdown läuft also: **Die Zeit bis zum Ende der Unterschriftensammlung am 9. September 2013 online, am 26. August 2013 auf Papier, soll für den Schlussspurt genutzt werden. Deshalb werden jetzt weiter Unterschriften gesammelt! (2)**
http://www.verdi.de/themen/internationales/wasser-ist-menschenrecht/++co++7a893400-bbce-11e1-7454-0019b9e321cd

Anmerkungen der SiG-Redaktion:
(1) http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/barnier/docs/speeches/20130621_water-out-of-concessions-directive_en.pdf
(2) Seite der europaweiten Kampagne: http://www.right2water.eu/de

Kampf gegen die Privatisierung der Trinkwasserversorgung in Griechenland:
http://www.savegreekwater.org,
http://www.136.gr/article/was-ist-die-**bewegung-136**
http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Griechenland/wasser.html

Mediengewerkschaften auf der ganzen Welt missbilligen die Schließung des griechischen Staatssenders ERT – ein Aufruf zum Widerstand

Die globale Gewerkschaft UNI-MEI unterstützt alle Beschäftigten des griechischen Staatssenders ERT und ihre Gewerkschaft POSPERT in deren Protest gegen die überstürzte Schließung des ERT. Als Antwort auf die Forderungen der Troika nach weiteren Entlassungen im öffentlichen Dienst Griechenlands missbrauchte der Finanzminister heute seine Machtbefugnisse dazu, die Übertragungen des ERT zu stoppen und alle öffentlichen Fernsehstationen in Griechenland zu schließen.
„*Wir fordern Ministerpräsident Antonis Samaras auf, diese unbegreifliche und gefährliche Entscheidung sofort zurückzunehmen*“, sagte EURO-MEI-Präsident William Maunier (SNRT-CGT, Frankreich). Im Namen aller von unseren Mitgliedsorganisationen vertretenen Medienbeschäftigten missbilligen wir die Entscheidung der griechischen Regierung, den ERT zu schließen. Die Entscheidung beraubt die Bürgerinnen und Bürger eines Grundpfeilers der Demokratie. Sie bestraft eine engagierte, einsatzbereite und erfahrene Belegschaft, die in den vergangenen Jahren Opfer dafür gebracht hat, den ERT zu modernisieren und die finanziellen Schwierigkeiten zu meistern.

Der Sender ERT erfüllt eine wichtige Aufgabe in der griechischen Medienlandschaft, indem er ein umfassendes und abwechslungsreiches Programm anbietet, das kulturelle Erbe bewahrt und sowohl Großereignissen als auch Themen außerhalb des Mainstreams Raum bietet. Mit seinem bedeutenden und gut funktionierenden Netz von regionalen Radio- und Fernsehstationen befördert er den lokalen und regionalen Zusammenhalt. Die griechische Bevölkerung braucht ein modernes öffentliches Medium in der digitalen Welt.

UNI-MEI-Präsident Gerry Morrissey (BECTU, Vereinigtes Königreich) erklärte: „*All unsere Mediengewerkschaften stehen in Solidarität zu POSPERT, den Kolleginnen und Kollegen beim ERT und der griechischen Bevölkerung. Dies ist ein Aufruf zum Widerstand. Kolleginnen und Kollegen auf der ganzen Welt werden in Aktion treten, um den öffentlichen Rundfunk in Griechenland verteidigen zu helfen.*“
***
Die globale Gewerkschaft UNI-MEI repräsentiert über 140 nationale Gewerkschaften und Berufsverbände und vereint mehr als 375.000 Kreative, Techniker/-innen und andere Beschäftigte der globalen Medien- und Unterhaltungsindustrie.
http://www.altersummit.eu/communiques/article/mediengewerkschaften-auf-der

Und jetzt?
Am 21. Juni hatte der Oberste Verwaltungsgerichtshof Griechenlands eine Klage des Gewerkschaftsbundes in Rundfunk und Fernsehen (POSPERT) abgelehnt und die Schließung der ERT für rechtens erklärt. Gleichzeitig war allerdings angeordnet worden, daß der Sendebetrieb bis zur Einrichtung der Nachfolgerin NERIT mit einer Übergangslösung aufrechterhalten bleiben müsse. Die Regierung hat dies bisher nicht umgesetzt.
»Wir stellen unseren Kampf nicht ein, wenn nicht die ERT vollständig wiederhergestellt wird, so als ob sie nie dichtgemacht worden wäre«*, antworteten die ERT-Angestellten in einer Presseerklärung des POSPERT. Sie fordern die Rücknahme der Schließung »ohne jede Entlassung, ohne Aushebelung von Arbeiterrechten«. Die Widerständler machen rund um die Uhr ein Programm, das im Internet ausgestrahlt wird. Darüber hinaus rufen sie weiterhin zur Unterstützung ihres Arbeitskampfes insbesondere durch Anwesenheit vor Ort auf, da sie jederzeit mit einer polizeilichen Räumung rechnen. (jw, 26.6.13)*

Christian Lefaure

Die Sozialklinik von Hellinikon bei Athen

Interview mit Katerina Papagika

17. Juni 2013
Katerina Papagika ist eine auf Krebs spezialisierte Fachärztin. Sie hat lange in Lateinamerika gelebt und dort die Auswirkungen der vom IWF aufgezwungenen Strukuranpassungspläne auf die Gesundheit der Bevölkerung in diesen Ländern mitverfolgt. Als sie davon erfuhr, dass die Troika Griechenland ein «Memorandum zum Schuldenabbau» aufzwang, hat sie sich zur großen Überraschung ihrer Kollegen dazu entschlossen, in den Ruhestand zu treten, um das vorzubereiten, was jetzt in Griechenland entsteht. Heute wundert sich niemand mehr darüber und was sie damals ankündigte, ist inzwischen leider Wirklichkeit geworden: fast ein Drittel der griechischen Bevölkerung ist vom Zugangssystem zur ärztlichen Versorgung ausgeschlossen worden, die Krankenhäuser schließen, nicht zahlungsfähige Kranke werden nicht mehr behandelt.

*Doch zahlreiche Personen sind heute aktiv geworden, um **«Solidaritätsstrukturen»** aufzubauen. Mit ein paar anderen Freiwilligen hat Katerina in Hellinikon bei Athen eine Sozialklinik eingerichtet: sie ist eine der 33 oder 34 ins Leben gerufenen Solidaritäskliniken, die vor Kurzem in Griechenland entstanden sind.*



„Wegen Memorandum geschlossen“

Katerina Papagika :
«Die Klinik ist vor anderthalb Jahren aufgebaut worden. Sie hat ihren Betrieb am 15. Dezember 2011 aufgenommen. Seither sind hier mehr als 10.000 Sprechstunden für Personen abgehalten worden, die keine Sozialversicherung mehr haben, keine Arbeit, kein Geld und deren Ansprüche vom Sozialversicherungssystem aberkannt worden sind. Sie können nicht ins Krankenhaus gehen. Der Verlust des Arbeitsvertrags ist hier gleichbedeutend mit **Verlust des Anspruchs auf Sozialversicherung**. Man muss sich vor Augen halten, dass in Griechenland heute **1,5 Millionen** Personen arbeitslos sind, mit anderen Worten, 29% der aktiven Bevölkerung! Wir haben daher beschlossen, diese Klinik aufzubauen, damit all diese Personen ärztlich versorgt werden können, Kranke Antibiotika bekommen, Kinder geimpft werden …»

Wie stellen Sie es an, um die von der Klinik benötigten Mittel zu bekommen?
K.P.: « Wir haben ausgemacht, dass wir der Frage des Geldes den Rücken zukehren. Alle die hier arbeiten, arbeiten freiwillig und **ehrenamtlich**: die Ärzte, die KrankenpflegerInnen, die Personen, die sich um das Sekretariat kümmern. Einige sind im Ruhestand, andere arbeitslos. Natürlich brauchen wir Arzneimittel, aber wir kaufen sie nicht. Wir verweigern uns dem Geld gegenüber. *(Anm.d.V: ich habe bei K.P., aber auch bei ihren Kollegen einen starken Widerwillen gegen das Geld als Euro wahrgenommen, da der Euro als Symbol der Krise gilt).*
Wir verbreiten Aufrufe: wenn jemand eine Verordnung erhalten und nicht alles verbraucht hat oder wenn manchmal ein Nahestehender gestorben ist, werden uns die nicht aufgebrauchten Arzneimittel gebracht. Aber das reicht nicht immer aus, wenn wir zum Beispiel Impfstoffe für die Kinder benötigen - denn keiner hebt bei sich zu Hause ungebrauchte Impfstoffe auf. In diesem Fall nutzen wir die Sozialnetzwerke und unseren Blog für **Spendenaufrufe:** einige Personen kaufen dann diese Produkte in der Apotheke und bringen sie uns. Ja, die modernen Verständigungstechniken sind nützlich und wirkungsvoll! »

Beschränken Sie sich darauf, die zu behandeln, die Sie aufsuchen?
K.P.: «Nein, wir haben uns einen anderen Auftrag gegeben: unser Ziel ist, diese Art von Einrichtung so schnell wie möglich wieder abzubauen, sobald eine öffentliches soziales Gesundheitswesen wieder aufgebaut ist. Daher streben wir an, uns so zu verhalten, dass die «Patienten» „aufrecht“ bleiben, **ihre Würde behalten** und sich für eine andere Welt **einsetzen**, in der sie ein Recht auf ärztliche Versorgung haben. Es gibt 33 oder 34 Solidaritätskliniken, und alle Kliniken machen dasselbe, egal ob es sich zum Beispiel um die in Thessaloniki oder um die von Piräus handelt. Wir kämpfen zusammen mit den Patienten für das **Recht auf Gesundheit.** »

Aber gelingt es Ihnen, alle Arten von Krankheiten zu behandeln?
K.P.: « Nein, es gibt ein **großes Problem**, das keine solidarische Einrichtung heute angehen kann: wenn jemand so etwas Schwerwiegendes hat wie einen Krebs, können wir ihm weder eine Chemotherapie anbieten, noch im Notfall einen chirurgischen Eingriff vornehmen. Wer weder eigene Mittel noch eine Sozialversicherung hat, wird selbst in öffentlichen Krankenhäusern nicht zur Behandlung aufgenommen. Bestimmte Krankheiten werden in diesem Teil der Bevölkerung **überhaupt nicht mehr behandelt.** »

Was möchten Sie den anderen Europäern heute sagen ?
K.P.: « Ich möchte das sagen: die Lage in Griechenland **bildet ab, was sich in den anderen Länder zutragen wird**. Also wenn wir heute auf Eure Solidarität zählen, dann tun wir das nicht bloß, damit uns geholfen wird. Wir tun das auch, um auf europäischer Ebene gemeinsam so zu handeln, dass sich die Ursachen für diese Situation ändern. Wenn wir jetzt nicht gemeinsam handeln wird unsere heutige Lage morgen die Eure sein. “

Die Erfahrung dieser Klinik ist eine von zahlreichen solidarischen Initiativen, die alle Aspekte des sozialen Lebens in Griechenland (Gesundheit, Ernährung, Wohnen…) ins Auge fasst: Vernetzungen von Ärzten und solidarischen Apotheken, lokale Bürgerinitiativen, Netzwerke für alle Arten direkter Verteilung zwischen Herstellern und Personen in Not. Eine Liste der Kliniken, öffentlichen Behand-lungsstellen, solidarischen Apotheken findet sich auf der Webseite von
http://solidaritefrancogrecque.wordpress.com/liste-des-dispensaires-sociaux-2/
(s. auch: Appell,
http://solidaritefrancogrecque.wordpress.com/2013/05/15/appel/
Webseite der Klinik:
http://mkie-foreign.blogspot.gr/

Quelle: https://blogs.attac.org/alter-sommet/article/la-clinique-social-d-hellinikon,
Übersetzung: Angelika Gross, ehrenamtliche Übersetzerin (coorditrad)/ SiG-Red.

Weitere Infos:

- ,***Solidaritätsdelegation zur Gesundheitskatastrophe in Griechenland***
http://solidarischgsund.org/2013/04/22/austeritatspraxen-solidaritatsdelegation-zur-gesundheitskatastrophe-in-griechenland/
- *http://griechenlandsolidaritaetberlin.blogspot.eu/*
- *http://www.solidarity4all.gr/sites/www.solidarity4all.gr/files/deutsch.pdf*

SiG-Beiträge über die Lage und die Bewegungen in Griechenland:
http://sandimgetriebe.attac.at/10366.html

Attac Österreich:

Griechenland-"Rettung": 77 Prozent flossen in Finanzsektor

Attac-Recherche zeigt: EU-Krisenpolitik rettet Banken, nicht die Bevölkerung

Seit März 2010 haben die Europäische Union (EU) und der Internationale Währungsfonds (IWF) in 23 Tranchen 206,9 Milliarden Euro für die sogenannte "Griechenland-Rettung" eingesetzt. Wofür diese große Summe öffentlicher Gelder im Detail verwendet wird, dokumentieren die Verantwortlichen jedoch so gut wie gar nicht. Attac hat daher nachrecherchiert: Mindestens 77 Prozent der Hilfsgelder lassen sich direkt oder indirekt dem Finanzsektor zuordnen.

Die Ergebnisse im Detail:

58,2 Milliarden (28,1 Prozent) wurden für die Rekapitalisierung griechischer Banken verwendet – anstatt den zu großen und maroden Sektor nachhaltig umzustrukturieren und die Eigentümer der Banken für deren Verluste haften zu lassen.

101,3 Milliarden (49 Prozent) kamen Gläubigern des griechischen Staats zugute. Davon wurden 55,44 Milliarden verwendet, um auslaufende Staatsanleihen zu bedienen – anstatt die Gläubiger das Risiko tragen zu lassen, für das sie zuvor hohe Zinsen kassiert hatten. Weitere 34,6 Milliarden dienten dazu, die Gläubiger für den Schuldenschnitt im März 2012 zu gewinnen. 11,29 Milliarden wurden im Dezember 2012 für einen Schuldenrückkauf eingesetzt, bei dem der griechische Staat Gläubiger beinahe wertlose Anleihen abkaufte.

46,6 Milliarden (22,5 Prozent) flossen in den griechischen Staatshaushalt oder konnten nicht eindeutig zugeordnet werden.

0,9 Milliarden (0,4 Prozent) gingen als griechischer Beitrag an den neuen Rettungsschirm ESM.

Eine genaue Auflistung der Tranchen, ihrer Verwendung und der Quellen unter: http://www.attac.at/uploads/media/hintergrundmaterial_bailout_deutsch.pdf

"Das Ziel der politischen Eliten ist nicht die Rettung der griechischen Bevölkerung, sondern die Rettung des Finanzsektors", fasst Lisa Mittendrein von Attac die Ergebnisse zusammen: "*Sie haben Hunderte Milliarden an öffentlichen Geldern eingesetzt, um Banken und andere Finanzakteure und vor allem deren Eigentümer vor den Folgen der von ihnen verursachten Finanzkrise zu retten."*

Politik stellt "Rettungspakete" falsch dar

Die weit verbreitete und von europäischen Politikern öffentlich vertretene Position, dass das Geld der sogenannten „Rettungspakete" den Menschen in Griechenland zugutekommen würde, ist damit widerlegt. Die griechische Bevölkerung muss die Rettung von Banken und Gläubigen vielmehr mit einer brutalen Kürzungspolitik bezahlen, die die bekannten katastrophalen sozialen Folgen hat.

Intransparenter Umgang mit öffentlichem Geld

„Unsere Ergebnisse machen deutlich, dass das Hauptziel der Krisenpolitik seit 2008 darin besteht, die Vermögen der Reichsten zu schützen. Die Politik nimmt enorme Arbeitslosigkeit, Armut und Not in Kauf – um einen Finanzsektor zu retten, der nicht zu retten ist. Auch die österreichische Regierung trägt diesen menschenverachtenden Kurs seit Jahren mit", ergänzt Mittendrein. Aus demokratiepolitischer Sicht ist zudem bedenklich, dass die Verantwortlichen in Troika und EFSF ihren Umgang mit öffentlichen Mitteln kaum dokumentieren. *"Es ist ein Skandal, dass die EU-Kommission zwar Hunderte Seiten an Berichten veröffentlicht, aber nirgendwo auflistet, wofür das Geld konkret verwendet wurde"*, erklärt Mittendrein. *"Die Verantwortlichen sind aufgefordert, für volle Transparenz zu sorgen und zu belegen, wer von den Zahlungen tatsächlich profitiert."*

Milliardär und Hedgefonds profitieren

Zu den tatsächlich Geretteten zählt etwa die Milliardärsfamilie Latsis, eine der reichsten Familien Griechenlands, die große Teile der staatlich geretteten „Eurobank Ergasias" besitzt.(1) Auch Spekulanten profitierten: Der Hedgefonds Third Point streifte im Zuge des Schuldenrückkaufs vom Dezember 2012 mit Hilfe von öffentlichen Geldern einen Gewinn von rund 500 Millionen ein. (2) *"Wenn Kommissionspräsident Barroso sagt, die sogenannte Griechenland-Rettung sei ein Akt der Solidarität, stellt sich die Frage: Solidarität mit wem?"*, kommentiert Mittendrein. (3)

Weitere 34,6 Milliarden für Zinszahlungen

Maximal 46,6 Milliarden (22,5 Prozent) der sogenannten "Rettungspakete" flossen in den griechischen Staatshaushalt. Dieser Summe stehen jedoch weitere Ausgabenposten im selben Zeitraum gegenüber, die nicht der breiten Bevölkerung zugutekommen. Mehr als 34,6 Milliarden flossen aus dem Staatshaushalt als Zinsen für laufende Staatsanleihen erneut an Gläubiger (2. Quartal 2010 bis 4. Quartal 2012 (4)).

Zudem wendete der Staat allein in den ersten Jahren weitere 10,2 Milliarden für Verteidigungsausgaben auf (2010 und 2011 (5)). Insidern zufolge üben die Regierungen in Berlin und Paris Druck auf Griechenland aus, die Militärausgaben nicht zu kürzen, da davon deutsche und französische Rüstungskonzerne betroffen wären. (6)

Nicht die erste Bankenrettung

"Die sogenannte Griechenland-Rettung entpuppt sich bei genauerem Hinschauen als weitere Banken- und Reichenrettung", bilanziert Mittendrein. Man dürfe nicht vergessen, dass Europas Banken seit 2008 bereits 670 Milliarden Euro an direkter staatlicher Hilfe (ohne Garantien) erhalten haben. (7) Der Finanzsektor Griechenlands – wie auch Gesamteuropas - bleibt jedoch weiterhin höchst instabil. Das zeigt nicht zuletzt die jüngste Auszahlung zweier Tranchen für Bankenrekapitalisierungen im Umfang von 23,2 Milliarden Euro seit Dezember 2012.

Die Politik verabsäumt notwendige Regulierung…

Der Schuldenschnitt für den griechischen Staat hat die dortigen Banken so stark getroffen, dass der Staat sich erneut verschulden muss, um sie mit Milliardenhilfen zu retten. *"Die europäische Politik hat es in den fünf Jahren seit dem Finanzcrash verabsäumt, die Finanzmärkte zu regulieren und ein Bankeninsolvenzrecht zu verabschieden. So müssen bei Verlusten weiterhin die Steuerzahler einspringen, während die Bank-Eigentümer ungeschoren davonkommen. Die Regierungen müssen endlich aufhören, dem Finanzsektor diese Erpressungsmöglichkeit einzuräumen"*, kritisiert Mittendrein.

… und rettet korruptes griechisches Bankensystem

Verschärfend kommt hinzu, dass erneute Milliardenhilfen an die griechischen Ban-

ken fließen, obwohl einige von ihnen die offiziellen Bedingungen dafür nur noch mit dubiosen Mitteln erfüllen. Ein Reuters-Bericht deckte 2012 auf, mit welchen skandalösen Praktiken griechische Banken einander unbesicherte Kredite über ein Pyramidenspiel mit Offshore-Firmen zuschanzten, um so den Anschein zu erwecken, noch Zugang zu privatem Kapital zu haben und damit die Voraussetzungen für eine staatliche Rekapitalisierung zu erfüllen. (8) *"Während die europäische und griechische Politik der breiten Bevölkerung Blut, Schweiß und Tränen abverlangt, verschließt sie ihre Augen gegenüber den geheimen Deals der Finanzoligarchen, die die wahren Profiteure der Rettungsgelder sind"*, bestätigt Marica Frangakis, Ökonomin am Athener Nicos-Poulantzas-Institut und Gründungsmitglied von Attac Hellas.

Radikaler Kurswechsel überfällig

In der europäischen Krisenpolitik ist ein radikaler Kurswechsel überfällig. *"Unsere Regierungen retten Europas Banken und Reiche mit immer neuen Milliarden an öffentlichen Mitteln und behaupten gegenüber ihren Wählerinnen und Wählern, dass diese an die griechische Bevölkerung fließen würden. Mit dieser Scheinheiligkeit muss Schluss sein"*, fordern Mittendrein und Frangakis. Zu große und damit "systemrelevante" Banken müssen zerteilt und die Profitlogik durch Gemeinwohlorientierung ersetzt werden. Gläubiger und Vermögende müssen an den Kosten der Krise gerecht beteiligt und der Finanzsektor streng reguliert werden. *"Griechenland selbst braucht nach drei Jahren, in denen es von der aufgezwungenen Krisenpolitik zugrunde gerichtet wurde, dringend echte Rettungspakete, die auch bei der Bevölkerung ankommen"*, fasst Mittendrein zusammen.

Weitere bizarre Details:

Die Attac-Recherche hat zudem weitere bizarre Details über die sogenannte "Griechenland-Rettung" ans Licht gebracht:

Mehrmals brachen EU und IWF ihre eigenen Ankündigungen und hielten zugesagte Teilzahlungen wochen- bis monatelang zurück, um Druck auf die griechische Demokratie auszuüben: im Herbst 2011, um eine Volksabstimmung über die Austeritätspolitik zu verhindern, und im Mai/Juni 2012, um die Siegeschancen der Troika-freundlichen Parteien bei den Parlamentswahlen zu erhöhen. Mit dem Zurückhalten zugesagter Gelder zwingt die Troika die griechische Regierung, kurzfristige Anleihen auszugeben, um den unmittelbar drohenden Staatsbankrott zu vermeiden. Da diese nur wenige Wochen oder Monate laufenden "Treasury Bills" hochverzinst sind, steigen damit die griechischen Staatsschulden und die Gewinne der Geldgeber. Das ist ein weiterer Beleg dafür, dass der Schuldenabbau nicht das Hauptziel der Troika ist, sondern primär ein Vorwand, um die Zerstörung von Sozialstaat und ArbeitnehmerInnenrechten voranzutreiben.

Eine Tranche im Umfang von 1 Milliarden Euro, die Griechenland im Juni 2012 von der EFSF erhielt, diente primär dazu, die griechische Pflichteinlage in den EFSF-Nachfolger ESM zu finanzieren. Die EFSF finanzierte also ihren eigenen Nachfolger – aber nicht direkt, sondern unter Erhöhung des griechischen Schuldenstands.

Klaus Regling, Vorsitzender von EFSF und ESM, hat in seiner Karriere mehrfach zwischen Politik und Finanzsektor hin- und hergewechselt. Vor dieser Tätigkeit arbeitete er abwechselnd für die deutsche Bundesregierung, den Hedgefonds Moore Capital Strategy Group, die Generaldirektion für wirtschaftliche und finanzielle Angelegenheiten in der Europäischen Kommission und den Hedgefonds Winton Futures Fund Ltd. Er steht damit symbolisch für die Verflechtung von Finanzmärkten und Politik, die mitverantwortlich dafür ist, dass die EU-Krisenpolitik primär auf die Rettung des Finanzsektors abzielt.

Laut Geschäftsbericht gab die EFSF 2011 rund 3,1 Mio. Euro für Personalkosten aus. (9) In diesem Jahr arbeiteten Medienberichten zufolge 12 Personen für die EFSF (10). Im Schnitt wurden also 258.000 Euro pro Mitarbeiter ausgegeben. EFSF-Vorsitzender Klaus Regling verdient mutmaßlich 324.000 Euro plus Zulagen im Jahr. (11) Menschen mit Einkommen in dieser Größenordnung verwalten eine Politik, die in Griechenland den Mindestlohn auf 580 Euro brutto pro Monat (510 für Jugendliche) gesenkt hat. (12)

Fußnoten:

1. Tagesschau (2012) : Milliardenhilfen für den Milliardär, 4 juin 2012, http://www.tagesschau.de/wirtschaft/latsis100.html
2. Der Spiegel (2012) : Schuldenrückkauf: Hedgefonds verdient halbe Milliarde mit Griechenland, 19 décembre 2012 / http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/hedgefonds-verdient-halbe-m...
3. Commission européenne (2010) : Statement of President Barroso following his meeting with Mr Georgios Papandreou, Prime Minister of Greece, 6 décembre 2010 / http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-10-730_en.htm
4. Eurostat (2013) : Comptes non-financiers trimestriels des administrations publiques, 16 avril 2013 / http://epp.eurostat.ec.europa.eu
5. Eurostat (2013) : Dépenses des administrations publiques par fonction (CFAP), 16 avril 2013 / http://epp.eurostat.ec.europa.eu
6. Transnational Institute (2013) : Guns, Debt and Corruption. Military Spending and the EU crisis, 14 avril 2013 / http://www.tni.org/briefing/guns-debtcorruption, p. 11f.
7. Der Standard (2013) : Bankenrettungen kosteten EU-Staaten 670 Milliarden, 22 avril 2013 / http://derstandard.at/1363708829426/Bankenrettungen-kosteten-EU-670-Mill...
8. Reuters (2012) : Special Report: Clandestine Loans were used to fortify Greek bank, 16 juillet 2012 / http://www.reuters.com/article/2012/07/16/us-greecebanks-idUSBRE86F0CL20120716
9. FESF (2011) : Financial Statements, Management report and Auditor's report, 31 décembre 2011 / http://www.efsf.europa.eu/about/corporategovernance/annual-accounts/inde..., p. 37.
10. CNBC (2011) : EFSF: CNBC explains, 20 octobre 2011, http://www.cnbc.com/id/44685464
11. Die Welt (2012) : Fürstliche Gehälter: ESM-Chef verdient mehr als Bundeskanzlerin, 7 juillet 2012 http://www.welt.de/wirtschaft/article108056431/ESM-Chefverdient-mehr-als-die-Bundeskanzlerin.html
12. OCDE (2013) : Salaires minimum à prix courant en monnaie nationale, 16 avril 2013 / http://stats.oecd.org/

Quellen:
http://www.attac.at/uploads/media/hintergrundmaterial_bailout_deutsch.pdf

Attac Österreich: Griechenland-„Hilfe“: Schwache Argumente der Verantwortlichen
http://www.attac.at/news/detailansicht/datum/2013/06/19/griechenland-hilfe-schwache-argumente-der-verantwortlichen.html

Attac Frankreich, 28.6.: Die EU bestätigt die Zahlen von Attac
http://www.france.attac.org/articles/sauvetage-de-la-grece-la-commission-europeenne-confirme-les-chiffres-dattac

Widerstand gegen das geplante Freihandelsabkommen USA - Europa

Attac Österreich warnt vor Freihandelsabkommen EU – USA

18.06.2013, Das globalisierungskritische Netzwerk Attac warnt vor den geplanten Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union (EU) und den USA. *„Bereits vor Beginn der Verhandlungen werden **demokratische Prinzipien missachtet**. Das Handelsmandat der Kommission wird - wie üblich - nicht transparent gemacht. Daher ist zu befürchten, dass vorrangig die Profitinteressen großer Unternehmen berücksichtigt werden. Bedenken zivilgesellschaftlicher Organisationen in der EU und den USA werden hingegen kaum beachtet werden"*, kritisiert Franziskus Forster von Attac Österreich. Handelspolitik müsse jedoch demokratisch und transparent stattfinden – abseits des dominierenden Einflussbereichs großer Konzerne.

Attac sieht durch die durchgesickerten Verhandlungspositionen (unter anderem) folgende Gefahren:

Die Europäische Kommission möchte so genannte Investor-Staat-Klagerechte verhandeln. Diese **Klagerechte** würden es US-Investoren ermöglichen EU-Staaten aufgrund von Sozial-, Gesundheits- oder Umweltschutzgesetzen, die ihre geplanten Gewinne bedrohen, zu klagen. Auf Basis ähnlicher Abkommen haben Investoren Staaten bereits über 500 Mal verklagt - etwa der schwedische Energiekonzern Vattenfall Deutschland wegen des Atomausstiegs. Diese Verhandlungen vor internationalen Schiedsgerichten stehen wegen mangelnder Transparenz und zweifelhafter Unabhängigkeit seit Jahren in der Kritik. Immer mehr Länder gehen davon ab.

Die **USA** haben nur zwei von acht Konventionen für arbeitsrechtliche Mindeststandards der Internationale Arbeitsorganisation (ILO) ratifiziert. Dies lässt in diesem Bereich einen **Wettlauf nach unten befürchten,** gerade vor dem Hintergrund der Aushöhlung arbeitsrechtlicher Standards durch die aktuelle Krisenpolitik der EU.

Es ist zu befürchten, dass die Kommission auch **öffentliche Dienstleistungen** nicht von den Verhandlungen ausschließen wird. Überall dort, wo US-Unternehmen der ungehinderte Zugang zu den europäischen Märkten fehlt, könnte eine Deregulierung gefordert werden.

Trotz weltweiter Proteste gegen ACTA im Jahr 2012 besteht die Gefahr, dass so etwa wie ein „**Super-ACTA**“ entstehen könnte. Die Folge wären noch mehr Exklusivrechte an „geistigem Eigentum“ für Konzerne, etwa bei Pharmaprodukten oder Saatgut.

Im Bereich Ernährung und Landwirtschaft bleibt unter anderem unklar, welchen Status die EU-Regeln bei **gentechnisch** veränderten Lebensmitteln oder **hormonbehandeltem** Fleisch haben werden. Attac warnt auch vor möglichen negativen Folgen für die ökologische Landwirtschaft und die Biodiversität.

„Die negativen sozialen und ökologischen Folgen von Freihandel und Deregulierung werden die Menschen in den USA und in der EU tragen müssen. Das von den Befürwortern prognostizierte „sagenhafte“ und einmalige Wachstum von 0,1 bis 0,5 Prozent wird – wenn überhaupt - nur wenigen „Big Playern“ zugute kommen – auch zu Lasten von Entwicklungs- und Schwellenländern. Die grundsätzliche Frage, inwiefern dieses Wachstum in Zeiten den Klimawandels sinnvoll sein soll, wird gar nicht gestellt“, kritisiert Forster.

http://www.attac.at/news/detailansicht/datum/2013/06/18/attac-warnt-vor-freihandelsabkommen-eu-usa.html

Attac Frankreich und AITEC

Transatlantisches Freihandelsabkommen: das Ende der demokratischen Ausnahme

15. Juni 2013
Die europäischen Handelminister haben die Europäische Kommission beauftragt, mit den USA ein Partnerschaftsabkommen zu verhandeln, das den Freihandel der Güter, der Dienste und des Kapitals betrifft und vor allem die **Abschaffung der Normen und Reglementierungen,** die den Handel und die Investitionen der Unternehmen beeinträchtigen würden. Frankreich hat das Prinzip der kulturellen Ausnahme durchgesetzt; diese wird zurzeit und mit unklaren Bestimmungen von den Verhandlungen ausgenommen, aber es soll möglich sein, dazu später Verhandlungen zu führen. Der Prozess ist also in Gang gesetzt worden.
Die Regierungen haben zugestimmt, über ihre Entscheidungen bezüglich Ernährung und Landwirtschaft, über die öffentlichen Dienste, die Regelungen der Finanztransaktionen, über ihre Entscheidungen zu Energie und Klima zu verhandeln. Sie haben es hingenommen, **auf die politische Dimension zu verzichten,** die darin besteht, demokratisch über Normen und Regelungen zu entscheiden. Stattdessen sollen die Unternehmen und die Gerichte, die die Streitigkeiten zwischen den Unternehmen, den Staaten und den Gebietskörperschaften schlichten, die Entscheidungskompetenz erhalten.
Genauso wie wir damals das MAI- Abkommen und ACTA (1) abgelehnt haben, lehnen wir es jetzt ab, dass ein solcher Prozeß in Gang gesetzt wird. Wir rufen **zu einer breiten Mobilisierung** der sozialen Bewegungen, der Abgeordneten und Gemeindevertreter auf, damit dieser Prozeß, der zurzeit hinter verschlossenen Türen voranschreitet, bekannt wird und damit er gestoppt wird.
In diesem Sinne suchen wir die Zusammenarbeiten mit den europäischen und internationalen Netzwerken.
http://www.france.attac.org/articles/accord-transatlantique-fin-de-lexception-democratique
*„**AITEC** wurde von Stadtplanern, Wirtschaftsexperten, Unternehmer, Juristen, etc, mit dem Willen gegründet, berufliche Praxis und politisches Engagement miteinander zu verbinden.“* http://aitec.reseau-ipam.org/spip.php?article716
(1) «Anti-Counterfeiting Trade Agreement», http://www.stopp-acta.info/

S. auch: AITEC: Accord de libre-échange transatlantique Union Européenne – Etats-Unis: Plus d'injustice, de chômage et de destruction environnementale, http://aitec.reseau-ipam.org/spip.php?article1328
Weitere kritische Stimmen: http://www.s2bnetwork.org/

Informationen der EU-Kommission zu TTIP: http://ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/ttip/

Attac Deutschland
Umwelt- und Verbraucherschutz
bleibt bei TTIP-Geheimverhandlungen auf der Strecke

Mit einer Protestaktion am Pariser Platz in Berlin hat das **Bündnis UNFAIRhandelbar** heute gegen das geplante "Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen" (TTIP) zwischen der EU und den USA demonstriert. (…)

Peter Fuchs, Geschäftsführer von PowerShift warnt: *"US- und EU-Konzerne sollen mit dem Abkommen noch mehr Möglichkeiten erhalten, um vor* ***intransparenten Schiedsgerichten*** *gegen demokratische Entscheidungen zu klagen. Schon jetzt nutzt Vattenfall die europäische Energiecharta, um von Deutschland einen Schadensersatz von 3,7 Milliarden Euro für den Atomausstieg zu verlangen. Solche Sonder-Klagerechte der Konzerne außerhalb unseres Rechtssystems brauchen wir nicht! Auf keinen Fall dürfen sie per TTIP noch ausgeweitet werden."*

Claudia Baitinger, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Bunds für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) nannte den Umgang mit gefährlichen Chemikalien als weiteres Beispiel: *"Gegen mächtige Lobby-Interessen hat Europa die Registrierung und Evaluierung aller in Alltagsprodukten verwendeten Chemikalien und ein Auskunftsrecht der Verbraucher beschlossen. Damit können diese zum Beispiel gefährlichen Weichmachern im Spielzeug aus dem Weg gehen. TTIP würde diesen mühsam errungenen Fortschritt wieder zunichte machen."* Außerdem, so Baitinger weiter, "*werden Kernprinzipien des Klima- und Umweltschutzes und dadurch auch des Arbeitsschutzes unterlaufen. Auf Druck von US-Exportinteressen sollen bereits bestehende wie geplante gesetzliche Regelungen, die diesen Prinzipien folgen, zum Handelshemmnis erklärt werden."*

"*Das Freihandelsabkommen mit den USA ist ein Trojanisches Pferd für Konzerninteressen*", sagt Maritta Strasser vom Kampagnennetzwerk Campact. *"Der Umwelt- und Verbraucherschutz droht bei den intransparenten Geheimverhandlungen über das Abkommen auf der Strecke zu bleiben. Hormonbehandeltes Fleisch, Gentech-Lebensmittel und Chlor-Hühnchen könnten künftig auf unseren Tellern landen."*

Im Bündnis UNFAIRhandelbar haben sich 21 zivilgesellschaftliche Organisationen zusammen geschlossen.

http://www.attac.de/aktuell/neuigkeiten

Bündnis UNFAIRhandelbar
„TTIP“ NEIN DANKE!
TRANSATLANTISCHE PARTNERSCHAFT GEHT ANDERS

Positionspapier deutscher Nichtregierungsorganisationen zum geplanten Freihandels- & Investitionsabkommen EU – USA (TTIP)

Die Regierungen Europas und der USA planen das »transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen« (TTIP). BMW und Monsanto freuen sich; auch Deutsche Bank und JP Chase Morgan, BASF und Google, Bertelsmann und ExxonMobil. Doch brauchen die Menschen in Europa, den USA und im Rest der Welt wirklich einen großen, deregulierten transatlantischen Markt? Eine Antwort auf die eigentlichen Fragen gibt TTIP nicht: Wie wollen wir leben? Was ist ‚gutes Leben‘ ohne die Ausbeutung von Mensch, Tier und Umwelt? Wie können wir in den ökologischen Grenzen des Planeten wirtschaften und dabei gute, fair bezahlte Arbeit sichern? Wie können wir Ernährungssouveränität für alle erreichen?

Schon jetzt stecken wir in ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Krisen. Wir erleben viel zu wenig - nicht zu viel – Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz, Finanzmarktkontrolle. Wir erleben zu wenig − nicht zu viel − solidarisches Wirtschaften, Schutz kleinbäuerlicher und gemeinwohlorientierter (Land-)Wirtschaft sowie wirksamen Verbraucher-, Daten- und Rechtsschutz gegenüber den Geschäftsinteressen internationaler Konzerne.

Mit dem TTIP-Abkommen versprechen Wirtschaftsvertreter in der EU und den USA mehr Wachstum. Sie wollen mehr Handelsströme und mehr Marktfreiheit für Unternehmen. In der Realität kann das aber bedeuten: Gentechnik-Lebensmittel und Hormonfleisch landen ungekennzeichnet auf unseren Tellern. Das geplatzte ACTA-Abkommen zum Urheberrecht kommt durch die Hintertür erneut − Meinungsfreiheit und Datenschutz bleiben auf der Strecke.

Nur die niedrigeren Verbraucherschutz- und Umweltstandards bleiben übrig. Bundesregierung und EU-Kommission setzen auf Geheimverhandlungen unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit und der Parlamente.

Wir wollen:

Demokratie und Transparenz: Statt Geheimverhandlungen braucht es eine breite öffentliche Diskussion um ein soziales und ökologisches Verhandlungsmandat auf beiden Seiten. Hierzu müssten umfassende und aktuelle Informationen und der vollständigen Einblick in alle Verhandlungsdokumente für die Öffentlichkeit und Parlamente gewährleistet sein. Zudem muss die Kommission eine umfassende Nachhaltigkeitsprüfung von unabhängiger Seite durchführen lassen.

Rechtschutz für Menschen – statt privilegierte Klagerechte für Konzerne: Wir lehnen es ab, dass US- Konzerne Klagerechte gegen europäische Umwelt- und Sozialgesetze bekommen. Die besonders von der EU geforderten Sonderklagerechte für Unternehmen im Rahmen so genannter Investor-Staat-Schiedsgerichtsbarkeit unterlaufen grundlegende Prinzipien des Rechtsstaats.

Kernprinzipien des Klima- und Umweltschutzes, so wie sie 1992 in Rio aufgestellt wurden, sind das Vorsorge- wie auch das Verursacherprinzip: Wenn von Produkten oder Technologien Risiken ausgehen können, dann müssen diese Risiken vorausschauend vermieden werden. Im TTIP aber sollen auf Druck von US-Exportinteressen bereits bestehende wie geplante Regeln, die diesen Prinzipien folgen, zum Handelshemmnis erklärt werden.

Ein besonderer Dorn im Auge der US-Lobbygruppen sind v.a. die in ihren Augen

zu langsame Zulassung und die Kennzeichnung von Gentechnik-Lebensmitteln in Europa und die europäischen Nachhaltigkeitsstandards von Biokraftstoffen. Aber auch die Weiterentwicklung der EU-Chemikalienrichtlinie REACH und der EURO-Norm für Auto-Emissionswerte wie auch die EU-Strategie zur Begrenzung der von Kunststoffe ausgehenden Umweltgefahren laufen den US-Exportinteressen zuwider. Auch für neue Technologien muss das Vorsorgeprinzip gelten, etwa für die gefährliche Gewinnung von Gas mit Fracking. Wir brauchen eine klima- und ressourcenschonendere und gerechtere Wirtschaftsweise auf beiden Seiten des Atlantiks. Die niedrigsten Standards dürfen nicht zur Richtschur werden. Verbote sind dafür genauso erforderlich wie Steuern und Zölle für besonders schädliche Verfahren. Das ist mit der TTIP-Freihandelslogik nicht zu vereinbaren.

Kleinbäuerliche und ökologischere Landwirtschaft schützen: Bauern und Verbrauchern in Europa bringt TTIP keine Vorteile. In den USA ist der Verzehr von Klon- und Hormonfleisch sowie von Milch von mit gentechnisch erzeugten Wachstumshormonen gedopten Turbo-Kühen erlaubt. Geflügelfleisch wird mit Chlor behandelt, für gentechnisch veränderte Pflanzen gibt es weder ein durchgängiges, stringentes Zulassungsverfahren noch eine Kennzeichnungspflicht. Gentechnisch veränderter Lachs steht vor der Zulassung. Alles das wäre dann auch in Europa erlaubt. Auch das Patent- und Haftungsrecht unterscheidet sich in beiden Handelszonen an vielen Stellen. TTIP öffnet die Türen für Agrar-Exportschlachten zu Dumpingpreisen. Europäische Bauern gerieten unter noch mehr Wettbewerbsdruck. US-Exporteure würden verstärkt mit Soja und Milchprodukten auf den EU-Markt drängen und unsere Bemühungen, Soja durch einheimische Futterpflanzen zu ersetzen, unterlaufen. Statt noch mehr „Wachsen oder Weichen“ brauchen wir den Schutz kleinbäuerlicher und ökologischer Landwirtschaft.

Hohe Verbraucher- und Gesundheitsstandards: Die strengeren europäischen Standards müssen Grundlage aller Verhandlungen sein. Zudem ist eine umfassende Kennzeichnungspflicht zwingend – auch für verarbeitete Produkte.

Arbeits- und Menschenrechte durch klare und durchsetzbare Regelungen verbindlich schützen: Der Öffentlichkeit wird TTIP als Motor für die Schaffung von Arbeitsplätzen verkauft. Dabei haben bestehende Freihandelsabkommen wie der NAFTA-Vertrag zwischen den USA, Kanada und Mexiko eher das Gegenteil bewirkt. Gewerkschaften beklagen Arbeitsplatzverluste in der Industrie, sinkende Löhne, Unterlaufen vor Arbeitsmindeststandards und wachsende Einkommensunterschiede als Folge des Freihandels, indem Arbeitsstandards an das jeweils niedrigere Niveau nach unten angeglichen werden. In der EU sind Massenarbeitslosigkeit, Druck auf Löhne und die Ausweitung prekärer Beschäftigung die Folgen schwacher Sozialstandards im liberalisierten Binnenmarkt. Dies ist kein Modell für eine transatlantische Freihandelszone.

Internationale Solidarität und Kooperation statt immer mehr Wettbewerbsdruck. Mit dem TTIP wollen EU und USA ihre globale Vormachtstellung absichern. Aufstrebende Schwellen- und Entwicklungsländer sollen durch das Abkommen Marktanteile verlieren.

Schutz und Ausbau öffentlicher Dienstleistungen statt weiterer Liberalisierungsoffensive. Essentielle Dienstleistungen der Daseinsvorsorge – z.B. in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Wasser, Energie oder Verkehr – dürfen nicht privatisiert werden. Sie müssen für alle zugänglich sein und hohen qualitativen, sozialen und umweltpolitischen Standards genügen. Den dazu nötigen Gestaltungsspielraum auf nationaler und kommunaler Ebene drohen die TTIP Verhandlungen weiter zu beschneiden – mehr Druck in Richtung Privatisierung ist zu erwarten.

Schutz und Förderung der Vielfalt kulturellen Ausdrucksformen statt weiterer Liberalisierung. Die UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen sichert beispielsweise Film-, Theater, Orchester- und weitere Kulturförderung sowie den öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit seinen Landesprogrammen. Dieser Gestaltungsraum wird durch die TTIP Verhandlungen zur Disposition gestellt.

Regulierung des Finanzsektors und Abbau ökonomischer Ungleichgewichte statt mehr Deregulierung und Freihandel. Die Liberalisierung der Finanzmärkte und ökonomische Ungleichgewichte innerhalb der EU infolge von Lohnkonkurrenz sind eine wesentliche Ursache der europäischen Wirtschaftskrise. Mit TTIP sollen Finanzdienstleistungen noch weiter liberalisiert werden. Die politische Macht der Finanzindustrie würde gestärkt, Lohn- und Steuerdumping und damit sinkende Einnahmen der öffentlichen Haushalte wären die Folge.

Innovationen, Bildung und Informationsfreiheit statt noch mehr Exklusivrechte an „geistigem Eigentum“ der Konzerne: Schützbares „geistiges Eigentum“ findet sich in vielen Sektoren – Technologien, Pharmaprodukte, Saatgut, Filme und Musik. Unter dem Vorwand, die Urheber zu schützen gängeln die großen Verlage, Labels und Medienkonzerne die Nutzer von Kultur und Information immer stärker. Wissenschaft und Bildung werden behindert, immer mehr Werke verwaisen und gehen endgültig verloren, weil ihre Digitalisierung nicht erlaubt wird. Wir brauchen einen fairen Interessenausgleich zwischen Urhebern, Nutzern und Verwertern! 2012 wurde das ACTA- Abkommen von einer Welle der öffentlichen Empörung gestoppt – der Medienindustrie hätte es umfangreiche Monopolrechte und die Kontrolle des Internets beschert. TTIP ist ein neuer Anlauf, diese Monopolrechte einzuführen.

Wir rufen daher alle interessierten Menschen und Organisationen auf, sich aktiv an der Debatte um dieses neue Abkommen zu beteiligen! Machen wir – zusammen mit unseren Freundinnen und Freunden in Europa und den USA – den Politikern und Wirtschaftskapitänen deutlich, dass Freihandels- und Investorenschutz-Rezepte aus dem 20. Jahrhundert keine Lösung für die aktuellen Herausforderungen sind. Eine transatlantische Partnerschaft für die sozial-ökologische Transformation, die wir im 21. Jahrhundert so dringend brauchen, sieht ganz anders aus! Auch in den USA und anderen Ländern Europas regt sich der Widerstand gegen dieses geplante Abkommen – gemeinsam werden wir es stoppen!

Unterzeichnende Organisationen:

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)
Attac
Bundesverband Naturkost Naturwaren (BNN) e.V.
Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft e.V. (BÖLW)
BUND – Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.
Bündnis für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in Niedersachsen, Bremen, Hamburg
Campact
Christliche Initiative Romero e.V.
DNR – Deutscher Naturschutzring e.V.
FDCL – Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V.
Forum Umwelt und Entwicklung
Gen-ethisches Netzwerk e.V.
INKOTA-netzwerk e.V.
Kampagne „Meine Landwirtschaft“
KLJB – Bundesverband der Katholische Landjugendbewegung Deutschlands e.V.
klima-allianz deutschland
NABU – Naturschutzbund Deutschland e.V.
PAN Germany – Pestizid Aktions-Netzwerk e.V.
PowerShift e.V.
Save our Seeds
WEED
Zukunftsstiftung Landwirtschaft

http://www.forumue.de/fileadmin/userupload/AG_Handel/pospap_ttip_fin.pdf

Attac Marokko

Kein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Marokko (ALECA)!

23.6.2013
Zwei Verhandlungsrunden zwischen der EU und Marokko haben im April in Rabat und Ende Juni in Brüssel stattgefunden, die nächste Runde ist für November/Dezember geplant.
Attac Marokko kritisiert, dass die Verhandlungen hinter verschlossenen Türen stattfinden und fordert eine Offenlegung des Abommensentwurfs gegenüber der Öffentlichkeit, den Abgeordneten und der Presse.

Attac Marokko verweist auch auf die negative Bilanz des schon im Jahre 2000 unterzeichneten Partnerschaftsabkommens: Das Außenhandelsbilanzdefizit ist von 98 Mrd. Dirham im Jahre 2006 auf 198 Mrd. Dirham im Jahre 2012 gestiegen. Daher hat sich die Leistungsbilanz verschlechtert: von einem Überschuss von 12 Mrd. Dirham im Jahre 2006 zu einem Defizit von 83 Mrd Dirham im Jahre 2012 (10% des PIB).
Die Freihandelsabkommen haben zu diesem Handelsdefizit beigetragen: 2011 betrug das Außenhandelsdefizit von Marokko gegenüber der EU 45,4 Mrd. Dirham. *„Ca. 57% der Einfuhr von halbfertigen Waren finden nach den Bestimmungen der Freihandelsabkommen statt, 47,3% der Einfuhren von Industrieanlagen finden auch in diesem Rahmen statt“* (Zahlen des Finanzministeriums). In der Industrie sind zwischen 2009 und 2011 24 000 Arbeitsplätze vernichtet worden. Unsere Ernährung ist immer mehr von Importen abhängig, die Exporte an Nahrungsmittel (Meeresfrüchte und Fische ausgeklammert) decken nur 36% der Importe im Jahre 2012.

Die wenigen Informationen über die Verhandlungen geben Anlaß zu Befürchtungen: Es soll darum gehen, die Investitionen und das geistige Eigentum noch mehr zu schützen, Maßnahmen, die immer den Investoren und den multinationalen Firmen nutzen, niemals den Produzenten und Konsumenten: Die Konkurrenz bei den öffentlichen Aufträgen soll verstärkt werden – zum Nachteil der nationalen Unternehmen, die schon weit fortgeschrittene Privatisierung der öffentlichen Dienste soll vertieft werden.

Das Schwerwiegendste ist aber wahrscheinlich das *„Projekt einer schrittweisen Harmonisierung der marokkanischen Gesetze und Regelungen mit den Errungenschaften der EU“*. Welche Errungenschaften? Diejenigen, die zur Finanz-, Wirtschafts und sozialen Krise geführt haben, die den Bevölkerungen Arbeitslosigkeit, Prekarität und Armut gebracht haben, die so viele Proteste gegen die unsoziale und undemokratische Politik der EU auf den Straßen Europas hervorgerufen haben?

Man sollte nicht von Partnerschaft reden – es sind nur neokoloniale Abkommen, die von den europäischen Ländern ihren früheren nordafrikanischen Kolonien diktiert werden. Solche Abkommen werden die Abhängigkeit und die Rückschrittlichkeit unseres Landes nur verschärfen und damit die Bevölkerung zur Armut und Prekarität verdammen.
Attac Marokko ruft alle Teile der Zivilgesellschaft aktiv zu werden, um eine breite öffentliche Debatte über diese neuen Freihandelsabkommen zu führen und gemeinsame Aktionen zu vereinbaren
http://cadtm.org/ATTAC-CADTM-Maroc-refuse-le-nouvel
Übersetzung: SiG-Red.

SiG 69 (2008): Die EU zerschlägt an ihren Grenzen die öffentlichen Dienstleistungen, von Lucile Daumas (attac Marokko), http://sandimgetriebe.attac.at/6818.html
SiG 33 (2004): Erklärung von Attac Marokko zum Freihandelsabkommen Marokko/USA, http://sandimgetriebe.attac.at/2856.html

***EU-Papier** „Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsintrument – Marokko – Strategiepapier 2007-2013:*
http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_csp_morocco_de.pdf
http://ec.europa.eu/trade/policy/countries-and-regions/countries/morocco/

Marokko:

Kampagne zur Unterstützung der politischen Gefangenen

In Marokko werden viele Menschen politisch verfolgt, die sich mit Streiks, Demonstrationen und Sit-Ins gegen die Verteuerung von Energie und Wasser, für eine bessere Entlohnung und bessere Arbeitsbedingungen, gegen Massenentlassungen, für die Schaffung von Arbeitsplätzen und für politische Freiheiten in dieser repressiven Monarchie einsetzen (S. SiG 98 und 101). Darüber wird in den Medien geschwiegen.
Wir berichten hier über die Prozesse in Sidi Ifni und dokumentieren die Tätigkeit der Organisation ASDHOM, die Patenschaften für die politischen Gefangenen in Marokko organisiert und wöchentlich über deren Situation informiert.

Die Prozesse in Sidi Ifni gehen weiter: Drei Prozesse gegen fünf Aktivisten aus Sidi Ifni

1. **Brahim Bara, Hassan Agherbi und Mohammed Amzouz** wurden am 25. Juni nach einer Anklage gegen sie vor das Gericht von Agadir vorgeladen. Dies geht auf das Jahr 2007 zurück, als sich die Einwohner von Sidi Ifni nach dem Tod einer Mutter namens Aziza mobilisierten, die aufgrund mangelnder Pflege im Krankenhaus der Stadt verstorben war. Die gesamte Bevölkerung hatte sich erhoben und sodann koordiniert, um das Recht auf Gesundheit, öffentliche Einrichtungen und gute Dienstleistungen einzufordern. Brahim Bara und Hassan Agherbi, die wichtigsten Anführer dieser Bewegung, waren nach den Unruhen des „schwarzen Samstags“ vom Juni 2008 schwer bestraft worden. Nach einer nationalen wie internationalen Solidaritätskampagne wurden sie 2008 freigelassen. Aber die Anklage wurde nicht zurückgezogen, sie werden jetzt erneut vor Gericht gestellt und abgeurteilt wegen einer Sache, die von vorne bis hinten inszeniert ist. Neue (falsche) Zeugen wurden präsentiert. Während der Verhandlung haben sie die Tatsachen geleugnet. Ihr Prozess wurde auf den 2. Oktober 2013 vertagt.

2. Die beiden Brüder **Youssef und Karim Lembidae** wurden in Agadir zu 8 Monate Gefängnis und 1000 Dirham Geldstrafe verurteilt. Youssef Lembidae ist Aktivist bei der Koordination des M20F in Ifni.

3. **Mohamed Amzouz und Rachid Bouhafra** wurden zu 8 Monate Gefängnis und 5000 Dirham Geldstrafe verurteilt.

**<u>Zur Erinnerung:
Der Widerstand von Ifni</u>**
Die kleine Stadt Ifni war Schauplatz von beispielhaften und sehr kraftvollen Kämpfen, bei denen es um Beschäftigung, Gesundheitsversorgung, soziale Einrichtungen und die Verteilung der Profite aus dem Ha-

fen zugunsten der Einwohner ging. Jugendliche, Arbeitslose, Frauen, Seeleute, die ganze Stadt Ifni war aktiv geworden gegen die Plünderung, die Zerschlagung der Sozialen Sicherung und die Verwüstungen, welche das Zeitalter der neoliberalen Globalisierung ankündigten.
Die wüste Repression brach 2008 über die Stadt herein: Am Samstag, 7. Juni, genannt der „schwarze Samstag". Seither sind die Forderungen der Bevölkerung unbeachtet geblieben.

Mit dem Auftreten des M20F hat die Bevölkerung in Ifni den Kampf wieder aufgenommen. Aktiv waren zuerst die Arbeitslosen-Koordination, die Bewegung der Oberschüler und Attac. Infolge der Krise, der Fälle von Landraub und der Unterdrückung weiteten sich die Kämpfe auf neue Bereiche aus: Eine bedeutende Bewegung von Bauern aus den Regionen der Ait Baamrane organisierte sich; die Familien der politischen Gefangenen taten sich zusammen. Die Bewohner von Ifni haben ein offenes Sit-in beschlossen bis zur Erfüllung ihrer Forderungen: Beschäftigung, Verteilung des Reichtums zugunsten der Stadt… Die kleine Stadt Ifni lebt vom Hafen, aber den Fischfang haben die mächtige Unternehmen an sich gerissen. Der kleine Hafen von Ifni bringt Ausländern Milliarden ein und nichts wird in der Stadt investiert. Die Bevölkerung setzt den Kampf fort und fordert Arbeit, Infrastruktur, Einrichtungen und dass die Profite aus dem Hafen der Stadt und ihren Einwohnern zugute kommen sollen.
Die Prozesse dienen nur dazu, ein Klima von Spannung und Schrecken in Ifni zu erzeugen. Tief in einer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise verstrickt, fällt den Machthabern nur die Flucht nach vorne ein. In Ifni, ebenso wie in zahlreichen Gegenden von Marokko, gehen die Kämpfe weiter, wie Brahim Bara erinnert: „*Diejenigen, die inmitten des Sturms geboren wurden, fürchten nicht den Hauch des Windes*".

Wichtig ist, wachsam zu bleiben, die Aktivisten zu unterstützen, das Ende der Unterdrückung und der Kriminalisierung der Kämpfe, das Ende der Verfolgungen und die Aufhebung der vollkommen inszenierten Prozesse gegen die Bewohner von Sidi Ifni zu fordern.
Souad, den 25. Juni 2013
Übersetzung: Hans-Hermann LABOHRER (coorditrad) /Sig-Red.

Über die Proteste in ***IFNI*** *und über die Prozesse haben wir in* ***Sand im Getriebe*** *mehrfach berichtet:*
SiG 64 (2008) : Attac Europas: Marokko: Sofortige Freilassung der politischen Gefangenen!
http://sandimgetriebe.attac.at/6235.html
SiG 72 (2008): Freilassung der politischen Gefangenen in Marokko!(mit vielen Links):
http://sandimgetriebe.attac.at/7101.html
SiG 73 (2009) : Gefängnisstrafen nach sozialen Protesten, Erklärung von ATTAC Frankreich, 13. April 2009,
http://sandimgetriebe.attac.at/7224.html
SiG 98 (2012): Attac Marokko: Internationale Kampagne für die Freilassung der politischen Gefangenen in Marokko,
http://sandimgetriebe.attac.at/10191.html

Bericht von ASDHOM (Association de Défense des Droits de l'Homme au Maroc, Vereinigung für die Verteiligung der Menschenrechte in Marokko)

Paris den 24. Juni 32013
Die Anklagen gegen marokkanische Aktivisten, die friedlich für ihre Rechte demonstrieren, sind immer die gleichen: Unerlaubte Versammlung, Zerstörung von öffentlichen Gütern, Störung des Verkehrs und Straßenblockaden, Beleidigungen gegenüber Beamten …
Unser Ziel ist es, die BürgerInnen für eine Patenschaft aller marokkanischen politischen Gefangenen und verhafteten GewerkschafterInnen zu gewinnen. So wollen wir den Opfern der Repression zeigen, dass wir sie nicht vergessen und den marokkanischen Behörden wissen lassen, dass es sie nie schaffen werden, ihre Opfer zu zerstören und zu isolieren.
Der in Rabat veröffentlichte Bericht von Human Rights Watch über Marokko (http://www.hrw.org/fr/node/116608) wird unsere Sorgen hinsichtlich der Verhaftungs- und Haftbedingungen ganz sicher nicht mildern.
Hier ein kleiner Einblick über deren Lage:

Die Familien der politischen Gefangenen der Nationalen Vereinigung der **marokkanischen Studenten** (UNEM) hatten sich am 23. Juni vor dem Nationalrat der Menschenrechte (CNDH) in Rabat verabredet. Sie wollten ihren Zorn laut ausrufen und die sofortige Freilassung ihrer Angehörigen fordern. Sie kamen aus Fès, Meknes, Tasa und Agadir und wurden bei ihrer Sitzaktion von den Aktivisten der UNEM, ANDCM (diplomierte Arbeitslose) und AMDH unterstützt. Auf den Transparenten standen ihre Forderungen und vor allem die Zahl **der Durst- und Hungerstreikstage (105)** der 5 Verhafteten aus Meknes (den Streik führen sie seit dem 3. März 2013). Die Hungerstreikenden **können jederzeit sterben und die marokkanischen Behörden müssen unbedingt etwas unternehmen, bevor es zu spät wird.** Dazu rufen auch einige Paten und Patinnen sowie der französische Abgeordnete Alain Bocquet auf. Ihre Briefe mit dem Appell an die marokkanische Regierung sind auf unserer Webseite unter der Rubrik « Témoignages et Lettres » (Aussagen und Briefe) zu finden.

Casablanca: Der Journalist und Chefredakteur der Wochenzeitung Al-Aan **Youssef Jalili** wurde am 18. Juni 2013 wegen „übler Nachrede" zu **2 Monaten Haft und einer Geldstrafe von 50 000 Dirham** verurteilt. Youssef Jalili hatte im Juni 2012 einen Artikel veröffentlicht über die - in seinen Augen immens hohen - Ausgaben des marokkanischen Industrieministers während eines offiziellen Besuchs in Burkina Faso. Dieses Urteil zeugt schon wieder von der Kluft zwischen den Äußerungen des marokkanischen Staates hinsichtlich der Beachtung der Grundrechte und seinen alltäglichen Praktiken, die u.a. die Redefreiheit mit Füßen treten.

Gruppe Sahrauis- Gefängnisse von Laâyoune und Dakhla: Sechs politische sahrauische Gefangene wurden **am 18. Juni aus dem Ortsgefängnis Laâyoun ins Ortsgefängnis Dakhla überführt.** Sie hatten diese Überführung schon mehrmals beantragt; sie wollten mehr in der Nähe ihrer Familien sitzen. Alle wunderten sich, dass die Strafvollzugsbehörden ihre Bitte erfüllt hatte und zugleich die Gefängnisstätte einigermaßen verbessert und besser eingerichtet wurde. **Was sie aber nicht wussten: die Behörden hatte dem Wunsch einiger europäischer Parlamentarier nachgegeben, die Gefangenen am 23. Juni zu besuchen und sich nach ihren Haftbedingungen zu erkundigen.** Was gab da zu verstecken? Vielleicht wollte sie in keinem Fall die selbe Erfahrung machen, wie mit dem Sonderberichterstatter der UNO über Folter Juan Mendez, als er im vorigen September in die Region auf Inspektionsreise gefahren war.
http://asdhom.org/
Übersetzung: Michèle Mialane, coorditrad

Attac Marokko gegen die EU-Migrationspolitik:
SiG 47 (2005) Attac Marokko – Gruppe Rabat: Europa lässt das kalt
http://sandimgetriebe.attac.at/3291.html
Erklärungen von Attac Marokko, 2006/7:
http://sandimgetriebe.attac.at/4958.html
http://sandimgetriebe.attac.at/5193.html

„Arabischer Frühling in Marokko": Über die sozialen Bewegungen und insbesondere die Bewegung des 20.Februars und attac Marokko, über die Forderungen der vielen breiten Demonstrationen und über die staatliche Unterdrückung haben wir in **SiG 89, 90, 91, 92, 94, 96, 98, 101** berichtet.
S. auch eine Übersicht in SiG 100:
http://sandimgetriebe.attac.at/10354.html

Marie-Christine Vergiat

IWF diktiert in Tunesien

24. Juni 2013

Am 7. Juni hat der IWF einen „Hilfsplan" über **1,3 Milliarden Euro** für Tunesien angekündigt, der den Übergang seit dem Sturz Ben Alis im Januar 2011 „unterstützen" soll. Die Gelder aus diesem Zwei-Jahresprogramm müssen innerhalb von fünf Jahren zurückgezahlt werden und die tunesische Regierung hat eine erste Tranche von 114 Millionen Euro erhalten. Dies sollte der Köder sein. Die nächsten Tranchen hängen von acht sogenannten Kontroll-Treffen ab und werden nur ausgezahlt, sofern Tunis das Strukturreformprogramm umsetzt, das der IWF ausgearbeitet hat.

Die **Absichtserklärung** der tunesischen Regierung, die alle politischen Maßnahmen enthält, die Tunesien umzusetzen gedenkt, macht deutlich, welche drastischen Reformen geplant sind. Diese basieren auf drei Säulen:

1. Reduzierung der Personalkosten und der Subventionen für Grundnahrungsmittel (mit denen erschwingliche Preise für einkommensschwache Haushalte erreicht wurden);
2. Etablierung eines neuen Investitionskodex (wodurch 10 Jahre lang Steuerbefreiungen auf Gewinne von Unternehmen gewährt werden, die jetzt Off-Shore sind);
3. Umstrukturierung des Bankensektors – darunter ist die Privatisierung der drei Staatsbanken zu verstehen, die im Vorfeld vom Staat rekapitalisiert werden.

Dabei sei daran erinnert, dass der tunesische Staat von 10 Milliarden Euro Einnahmen 5 Milliarden für Löhne, 2,8 Milliarden für Subventionen auf Grundnahrungsmittel und Energie und 2,1 Milliarden für die Schuldenrückzahlung aufwenden muss. Sicherlich ist Ihnen nicht entgangen, dass der drittwichtigste Posten des tunesischen Haushaltes und der am wenigsten gerechtfertigte, die Schuldenrückzahlung, natürlich nicht erwähnt wird.

Wer wird unter diesen Reformen leiden?

Es sind immer die gleichen. Zunächst die Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes, die ein Drittel der Beschäftigten ausmachen. Sie werden als erste von den Kürzungen aufgrund des Haushaltsdefizits betroffen sein, weil es Einstellungsstopps und Haushaltskürzungen geben wird.

Schließlich die Verbraucher und Nutzer, die über die Kürzung der staatlichen Subventionen für Güter des täglichen Bedarfs sowie über die Erhöhung der Mehrwertsteuer betroffen sind.

Sicherlich ist das derzeitige Verteilungssystem für Subventionen verbesserungsfähig, daran besteht kein Zweifel, doch dabei dürfen die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der drastischen Einschnitte dieser Subventionen nicht ignoriert werden. Nach Ansicht einiger Fachleute werden ungefähr 400.000 Menschen in die Armut schlittern. Es sei daran erinnert, dass die Brotpreiserhöhung 1984 zu Aufständen geführt hatte, aufgrund derer der damalige Präsident Bourguiba beinahe gestürzt worden wäre.

Welche demokratische Rechtfertigung gibt es also für ein solches Abkommen?

Eine Umfrage des Instituts „Tunisie Sondage" ergab, dass 66% der Tunesier dem Kreditantrag der tunesischen Regierung beim IWF nicht zustimmen. Das Ziel dieser Regierung, die nur die laufenden Geschäfte zu regeln hat, sollte sein, die Ausarbeitung einer Verfassung durch die verfassungsgebende Nationalversammlung zu fördern und schnellstmöglich Wahlen zu organisieren. Diese Regierung ist nicht befugt, Maßnahmen zu treffen, die das Land über mehrere Jahrzehnte festlegen. Im Übrigen gründen sich Bürgerinitiativen und sie beginnen sich zu mobilisieren. Ich möchte Ihnen dieses Video ans Herz legen, das aufzeigt, dass die Tunesier "40 Jahre brauchen werden, um dieses Darlehen zurückzuzahlen.Wir dürfen nicht zwei Generationen mit einer solchen Hypothek belasten":
http://www.youtube.com/watch?v=kvyXJhirRRw

Doch wie sehen die Alternativen aus? Nach seinem Schuldbekenntnis gegenüber Griechenland hätte man den Eindruck gewinnen können, dass der IWF anfängt, aus seinen Fehlern zu lernen. Bedauerlicherweise zeigt dieser Plan, dass dem nicht so ist: Sein einziges Augenmerk ist darauf ausgerichtet, Investoren anzuziehen und die Geldgeber zu befriedigen, auf Kosten des Lebensstandards der tunesischen Bürger, die unter der Auswirkung der Reformen zu leiden haben werden.

Mit unseren Partnern in Tunesien und in Vereinigungen werde ich das Projekt zur Untersuchung der Verschuldung Tunesiens (Audit) weiterführen. Die Belastung durch diese verabscheuungswürdige Verschuldung, von der alleine der Clan um Ben Ali-Trabelsi profitiert hat und die schwer auf dem tunesischen Haushalt lastet, ebenso wie die Unsummen, die zu deren Tilgung ausgegeben wurden, könnten an anderer Stelle sehr viel sinnvoller verwendet werden.

Dass der IWF das Problem der Verschuldung in seinem drakonischen Sparplan ausgelassen hat, geschah nicht zufällig. Durch ein Protokoll des Treffens von Regierungsmitgliedern mit Vertretern des IWF vom 31. Januar 2013 hat sich herausgestellt, dass der IWF der Regierung im Falle der Annahme des Projektes zur Überprüfung der Staatsschulden gedroht hatte, die Kreditwürdigkeit noch weiter herabzustufen. Genau aus diesem Grund hatte die Regierung versucht, das Projekt zur Überprüfung der Staatsschulden in der Verfassungsgebenden Versammlung zurückzuziehen. Der IWF versucht also in Tunesien immer wieder dieselbe Politik durchzupeitschen, mit der auch in der Vergangenheit in Südamerika solche Schäden angerichtet wurden und die EU derzeit in die Rezession getrieben wurde.

http://cadtm.org/Tunisie-FMI-UE-meme-combat-contre, *Übersetzung: Kirsten HEININGER, coorditrad /SiG-Red.*

S. auch SiG 101: Doch kein Schuldenaudit?
http://sandimgetriebe.attac.at/10459.html

M.C. Vergiat , *http://www.eurocitoyenne.fr/*

Verabscheuungswürdige Schulden (odious debts)

Alexander Sack hatte 1927 in seiner völkerrechtlich verankerten Doktrin erklärt:

„Wenn ein diktatorisches Regime nicht im Interesse des Staates sondern zur Stärkung eines diktatorischen Regimes und der Unterdrückung der Menschen, die dagegen kämpfen, Schulden aufnimmt usw., sind diese Schulden für die gesamte Bevölkerung eines Staates verabscheuungswürdig (...).

Diese Verschuldung ist für eine Nation nicht verpflichtend, es handelt sich um Schulden eines Regimes, eine persönliche Verschuldung der Macht, die sie vereinbart hat, und sie wird mit dem Sturz dieser Macht ungültig." Er fügt etwas weiter hinten hinzu:

„ Zu dieser Schuldenkategorie gehören auch staatliche Anleihen, die offensichtlich interessengeleitet von Regierungsmitgliedern oder von regierungsnahen Personen oder Gruppierungen getätigt wurden, die überhaupt keinen Bezug zu den Interessen des Staates haben."

Sack unterstreicht ebenso, dass die Gläubiger dieser Schulden, die diese in voller Sachkenntnis gewährt haben, eine feindselige Handlung gegenüber der Bevölkerung begangen haben, sie können also nicht darauf zählen, dass die Nation, die sich von diesem diktatorischen Regime befreit hat, diese „odious debts" übernimmt, die aus den persönlichen Schulden dieser Regierung stammen.

Es ergeben sich also drei Situationen, in denen Schulden verabscheuungswürdig sind:

1) Sie wurden durch ein despotisches, diktatorisches Regime zur Stärkung seiner Machtstrukturen angehäuft.

2) Sie wurden nicht im Interesse der Bevölkerung sondern gegen deren Interessen und/oder im persönlichen Interesse der Regierungsmitglieder und von der Regierung nahestehenden Personen gemacht.

3) Die Gläubiger wussten (oder konnte es wissen), welche verabscheuungswürdige Verwendung den gewährten Schulden zugedacht war.